

Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus

Michael Parak/Ruth Wunnicke (Hrsg.)

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und
der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Impressum

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

© 2019 **Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und Gedenkstätte Deutscher Widerstand**

Hrsg. von Michael Parak/Ruth Wunnicke

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und
der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

info@gegen-vergessen.de

www.gegen-vergessen.de

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

sekretariat@gdw-berlin.de

www.gdw-berlin.de

Layout: Kerstin John – Kommunikationsdesign, Berlin

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz

Druck: addprint AG, Bannewitz/Possendorf

ISBN: 978-3-9820589-1-7

Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus

Michael Parak/Ruth Wunnicke (Hrsg.)

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand



Einführung: Demokratiegeschichte in bewegten Zeiten	06
Michael Parak Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Berlin	
Geschichtspolitik als Kulturkampf – der Gebrauch von „Geschichte“ im aktuellen Rechtspopulismus	18
Michael Sturm Villa ten Hompel, Münster	
Wie Rechtspopulist*innen Demokratiegeschichte vereinnahmen – eine Bestandsaufnahme	46
Dennis Riffel Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Berlin	
Lust auf Demokratiegeschichte vor Ort – Herausforderungen und Möglichkeiten	60
Johannes Tuchel Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin	
Wir müssen Leerstellen entdecken und füllen – bevor andere es tun Interview	70
Jens Schöne Stellvertretender Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin	
Handlungsempfehlungen für den Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen von Besucher*innen in Gedenkstätten und Erinnerungsorten	82
Larissa Bothe und Ruth Wunnicke Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Berlin	
Autorinnen und Autoren	104
Danksagung	105



EINFÜHRUNG:

DEMOKRATIEKRA

TIEGESCHICHTEGESCH

ICHTEIN BEWEGTENZE

ITENZEITENDEMOKRAT

IEGESCHICHTEINBEWEG

TENZEITENDEMOKRAT

Michael Parak

Einführung: Demokratieggeschichte in bewegten Zeiten

1. Demokratieggeschichte als Ergänzung der Erinnerungskultur in Deutschland

In seiner Antrittsrede nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten machte Joachim Gauck im März 2012 deutlich, dass er nicht nur über Schattenseiten, Schuld und Versagen in der deutschen Geschichte sprechen möchte:

„Auch jener Teil unserer Geschichte darf nicht vergessen sein, der die Neugründung einer politischen Kultur der Freiheit, die gelebte Verantwortung, die Friedensfähigkeit und die Solidarität unseres Volkes umfasst. Das ist kein Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur. Das ist eine Paradigmenergänzung. Sie soll uns ermutigen: Das, was mehrfach in der Vergangenheit gelungen ist, all die Herausforderungen der Zeit anzunehmen und sie nach besten Kräften – wenn auch nicht gleich ideal – zu lösen, das ist eine große Ermutigung auch für uns in der Zukunft.“¹

Dass diese Forderung, einen zusätzlichen Akzent auf die Beschäftigung mit der Demokratie- und Freiheitsgeschichte zu legen, Widerhall finden konnte, hat

einen entscheidenden Grund. Von vornherein wurde klargestellt, dass nicht auf eine Verdrängung der Diktaturgeschichte abgezielt wird. Vielmehr wurde eine additive Komponente

„ **Keine Verdrängung der Diktaturgeschichte durch Demokratieggeschichte. Paradigmenergänzung statt Paradigmenwechsel.** “

gefordert – Paradigmenergänzung statt Paradigmenwechsel. Der Historiker Bernd Faulenbach stellte diese Paradigmenergänzung in einer Formel heraus, die geeignet ist, das Verhältnis aus der Gefahr des Gegensatzpaares zu lösen:

„In der deutschen Erinnerungskultur tun wir gut daran, weder Diktaturgeschichte noch Demokratiegeschichte voneinander zu isolieren, sondern sie jeweils in Kontexte einzuordnen und Zusammenhänge zu beleuchten. Demokratiegeschichte, Diktaturgeschichte und die Geschichte der Menschheitsverbrechen sollten nicht als konkurrierende, sondern einander ergänzende Komponenten der Erinnerungsarbeit verstanden werden.“⁴²

Produktive Fachdiskussionen entspannen sich in den vergangenen Jahren um die Frage, wie in Museen und Erinnerungsstätten an die Geschichte der Demokratie in Deutschland erinnert werden kann.³ In der Folge gründeten am 1. Juni 2017 34 Organisationen und Institutionen aus ganz Deutschland im Beisein von Prof. Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, die Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“. Zu den Zielen heißt es: *„Der Arbeitsgemeinschaft geht es um eine identitätsstiftende Demokratie- und Erinnerungsarbeit als Beitrag für Respekt und Akzeptanz demokratischer Verfahren, Werte und Einrichtungen sowie für die Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren. Mit dem Wissen um die schwierigen Wege zu Freiheit und Demokratie kann so eine Sensibilität dafür entwickelt werden, Gefährdungen des demokratischen Grundkonsenses zu erkennen.“⁴⁴*

Schon der Koalitionsvertrag für die 18. Wahlperiode (2013–2017) enthielt einen Absatz zur Demokratiegeschichte – allerdings ohne dass daraus politische Handlungen erwachsen wären.⁵ 2017 bekräftigten CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag für die 19. Wahlperiode (2017–2021) die Bedeutung des Themas.⁶ Im Oktober 2019 verabschiedete der Deutsche Bundestag einen entsprechenden Antrag. Damit wurde unter anderem die Bundesregierung beauftragt, dem Deutschen Bundestag ein Förderkonzept für Orte der Demokratie und Freiheit in Deutschland vorzulegen. Zur Förderung soll der Bund jährlich Haushaltsmittel in Höhe von 10 Millionen Euro zur Verfügung stellen.⁷

Diese positive Entwicklung der vergangenen Jahre ruht auf vielen Schultern. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Demokratiegeschichte zu einem entscheidenden Thema seiner Amtszeit gemacht. Damit finden nicht zuletzt zivilgesellschaftliche Organisationen und Wissenschaft im jetzigen Bundespräsidenten einen prominenten und sachkundigen Unterstützer in puncto Demokratiegeschichte. Steinmeier nutzte die Gedenkstunde des

Deutschen Bundestags am 9. November 2018, um nicht nur auf die Reichspogromnacht 80 Jahre zuvor hinzuweisen. Zugleich akzentuierte er den Aufbruch zur Demokratie in Deutschland 100 Jahre zuvor:

„Man kann diese Bundesrepublik nicht begründen ohne die Katastrophe zweier Weltkriege, ohne das Menschheitsverbrechen der Shoah. Sie sind unverrückbarer Teil unserer Identität.

Aber: Die Bundesrepublik erklärt sich auch nicht allein ex negativo, nicht allein aus dem ‚Nie wieder!‘. Man kann unser Land nicht begründen ohne die weit verzweigten Wurzeln von Demokratie- und Freiheitsbestrebungen, die es über Jahrhunderte hinweg gegeben hat und aus denen die Bundesrepublik nach 1945 auch wachsen konnte.

Ich weiß: Es ist schwer, beides im Herzen zu tragen. Aber wir dürfen es versuchen! Wir können stolz sein auf die Traditionen von Freiheit und Demokratie, ohne den Blick auf den Abgrund der Shoah zu verdrängen. Und: Wir können uns der historischen Verantwortung für den Zivilisationsbruch bewusst sein, ohne uns die Freude über das zu verweigern, was geglückt ist in unserem Land.“⁸

Ausweitung des Mottos „Grabe, wo du stehst!“ auf das Thema Demokratiegeschichte.

Ein besonderes Gewicht legte der Bundespräsident darauf, dass sich das Gelingen oder Scheitern einer Demokratie nicht

auf dem Papier der Verfassung abspielt, sondern in der gesellschaftlichen Realität: *„Ein demokratischer Patriotismus gedeiht nicht im luftleeren Raum, und er entspringt auch nicht einfach dem kühlen Verstand. Sondern er braucht Bezüge und Traditionslinien, er braucht Vorbilder und Inspiration. Und deshalb liegt mir ein stärkeres öffentliches Bewusstsein für unsere Demokratiegeschichte so sehr am Herzen!“⁹* In einem Gastbeitrag in der ZEIT warb der Bundespräsident schließlich für die Ausweitung des Mottos „Grabe, wo du stehst!“ auf das Thema Demokratiegeschichte.¹⁰

2. Keine lineare Erfolgsgeschichte – Schwierigkeiten und Gefahren für die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte

Demokratie entwickelt sich nicht linear auf ein Endziel zu, bei der einzelne Etappen detailliert vorgezeichnet sind. Vielmehr ist Demokratie ein Rahmen für das Zusammenleben, in dem Aushandlungsprozesse stattfinden und Lösungen für aktuelle Herausforderungen gefunden werden müssen. Vor diesem Hintergrund sei davor gewarnt, die Geschichte der Demokratie als ausschließliche Erfolgsgeschichte zu erzählen. Davor mag schon die Beschäftigung mit der Zeit der Weimarer Republik bewahren, der nur eine kurze Lebenszeit beschieden war.

Die vorangegangenen prominenten politischen Stellungnahmen zur Demokratiegeschichte könnten zu dem Schluss führen, die Demokratiegeschichte stünde kurz vor der festen Verankerung in die deutsche Erinnerungskultur. Doch wie Demokratie insgesamt hat auch die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte mit Auf's und Ab's zu kämpfen.

Ein richtiges Herzensanliegen ist der demokratiehistorische Blickwinkel auf die Geschichte für viele noch nicht. Das mag auch daran liegen, dass es noch viele andere Felder der bisherigen Erinnerungskultur gibt, die stärker ausgeleuchtet

werden sollten. Wo zum Beispiel ausgrenzende Einstellungen und Handlungen auf dem Vormarsch sind, ist der Blick darauf wichtig, was passieren kann, wenn Menschenrechte nicht mehr gelten: Die

„ ... wie Demokratie insgesamt hat auch die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte mit Auf's und Ab's zu kämpfen. “

Beschäftigung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten wie auch dem im SED-Staat begangenen Unrecht ist weiter aktuell. Im Zuge des Globalisierungsprozesses und der vielfältigeren Herkünfte, die die heutige Gesellschaft ausmachen, werden zunehmend auch transnational die Kolonialgeschichte und ihre Auswirkungen in die Gegenwart hinein debattiert.¹¹

Daneben gibt es eine inhaltliche Skepsis am gegenwärtigen Zustand der Demokratie, die Auswirkungen auf die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte hat. Der Berliner Historiker Paul Nolte weist auf die aktuelle Kritik an der Demokratie hin. Diese kritischen Stimmen bemängeln, dass die Demokratie „angesichts neuer Herausforderungen, etwa des globalisierten Kapitalismus, zunehmend erodiere und bestenfalls eine Hülle der Schein-Demokratie zurücklasse: einen Zustand der ‚Postdemokratie‘, in denen den Bürgerinnen und Bürgern nur noch die Illusion demokratischer Rechte bleibe.“¹² Angesichts von Krisenphänomenen

wird der Blick dabei verstärkt auf die „uneingelösten Versprechen der Demokratie“ gelenkt.¹³ Wer die Beschäftigung mit dem nicht Gelungenen der Demokratie als wichtiger erachtet, hält wahrscheinlich die Auseinandersetzung mit der bisherigen

„ **Der Demokratieskepsis müssen diejenigen entgegentreten, die davon überzeugt sind, dass die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Deutschland leisten kann.** “

Entwicklung der Demokratie für nicht zielführend. Wer eine solche dezidiert demokratieskeptische Perspektive teilt, wird sich nur schwer für die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte begeistern lassen. Wie überzeugend wirken Traditionslinien und Vorbilder, wenn der derzeitige Zustand der Demokratie ausschließlich als negativ empfunden wird?

Dieser Demokratieskepsis müssen diejenigen entgegentreten, die davon überzeugt sind, dass die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Deutschland leisten kann. Paul Nolte gibt dafür eine geeignete Grundlage. Er versucht, die Geschichte und die Gegenwart der Demokratie aus drei Perspektiven zu verstehen und zu erzählen: als Erfüllungsgeschichte, als Suchbewegung und als Krisengeschichte.¹⁴ Dies mag die Basis sein, vor deren Hintergrund die bisherigen Pole der Betrachtungsweisen in einen produktiven und facettenreichen Austausch über die Entwicklung der Demokratie gelangen könnten. Sprich: allzu glattes, konfliktfreies Bild versus düsteres Licht der Demokratie.

Den Wunsch, möglichst viele Verbündete für den selbstfavorisierten Blickwinkel zu finden, haben viele. Hier hilft nur das Werben für die eigenen Ansätze und auch die Bereitschaft, diese in Austausch mit anderen weiterzuentwickeln. Schwieriger wird es, wenn sich auf einmal „Scheinverbündete“ anbieten, die den eigenen Auffassungen entgegenstehen.

In letzter Zeit häuften sich Äußerungen von führenden Vertretern der AfD, die auf eine bewusste Abkehr von der bislang in der Bundesrepublik Deutschland praktizierten Erinnerungskultur abzielen, hin zu einem fundamentalen Paradigmenwechsel. So forderte Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender in Thüringen,

am 18. Januar 2017 in Dresden: „Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad! [...] Wir brauchen keine hohlen Phrasen

„
Es gibt auch rechtspopulistische Versuche, die Geschichte der Freiheits- und Demokratiebewegung in Deutschland aufzugreifen und in einem eigenen Sinn zu interpretieren.“

mehr in diesem Land, wir brauchen eine lebendige Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen und zuallererst mit den großartigen Leistungen der Altvorde- ren in Berührung bringt.“¹⁵ Der Parteivorsitzende und Vorsitzende der Bundestagsfraktion der AfD, Alexander Gauland, äußerte sich beim Kongress der Jungen Alternative am 2. Juni 2016 wie folgt: „Wir haben eine ruhmreiche Geschichte [...]. Und die, liebe Freunde, dauerte länger als die verdammten zwölf Jahre. Und nur, wenn wir uns zu dieser Geschichte bekennen, haben wir die Kraft, die Zukunft zu gestalten. Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die zwölf Jahre. Aber, liebe Freunde, Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“¹⁶ Das homogenisierende und gleichzeitig ausgrenzende Geschichtsbild von führenden Vertretern der AfD wird von Michael Sturm in diesem Band beschrieben.

Daneben gibt es auch rechtspopulistische Versuche, die Geschichte der Freiheits- und Demokratiebewegung in Deutschland aufzugreifen und in einem eigenen Sinn zu interpretieren. Dennis Riffel arbeitet in diesem Band heraus, dass Rechts- populisten gezielt Bezüge zu den beiden Revolutionen von 1848 und 1989, aber

auch zum Widerstand gegen das Dritte Reich herstellen. Bislang fehlt der AfD dazu ein genaueres Konzept. Deutlich wird aber der Versuch der AfD, der aus ihrer Position „negativen“ Sichtweise der praktizierten deutschen Erinnerungskultur eine eigene „Positivinterpretation“ entgegenzustellen. Diese arbeitet, wie an den obigen Beispielen deutlich wird, mit den Schlüsselbegriffen „großartige Leistungen“, „ruhmreiche Geschichte“ oder auch Stolz. Zwar taucht auch in den Reden des Bundespräsidenten das Wort Stolz auf. Doch dieser unterscheidet sich fundamental von der rechtspopulistischen Interpretation der Parole „Stolz, deutsch zu sein“. Diese „signalisiert außer dem Wir-Gefühl der Zugehörigkeit den Anspruch auf eine ethnisch geschlossene Volksnation (im Gegensatz zur multikulturellen Staatsnation), und sie zeigt ein Geschichtsverständnis, das die durch die nationalsozialistischen Verbrechen belastete Vergangenheit trotzig ignoriert.“¹⁷

Solche Auffassungen fallen aber vor allem dort auf fruchtbaren Boden, wo es Leerstellen und Versäumnisse gibt. Jens Schöne blickt in diesem Band bewusst nicht auf Erreichtes der SED-Aufarbeitung, sondern auf Schwachstellen. Damit macht er deutlich, wie sich die AfD im Landtagswahlkampf 2019 als scheinbare Bewahrerin der Friedlichen Revolution von 1989 präsentieren konnte. Die Partei betreibt ein Reframing der Begriffe „Demokratie“ und „Freiheit“ in ihrem Sinne. Dahinter steht die Absicht, legitimatorischen Gewinn daraus zu ziehen und sich in einer gewissen Kontinuität als „bürgerliche“ Partei zu präsentieren. Solche geschichtspolitischen Ansätze haben das Potenzial, weitere Bevölkerungskreise zu erreichen, als es mit rechtsextremistischen Äußerungen – die

weiterhin ebenso vorhanden sind – möglich ist.

Auch Mitarbeitende von Gedenk- und Erinnerungsstätten sehen sich zunehmend mit rechts-

„ **Mitarbeitende von Gedenk- und Erinnerungsstätten sehen sich zunehmend mit rechtspopulistischen Gedanken und Äußerungen einzelner Besucher konfrontiert.** “

populistischen Gedanken und Äußerungen einzelner Besucher konfrontiert. Larissa Bothe und Ruth Wunnicke zeigen in ihrem Beitrag diese neuen Herausforderungen auf. Sie schlagen keine Patentlösungen, sondern verschiedene Mittel und Wege vor, wie darauf reagiert werden kann.

3. Demokratiegeschichte offensiv betreiben

Die vorliegende Publikation widmet sich in besonderer Weise der Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus. Zugleich wird aber darauf hingewiesen, dass eine aktive und lebendige Beschäftigung mit diesem Thema die beste Gewähr gegen eine Vereinnahmung bietet. Johannes Tuchel zeigt exemplarisch, wie die Beschäftigung mit Orten, Personen und Symbolen Lust auf Demokratiegeschichte vor Ort machen kann.

Unsere heutigen Lebensumstände sind nicht einfach gegeben und unveränderlich. Manchmal verliert man sich im Hier und Heute und meint, es ließe sich nichts ändern. Oder man lehnt sich wohlighin zurück und denkt: Ich brauche doch nichts zu tun. Die Beschäftigung mit Geschichte kann helfen, dieser Fixierung

auf die Gegenwart zu entgehen. Denn der Blick zurück hilft, die Gegenwart und ihre Veränderbarkeit zu begreifen.

Eine Veränderung ist sowohl im Negativen als

„
... lebendige Beschäftigung mit
Demokratiegeschichte ist die beste Gewähr
gegen eine Vereinnahmung ...“

auch im Positiven möglich. Auf der einen Seite hatten nach den Verbrechen der Nationalsozialisten viele gehofft und gedacht, Völkermorde in Europa gehörten für alle Zeit der Vergangenheit an. Doch trotzdem wurde 1995 in Srebrenica eines der schlimmsten Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg begangen.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden und werden trotz des Holocaust auch heute noch aus rassistischen Motiven Menschen umgebracht, weil andere hasserfüllte Menschen sie einer Gruppe zuordnen, der sie die Lebensberechtigung absprechen. Auf der anderen Seite sind alle Fortschritte und Errungenschaften, sei es bei der Wahrung von Menschenrechten, dem Schutz von Minderheiten oder dem Ausbau politischer Beteiligungsmöglichkeiten, nicht einfach da. Oder wer hätte 1989 gedacht, das Eintreten für Bürgerrechte würde zu einer friedlichen Revolution in der DDR und dem Fall eines Unrechtsregimes führen? Veränderung ist also auch im Positiven möglich.

”

Es geht darum, positive Entwicklungen von Demokratie und Rechtsstaat sowie Leistungen Einzelner herauszustellen wie auch positive Beispiele zu geben, wie Menschen in einer Demokratie kommunizieren und agieren können. “

Es ist lohnenswert, sich den aktuellen Herausforderungen unter zwei Blickwinkeln zu stellen. Auf der einen Seite hervorzuheben, was wir nicht haben wollen: Dazu gehört, sich mit

Diktatur und politischem Extremismus auseinanderzusetzen. Auf der anderen Seite deutlich zu machen, was wir haben und bewahren wollen: Demokratie. Es geht darum, positive Entwicklungen von Demokratie und Rechtsstaat sowie Leistungen Einzelner herauszustellen wie auch positive Beispiele zu geben, wie Menschen in einer Demokratie kommunizieren und agieren können.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss erkämpft, etabliert, gelebt, weiterentwickelt und verteidigt werden – sie kann auch verloren gehen. Der Blick auf die Geschichte zeigt, dass Menschen ihre Lebensverhältnisse verändern und gestalten können. Dies kann ein Antrieb für Engagement sein.

Bundespräsident Steinmeier fasst dieses mutmachende Element als Plädoyer der Verbindung von Demokratiegeschichte und Demokratiestärkung mit folgenden Worten zusammen:

„Gerade wenn wir uns an die mutigen Frauen und Männer von damals erinnern, wenn wir ihre Erfahrungen als unseren Fundus begreifen, dann habe ich die Hoffnung: Nicht nur unsere Institutionen sind fester und wehrhafter errichtet, sondern vor allem wir als Demokraten können lernen von denen, die vor uns kamen. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind unser Erbe von diesen Müttern und Vätern – lassen Sie es uns selbstbewusst beanspruchen, lassen Sie es uns klug und wachsam pflegen!“¹⁸

- 1 Rede von Bundespräsident Joachim Gauck nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten am 23. März 2012, [online] <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2012/03/120323-Vereidigung-des-Bundespraesidenten.html> [10.10.2019].
- 2 Bernd Faulenbach: Demokratiegeschichte als Aufgabe der Erinnerungsarbeit in Deutschland, in: Michael Parak (Hg.): Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung. Berlin 2018, S. 43–47, hier S. 45. Auch online unter https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/GVFD_Demokratiegeschichte_2018.pdf [21.11.2019]
- 3 Vgl. dazu den Sammelband der wissenschaftlichen Konferenz im Oktober 2014 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig: Thomas Hertfelder, Ulrich Lappenküper, Jürgen Lillteicher (Hg.): Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik. Göttingen 2016. Zudem auch Michael Parak: Mehr Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte. Ein geschichtspolitisches Plädoyer, in: Jahrbuch der Hambach Gesellschaft 2016, S. 165–187. Die Beiträge der Konferenz „Deutsche Demokratiegeschichte. Eine Aufgabe der Erinnerungsarbeit“, die von der Deutschen Gesellschaft e. V. am 26. Februar 2019 in Berlin veranstaltet wurde, werden in Kürze veröffentlicht werden.
- 4 Selbstdarstellung der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“, [online] <https://demokratiegeschichte.de/ueber-uns/> [10.10.2019]. Der Autor wirkt im SprecherInnenrat der Arbeitsgemeinschaft mit.
- 5 Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, S. 130, [online] www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf [21.10.2019].
- 6 Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 19. Legislaturperiode, [online] <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/656734/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1> [21.10.2019], S. 167–168.
- 7 Orte der Freiheit und Demokratie: 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung – Demokratischer Aufbruch und Scheitern der ersten deutschen parlamentarischen Republik. Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD vom 25. Januar 2019. Deutscher Bundestag, Drucksache 19/11089, [online] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/110/1911089.pdf> [10.10.2019]; Stenographischer Bericht der 118. Sitzung des Deutschen Bundestags am 17. Oktober 2019, Plenarprotokoll 19/118, S. 14506–14514, [online] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19118.pdf> [21.10.2019].
- 8 Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 9. November 2018 in Berlin, [online] http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2018/11/181109-Gedenkstunde-Bundestag.pdf?__blob=publicationFile [21.10.2019].
- 9 Rede des Bundespräsidenten zum Festakt „100 Jahre Weimarer Reichsverfassung“, 6. Februar 2019, [online] http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2019/02/190206-Weimar-100Jahre-Reichsverfassung.pdf?__blob=publicationFile [21.10.2019].
- 10 Deutsch und frei. Warum tut unser Land nicht mehr für die Erinnerung an seine demokratische Tradition, in: DIE ZEIT vom 14. März 2019, [online] <https://www.zeit.de/2019/12/demokratie-nationalismus-tradition-gedenktage-geschichtsunterricht/komplettansicht> [21.10.2019]. Vgl. zu diesem Ansatz auch Annalena Baasch: Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte. Eine Handreichung. Berlin 2018.
- 11 Vgl. aktuell: Deutsche Kolonialgeschichte. Aus Politik und Zeitgeschichte (2019), Heft 40–42, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/297608/deutsche-kolonialgeschichte> [10.10.2019].
- 12 Paul Nolte: Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2011), Heft 1–2, S. 5–12, hier S. 7.
- 13 So ein eigenes Unterkapitel bei Samuel Salzborn: Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen. Baden-Baden 2012, S. 56–66.

- 14 Vgl. Paul Nolte: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart. München 2012, S. 16.
- 15 Der Wortlaut der Rede findet sich unter „Gemütszustand eines besiegten Volkes“. Höcke Rede im Wortlaut, in: Tagesspiegel vom 19. Januar 2017, [online] <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518-all.html> [10.10.2019].
- 16 Zum Nachlesen. Gaulands Rede im Wortlaut, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Juni 2016, [online] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zum-nachlesen-gaulands-rede-im-wortlaut-14269861.html> [22.10.2019].
- 17 Wolfgang Benz: Rassismus, Ausgrenzung, Gewalt. Klärungen für die soziale Arbeit, hg. v. AWO-Bundesverband e.V.. Berlin 2018, S. 90.
- 18 Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Gedenkstunde zum 9. November 2018 im Deutschen Bundestag in Berlin, [online] https://www.bundestag.de/resource/blob/577898/1fab911443e38b78dc622d2b7d1aee6/Rede_BPraes_09November2018-data.pdf [10.10.2019].

Geschichtspolitik
Geschichtspolitik
als Kulturkampf –
als Kulturkampf –
der Gebrauch von
der Gebrauch von
„Geschichte“
„Geschichte“
im aktuellen
im aktuellen
Rechtspopulismus
Rechtspopulismus

Michael Sturm

Geschichtspolitik als Kulturkampf – der Gebrauch von „Geschichte“ im aktuellen Rechtspopulismus

Pathos und Begeisterung sprachen aus der Mitteilung, die Timo Böhme, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, am 7. Mai 2018 auf der Internetseite seiner Fraktion veröffentlichte: „Was für ein herrliches Fest der Freiheit und der klugen Worte“, schwärmte er. Es habe deutlich gemacht, „dass die Hoffnung auf eine Rettung unseres schönen Vaterlandes lebendig ist“. Am selben Tag hatte Böhme am „Neuen Hambacher Fest“ teilgenommen, das Max Otte, ein Fondsmanager mit CDU-Parteibuch, aber unverhohlenen Sympathien für die AfD und ihr Umfeld, im Hambacher Schloss ausgerichtet hatte. An diesem Ort hatten vom 27. Mai bis zum 1. Juni 1832 fast 30.000 Menschen am Hambacher Fest teilgenommen, um angesichts der autokratisch-restaurativen Verhältnisse in den deutschen Kleinstaaten für Presse- und Versammlungsfreiheit, Bürgerrechte und nationale Einheit zu demonstrieren. Mit seinem „Neuen Hambacher Fest“ versuchten Otte und die TeilnehmerInnen, sich in die Tradition der damaligen ProtagonistInnen zu stellen und deren historische „Aura“ für ihre gegenwartsbezogenen politischen Ziele zu nutzen. Timo Böhme stellte direkte Analogien zwischen der Ära der Restauration infolge der Karlsbader Beschlüsse und der Gegenwart her, indem er konstatierte: „In Deutschland herrscht mittlerweile wieder Zensur, vergleichbar mit dem Jahr des Hambacher Festes 1832 und den Zeiten des Vormärzes.“¹

An andere Traditionslinien versuchte offenkundig eine weitere Veranstaltung anzuknüpfen, die ein Jahr später, am 6. Juli 2019, im thüringischen Leinefelde stattfand. Beim sogenannten „Kyffhäusertreffen“ kamen in der Obereichsfeldhalle rund 800 AnhängerInnen des „Flügels“ zusammen, jenes völkischen Netzwerks innerhalb der AfD, das sich vor allem um den Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke gruppiert. Der Bezug auf den Kyffhäuser verweist auf einen Mythos, der besonders im 19. Jahrhundert zu einem bedeutsamen Topos

nationalistischer Narrative avancierte: Die Sage erzählt von Kaiser Friedrich I. (Barbarossa), der in einem unterirdischen Schloss im Kyffhäuserberg ruht, um eines Tages zu erwachen und das „Reich“ zu neuer Größe zu führen. Das monumentale 1896 eingeweihte Kyffhäuserdenkmal, das als symbolisches Bollwerk gegen äußere und innere Feinde – etwa die sozialistische ArbeiterInnenbewegung – firmieren sollte, bildete nicht zufällig die Kulisse, vor der die ProtagonistInnen des „Flügels“ im Jahr 2016 erstmals zusammenfanden. Auch bei anderen Gelegenheiten versuchte die Partei, die „Aura“ historischer Orte zu nutzen.

Dem Verweis auf Geschichte kommt also für die Mobilisierung der Gruppen, Parteien und Netzwerke im Feld der äußersten Rechten eine zentrale Rolle zu. Immer wieder rufen diese Inanspruchnahmen breite mediale und öffentliche Resonanz hervor. So sorgte eine Rede des heutigen AfD-Bundessprechers Alexander Gauland beim Kyffhäusertreffen am 2. September 2017, wenige Tage vor der Bundestagswahl, für heftige Debatten, bei der er proklamiert hatte: „Man muss uns diese zwölf Jahre jetzt nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr. [...] Und deshalb [...] haben wir auch das Recht, uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurück-zuholen. Wenn die Franzosen zu Recht stolz auf ihren Kaiser sind und die Briten auf Nelson und Churchill, haben wir das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.“² Bereits im Januar 2017 hatte Björn Höcke mit seiner mittlerweile berühmt-berüchtigten Rede bei einer Veranstaltung der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) in Dresden für bundesweites, mithin internationales Aufsehen gesorgt, als er mit Blick auf den kritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit gegen eine „dämliche Bewältigungspolitik“ polemisierte, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin als „Denkmal der Schande“ titulierte und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“³ forderte.

Geschichtspolitik als Kulturkampf

Nicht nur diese immer wieder zitierten Reden von Alexander Gauland und Björn Höcke bieten Anlass, den Blick auf die strategischen, ideologischen und gemeinschaftsstiftenden Funktionen zu richten, die dem Gebrauch von „Geschichte“ in der AfD insgesamt zukommen. Zu fragen ist also: Ob und über

welches Geschichtsverständnis verfügt die AfD? Geben deren geschichtspolitische Vorstöße und Inszenierungspraktiken, die sich sowohl in Reden und auf Kundgebungen spiegeln als auch in parlamentarischen Anträgen und Anfragen Auskunft über das Wesen und Wollen der Partei insgesamt? Der folgende Beitrag soll die für das Geschichtsverständnis der AfD zentralen Narrative, Topoi und

”

Geschichte avanciert in diesem Kontext zum „Kulturkampf“, indem ein exklusiv gedachtes Gemeinschaftskonzept gegen ein plurales, inklusives Gesellschaftsverständnis in Stellung gebracht wird. “

Mythen genauer in den Blick nehmen. Die daran geknüpfte These lautet, dass es der AfD in ihrer Geschichtspolitik vor allem darum geht, die für die Rhetorik der Partei zentralen Kategorien „Volk“, „Nation“ und

„Kultur“ als exklusive und (ethnisch) homogen gedachte Entitäten zu konstruieren und diese „vorgestellten Gemeinschaften“ (Benedict Anderson) mit scheinbar historischen Argumenten zu legitimieren. Geschichte avanciert in diesem Kontext zum „Kulturkampf“, indem ein exklusiv gedachtes Gemeinschaftskonzept gegen ein plurales, inklusives Gesellschaftsverständnis in Stellung gebracht wird.

Vorab jedoch eine grundsätzliche Bemerkung: Der Umstand, dass die AfD den Rekurs auf Geschichte in instrumenteller Weise nutzt, um ihre politische Agenda mit der Aura historischer Bedeutsamkeit zu versehen, nach innen eine spezifische, weltanschauliche Gruppenidentität zu festigen und sich nach außen von anderen gesellschaftlichen Spektren abzugrenzen, ist für sich genommen weder außergewöhnlich noch per se verwerflich. Allenthalben wurden und werden in unterschiedlichen Parteien, Milieus und Szenen Traditionen gestiftet, an denen sich die Vorstellungen von „Gemeinschaft“ herauskristallisieren und reproduzieren sollen. Ganz grundsätzlich stellt (kollektive) Erinnerung demnach immer eine Konstruktion dar, die sich nicht an einer tatsächlichen, vermeintlich objektiven Bedeutung des erinnerten historischen Geschehens festmacht, sondern an den „Kriterien der Gegenwart“⁴ orientiert ist. Mit Geschichte und Erinnerung wird im wörtlichen Sinne Politik gemacht.

In öffentlichen Debatten wie auch in der sozial- und geschichtswissenschaftlichen Forschung haben die Begriffe Erinnerungspolitik und Geschichtspolitik in den vergangenen Jahren im Allgemeinen⁵ wie auch im Hinblick auf deren Bedeutung für die extreme Rechte im Besonderen⁶ verstärkte Beachtung gefunden. Sie fungieren somit einerseits oftmals als wenig reflektierte und inflationär genutzte „Kampfbegriffe“ in politischen Kontroversen, in denen eigene Positionen bekräftigt und andere diskreditiert werden sollen, und andererseits als analytische Kategorien, um eben diese Konfliktlinien beschreiben und einordnen zu können. Dementsprechend werden die Termini Erinnerungspolitik und Geschichtspolitik bisweilen sehr unterschiedlich definiert. Im vorliegenden Aufsatz wird unter Geschichtspolitik in Anlehnung an die Überlegungen des Historikers Edgar Wolfrum ein „Handlungs- und Politikfeld“ verstanden, „auf dem verschiedene Akteure Geschichte mit ihren spezifischen Interessen befrachten und politisch zu nutzen versuchen“, um legitimierende, mobilisierende, skandalisierende oder diffamierende Wirkungen zu erzielen.⁷ In ähnlicher Weise hat Michael Kohlstruck den Begriff Erinnerungspolitik aus politikwissenschaftlicher Perspektive als „das strategische Operieren mit Geschichtsdeutungen zur Legitimierung politischer Projekte“ definiert.⁸

”

Im Hinblick auf die AfD ist zu konstatieren, dass die Partei bislang über kein „geschichtspolitisches Zentrum“ verfügt.

“

Im Hinblick auf die AfD ist zu konstatieren, dass die Partei bislang über kein „geschichtspolitisches Zentrum“ verfügt.

Wie eingangs skizziert, nutzen ihre Protagonistinnen historische Themen und Kulissen in vielfacher Weise. Es gibt jedoch keine durch den Parteivorstand, eine Historische Kommission oder entsprechende Arbeitskreise koordinierten Versuche, eine spezifische, „partei-offizielle“ Form der Geschichtsdeutung zu etablieren. Auch die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung, die unter dem Vorsitz von Erika Steinbach seit Ende 2018 mit öffentlichen Veranstaltungen, unter anderem zu historischen und erinnerungskulturellen Fragestellungen, in Erscheinung tritt, hat diese Funktion bislang noch nicht eingenommen. Die geschichtspolitischen Vorstöße der AfD sind deshalb durch eine gewisse Vielstimmigkeit gekennzeichnet, die sich in Wahl- und Grundsatzprogrammen, in parlamentarischen Anfragen und Anträgen, in Wahl-

kampf- und Parlamentsreden, aber auch in häufig zugespitzten, polemischen Beiträgen in den sozialen Netzwerken spiegeln. Gleichwohl lassen sich fünf charakteristische Aspekte identifizieren, die das Geschichtsverständnis der AfD prägen und sich in den unterschiedlichen Strömungen der Partei finden:

1. Semantik des Niedergangs bzw. ein tiefsitzender Kulturpessimismus,
2. exklusiver Volksbegriff,
3. monolithisches Kulturverständnis,
4. männlich-martialische Ausrichtung,
5. Externalisierung des Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichte (mit entsprechenden Auswirkungen auf dessen erinnerungskulturelle Bedeutung).

Gerade der Blick auf das Geschichtsverständnis der AfD verdeutlicht, dass die vielfach konstatierten „Flügelkämpfe“ in der Partei weniger Auseinandersetzungen um weltanschauliche Grundpositionen darstellen, sondern vor allem Ausdruck parteiinterner Machtkämpfe sind. Im Folgenden sollen die fünf Aspekte des Geschichtsverständnisses ausführlich erörtert werden.

1. Semantik des Niedergangs – Kulturpessimismus

Kennzeichnend für die Rhetorik der AfD ist ein ausgeprägter Kulturpessimismus, der sich durch nahezu alle Verlautbarungen zieht und sich gegen plurale und heterogene Gesellschaftsentwürfe wendet. Er kündigt von ständigem Niedergang, Werteverfall und der daran geknüpften vermeintlich fundamentalen Bedrohung

für die Vorstellung vom „Volk“ als exklusive, homogene Gemeinschaft. Diese Semantik des Niedergangs erhält somit eine notorisch existenzielle Dimension,

”

Kennzeichnend für die Rhetorik der AfD ist ein ausgeprägter Kulturpessimismus, der sich durch nahezu alle Verlautbarungen zieht und sich gegen plurale und heterogene Gesellschaftsentwürfe wendet. “

die immer auf das „große Ganze“ verweist: Es geht um nichts weniger als um das Überleben oder den Untergang von Staat, Nation und Volk. Marc Jongen, Bundestagsabgeordneter der AfD, proklamierte im Februar 2018 im Rahmen einer Aktuellen Stunde zum Thema Demokratie und Erinnerungskultur im Deutschen Bundestag: „Wir kämpfen für eine Alternative zur Abschaffung dieses Landes als staatliche und kulturelle Einheit. [...] Es geht also buchstäblich um alles.“⁹ Alexander Gauland konstatierte in ähnlich endzeitlicher Diktion bei einer Veranstaltung der AfD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz auf dem Hambacher Schloss im Juni 2018: „Wir importieren den Zerfall, indem wir das ethnisch-religiöse und clanstrukturelle Konfliktpotenzial importieren.“¹⁰

Für die endzeitlichen Szenarien verantwortlich sind aus Sicht der AfD und ihrer ProtagonistInnen die „dekadenten und zu nicht geringen Teilen immer mehr wertbefreiten Spaß- und Freizeitgesellschaften des alten Westens [...] ohne verbliebene Überzeugungen, für die sie wirklich noch zu kämpfen bereit wären“, wie etwa Bundessprecher Jörg Meuthen in seiner Rede beim Neuen Hambacher Fest im Mai 2018 behauptete. Im Anschluss daran polemisierte er gegen die „Schlafschafe des müden und satten Westens“ in ihren „Bio-Wohlfühl-Domizilen“, die sich lieber mit „allerlei Öko-Voodoo“ beschäftigten als mit den „Problemen unserer Zeit“.¹¹ Das Verdikt der „Dekadenz“, das gegen liberale und plurale Haltungen in Stellung gebracht wird, gehört seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu den zentralen Topoi extrem rechter Rhetorik. Unterstellt wird die Preisgabe einer verklärten, gleichsam „überhistorisch“ gedachten „alten“ Ordnung durch angeblich „verweichlichte“ und „gleichmacherische“ Gesellschaftsentwürfe.¹²

Die derart dichotom gedeuteten, scheinbar unversöhnlichen Entwicklungen kennen somit keinen Kompromiss, sondern nur ein „entweder – oder“. Die Dramatik dieser Polarisierungen wird häufig durch historische Vergleiche unterstrichen. Alexander Gauland bemühte bereits bei einer AfD-Demonstration in Berlin im November 2015 höchst fragwürdige historische Analogien, als er die aktuellen Flüchtlingsbewegungen mit der „Völkerwanderung“ verglich, die zum Untergang des Römischen Reiches geführt habe, als „die Barbaren den Limes überrannten“.¹³ Björn Höcke wiederum spricht in zugespitzter Form von einem angeblich drohenden „Staatszerfall“ und prophezeit – so im September

2017 in seiner Rede beim Kyffhäusertreffen – einen „Kultur- und Zivilisationsbruch historischen Ausmaßes“, ja sogar eine „kulturelle Kernschmelze“.¹⁴ Dabei ist zu vermuten, dass der Geschichtslehrer Höcke den Rekurs auf den Begriff „Zivilisationsbruch“ nicht zufällig vorgenommen hat. Schließlich wird diese ursprünglich durch den Historiker Dan Diner im Hinblick auf die Dimensionen der Shoah geprägte Formulierung vor allem verwendet, um die präzedenzlosen Verbrechen des Nationalsozialismus zu charakterisieren.¹⁵

Gerade diese Superlative verweisen darauf, dass die Semantik des Niedergangs und deren Dramaturgie häufig durch Sprachbilder aufgeladen werden, die gesellschaftliche, politische und kulturelle Entwicklungen mit Naturkatastrophen, Krankheitsmetaphern oder sonstigen apokalyptischen Szenarien in Verbindung bringen. Diese Sprachbilder werden aber nicht nur in der Atmosphäre emotionalisierter Parteiveranstaltungen bemüht, sie finden sich auch an zentraler Stelle im Grundsatzprogramm der AfD.¹⁶ Demnach führe eine liberale Asyl- und Einwanderungspolitik angesichts einer „Bevölkerungsexplosion“ und einer „Völkerwanderung historischen Ausmaßes“ langfristig zu „einem schleichenden Erlöschen der europäischen Kulturen“ (S. 59). Vor allem in der

” **Diese Argumentationsmuster zeigen, wie sich kulturpessimistische Deutungsrahmen mit verschwörungstheoretischen Annahmen verbinden können.** “

„ständig wachsenden Präsenz von Muslimen“ will die AfD „eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung“ (S. 49) erkennen. Ferner spricht die AfD von der „Zerstörung des Rechtsstaates“ (S. 6)

durch eine „kleine, machtvolle politische Führungsgruppe“, die sich in den bestehenden Parteien ausgebildet habe und zudem die „gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in den Händen“ habe (S. 8).

Diese Argumentationsmuster zeigen, wie sich kulturpessimistische Deutungsrahmen mit verschwörungstheoretischen Annahmen verbinden können. Besonders die globalen Migrationsbewegungen werden kaum als Folgen unzu-

mutbarer Lebensverhältnisse, etwa aufgrund von Kriegen, Bürgerkriegen, politischer Verfolgung oder Armut gedeutet, sondern als intendierte und gesteuerte Prozesse, die darauf abzielen, das ethnisch und kulturell homogen gedachte deutsche Volk „auszutauschen“ und durch MigrantInnen zu ersetzen. Die Dystopie vom „Großen Austausch“, die in ihrer aktuellen Form vor allem durch den französischen Schriftsteller Renaud Camus geprägt wurde, bildet einen zentralen Bestandteil der Agitation sämtlicher Strömungen der extremen Rechten nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und in den USA – und wird auch in Verlautbarungen der AfD deutlich. In diesem Sinne konstatiert Björn Höcke in seiner bereits erwähnten Kyffhäuserrede vom 2. September 2017: „Die Migration ist auch eine Waffe in den Händen der One-World-Ideologen. Sie ist auch eine Waffe, um Destabilisierung zu erreichen, und sie wird sehr, sehr effektiv eingesetzt.“ Ihre Konkretisierung und Personifizierung findet die Vorstellung vom Großen Austausch in den extrem rechten und rechtspopulistischen Polemiken gegen den UN-Migrationspakt oder gegen den ungarisch-amerikanischen Finanzinvestor George Soros, der – nicht selten mit antisemitischen Untertönen – als einer der vermeintlichen Drahtzieher der Migrationsbewegungen nach Europa denunziert wird.

2. Exklusiver Volksbegriff

Die Schlüsselkategorie im Geschichtsverständnis der AfD bildet jedoch, wie bereits erwähnt, das (in seiner Existenz ständig bedrohte) Volk, das in stark personifizierender Rhetorik als Kollektivsubjekt mit gleichsam einheitlichen Wahrnehmungen, Interessen und Feindbildern erscheint. Die Vorstellung vom Volk als „Organismus“ oder als „Körper“ ist bis heute ein zentraler Topos im Ensemble extrem rechter Grundpositionen. Sie spiegelt sich beispielsweise im Sprachgebrauch von André Poggenburg, dem vormaligen, im Januar 2019 jedoch aus der Partei ausgetretenen Fraktionsvorsitzenden der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt. Er bezeichnete Anfang Februar 2017 Studierende, die seinen Auftritt bei einer Vorlesung der AfD-nahen Hochschulgruppe Campus Alternative in Magdeburg verhindert hatten, als „Wucherung am deutschen Volkskörper“.¹⁷

Bemerkenswert ist, dass die grundlegende Frage, wer denn nun eigentlich zum „Volk“ gehört, in erster Linie damit beantwortet wird, wer dieser immer wieder beschworenen Gemeinschaft nicht zuzurechnen sei. Anders als ein republika-

”

Die Schlüsselkategorie im Geschichtsverständnis der AfD bildet das Volk, das in stark personifizierender Rhetorik als Kollektivsubjekt mit gleichsam einheitlichen Wahrnehmungen, Interessen und Feindbildern erscheint.

“

nisches Verständnis von „Volk“, das laut dem Historiker Michael Wildt einen vorwiegend „inklusive“ Charakter aufweist und als „Versammlung von gleichen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, unabhängig von [...] Haut-

farbe, Geschlecht oder religiöse[m] Bekenntnis“¹⁸ beschrieben werden kann, stilisieren nationalistisch-identitätspolitische Vorstellungen das „Volk“ zu einer exklusiven Einheit, die ihre Konturen vor allem durch die Abgrenzung gegenüber jenen gewinnt, die kulturell und ethnisch als „anders“ und „fremd“ konstruiert werden. Auf diesen Mechanismus, das „Eigene“ durch die Abgrenzung zum „Anderen“ zu bestimmen, hat auch der britische Kulturtheoretiker Stuart Hall mit Blick auf Großbritannien durch seine Feststellung hingewiesen, dass „die [weißen] Engländer nicht deshalb rassistisch“ seien, weil sie „die Schwarzen hassen, sondern weil sie ohne die Schwarzen nicht wissen, wer sie sind.“¹⁹ Dabei erweisen sich die Zuschreibungen von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit als statisch, weitgehend unveränderbar und somit gleichsam als überhistorisch; auch wenn ständig – nicht zuletzt in den Verlautbarungen der AfD – historische Argumentationsmuster oder Verweise auf „die“ Geschichte bemüht werden, um die Vorstellungen vom exklusiven Volk zu legitimieren.

Dies zeigen nicht zuletzt die seit Sommer 2017, teilweise bis heute geäußerten Polemiken der AfD gegen die damalige Migrations- und Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Aydan Özoğuz, die in dem Wunsch Alexander Gaulands gipfelten, Özoğuz in „Anatolien zu entsorgen“.²⁰ Der Umstand, dass Özoğuz in Hamburg geboren und aufgewachsen ist sowie über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügt, wird im Diskurs der AfD nicht akzeptiert. Ihr „Deutschsein“ bleibt suspekt und offenkundig davon abhängig, wie sie sich zu dem von der

AfD als „deutsch“ postulierten kulturellen Kanon positioniert. In ähnlicher Weise polemisierte die AfD im Februar 2018 gegen den im hessischen Flörsheim am Main geborenen deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel kurz nach seiner Freilassung aus türkischer Haft. Laut Alice Weidel sei er „weder Deutscher noch Journalist“.²¹

Der exklusive Charakter des Volkes im Verständnis der AfD spiegelt sich nicht zuletzt in der Forderung, die deutsche Staatsbürgerschaft wieder ausschließlich an das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) zu knüpfen und auf diese Weise die Einbürgerung von MigrantInnen zu erschweren, da Deutschland – auch hier wird mit dem Verweis auf „Geschichte“ argumentiert – kein Einwanderungsland sei. Davon abgesehen, dass diese Behauptung im Widerspruch zu den Erkenntnissen der historischen Migrationsforschung²² steht, avancieren „Einwanderung“ und somit die Menschen, die einwandern, zu einer substanziellen Bedrohung für die vorgestellte homogene „Wir“-Gemeinschaft. Denn an die Migration knüpfen sich in dieser Perspektive scheinbar ausschließlich negative Entwicklungen, die beispielsweise mit Schlagwörtern wie „Einwanderungskriminalität“, „Einwanderung in die sozialen Systeme“, „Kosten der Massenzuwanderung“ sowie „Gegen- und Parallelgesellschaften“ umrissen werden. Letztere werden vor allem mit „dem“ Islam in Verbindung gebracht, der als monolithische, vorwiegend ethnisch-kulturelle Einheit apostrophiert wird, die sich zudem in einem „Kulturkampf“ mit dem „Abendland“²³ befinde. Zwar betonen VertreterInnen der AfD immer wieder die Bedeutung der Religionsfreiheit in Deutschland, die für den Islam wird notorisch relativiert und negiert, da dieser in den Verlautbarungen der Partei und ihrer ProtagonistInnen nahezu ausschließlich und pauschal als politische, mithin „totalitäre“ Ideologie und Herrschaftsform erscheint. Somit werden auch Menschen, die als Muslime erkennbar sind, verbal aus dem imaginierten „Volk“ ausgebürgert. Ein schriller, abwertender, bisweilen entmenschlichender Sprachgebrauch gegenüber den „anderen“ soll dabei die „Exklusivität“ des „Eigenen“ unterstreichen.

Die aggressive Ausschlussrhetorik gegenüber jenen, die diese Auffassung von vermeintlich unveräußerlichen Zugehörigkeitskriterien nicht teilen, richtet sich aber nicht nur gegen MigrantInnen oder Muslime, sondern auch gegen die „Eliten“ oder das „Establishment“ – wer oder was im Einzelfall auch immer genau damit gemeint sein soll – in Politik, Kultur und Medien. Diese werden als

korrupt, unmoralisch und parasitär diskreditiert und gelten somit nicht als Teil des imaginierten homogenen und moralisch reinen Volkes.²⁴ Der bei Pegida- und AfD-Versammlungen auf Plakaten und in Sprechchören allgegenwärtige Slogan „Volksverräter“ bringt dieses für das extrem rechte Volksverständnis zentrale Verdikt auf den Punkt. Nicht selten erscheinen in dieser starren, konsequent am Freund-Feind-Schema ausgerichteten Kategorisierung die „anderen“ als homogene Gruppe, etwa dann, wenn der AfD-Bundestagsabgeordnete Gottfried Curio im Deutschen Bundestag polemisiert: „Wenn Merkel meint, der Islam gehöre zu Deutschland [...], dann sagen wir, der Islam gehört zu Merkel, aber Merkel gehört nicht länger zu Deutschland.“²⁵

3. Monolithisches Kulturverständnis

Eng verkoppelt mit und geradezu konstitutiv für einen derart exklusiven Volksbegriff ist ein monolithisches Verständnis von „Kultur“, das auch für andere Strömungen der extremen Rechten kennzeichnend war und ist. „Kultur“ erscheint in dieser Sichtweise gleichsam als „Schicksal“. Es firmiert, so der Historiker Volker Weiß, als „übergeschichtliches Ganzes, das das Subjekt

umfassend determiniert“.²⁶ Um gegenüber den schon erwähnten vermeintlich existenziellen Herausforderungen bestehen zu können, proklamiert die AfD eine „deutsche Leitkultur“, die dem

„Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“ dienen soll. Diese sei vorwiegend durch Sprache, aber auch durch einen über alle historischen Zäsuren hinweg bestehenden „Kernbestand“ an „Wertehaltungen“ geprägt. „Kultur“, die dem „Volk“ also ihren unverwechselbaren und gleichsam überhistorischen Charakter verleihen soll, bildet somit eine weitere Schlüsselkategorie für das Geschichtsverständnis der AfD. Von „Kultur“, etwa von „deutscher“ oder „abendländischer“, wird zumeist nur im Singular gesprochen. In diesem Sinne erweist sich der

”

Eng verkoppelt mit und geradezu konstitutiv für einen derart exklusiven Volksbegriff ist ein monolithisches Verständnis von „Kultur“, das auch für andere Strömungen der extremen Rechten kennzeichnend war und ist.

“

Kulturbegriff als statisch, monolithisch und äußerst selektiv. Die Beobachtung, dass „Kulturen“ durch ständigen Wandel, Hybridisierungen, inter- und transnationale Einflüsse geprägt sind und somit vor allem als Prozesse²⁷, also als etwas „Unfertiges“ verstanden werden können, stößt auf entschiedene Ablehnung, auch wenn in diversen programmatischen Verlautbarungen eher floskelhaft die Realität ständiger kultureller Umbrüche eingeräumt wird. In ihrem Grundsatzzprogramm verwahrt sich die AfD somit der „Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt“.²⁸ Als Gefahr für die kulturelle Substanz des deutschen Volkes hat die Partei aber auch die „Gender-Ideologie“ ausgemacht, stelle diese doch „traditionelle Wertevorstellungen und spezifische Geschlechterrollen in den Familien“ in Frage.²⁹

Der Verweis auf „Kultur“ vollzieht sich somit im Rahmen eines konsequenten „Freund-Feind“-Denkens und spielt nicht zuletzt für die Gegnerbestimmung eine zentrale Rolle. Volker Weiß urteilt: „Der Glaube an die homogene Struktur

”

„Kulturpolitik“ kommt in den Wahl- und Grundsatzzprogrammen der AfD große Bedeutung zu, obgleich die darin enthaltenen Positionen und Forderungen oftmals schwammig bleiben und häufig von Aus- und Abgrenzungspostulaten gekennzeichnet sind. “

von ‚Kultur‘ und ihre überhistorische Bindung an Volk und Territorium bringt im Umkehrschluss eine strikte Ablehnung kultureller Vermischung mit sich.“³⁰ Ähnlich wie der Volksbegriff ist

demnach auch das Kulturverständnis in erster Linie „exklusiv“ geprägt. Gleichzeitig soll „Kultur“, folgt man den entsprechenden Ausführungen der AfD, vollständig in den Dienst nationaler Identitätsstiftung gestellt werden.

„Kulturpolitik“ (zu der hier im Folgenden auch schulische und außerschulische historisch-politische Bildung gezählt werden soll) kommt in den Wahl- und Grundsatzzprogrammen der Partei große Bedeutung zu, obgleich die darin enthaltenen Positionen und Forderungen oftmals schwammig bleiben und häufig von Aus- und Abgrenzungspostulaten gekennzeichnet sind. Besonders deutlich kam diese Intention bereits im AfD-Programm für die Landtagswahl in Sachsen-

Anhalt im März 2016 zum Ausdruck. Dort heißt es: „Museen, Orchester und Theater sind in der Pflicht, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern.“ Theaterstücke sollten so inszeniert werden, dass sie „zur Identifikation mit unserem Land anregen“.³¹ Abgelehnt wird hingegen – so etwa im als „Regierungsprogramm“ deklarierten Wahlprogramm der sächsischen AfD zur Landtagswahl im September 2019 – „ein vorrangig politisch motiviertes, propagandahafte-erzieherisches Musik- und Sprechtheater, wie es mitunter auch auf sächsischen Bühnen praktiziert wird.“³²

Dem Kunst- und Kulturverständnis einer offenen Gesellschaft stehen diese nationalen Vergemeinschaftungspostulate entgegen. Davon unbeirrt begreifen die VertreterInnen der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt Kulturpolitik in erster Linie als Identitätspolitik – ganz auf der Linie des Wahlprogramms. Anlässlich des in Dessau von deutschen und syrischen Jugendlichen im Herbst 2016 inszenierten Tanztheaterprojekts „Das Fremde so nah“ polemisierte Hans-Thomas Tillschneider, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, im Dezember 2016 gegen „linksliberale Vielfaltsideologien“, denen auf den Bühnen des Landes weniger Raum gegeben werden solle. Doch nicht nur „angebliche Vielfaltsideologien“ geraten in den Fokus der Partei, sondern offenkundig auch die heterogene Zusammensetzung öffentlich geförderter Musik-, Ballett- und Schauspielensembles. Im Juni 2019 wollte die Landtagsfraktion der AfD in Baden-Württemberg etwa in einer kleinen Anfrage die Staatsangehörigkeiten der an staatlichen Orchestern und Theatern engagierten KünstlerInnen in Erfahrung bringen.³³ Insgesamt müsse, so insistierte Gottfried Backhaus, Abgeordneter der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt, das Theater wieder zu seinem „volkspädagogischen Anspruch zurückfinden“, diene es doch vor allem der „Nationalbildung“.³⁴ Hinsichtlich der Frage, welche Stücke und Inszenierungsformen im „volkspädagogischen“ Sinne (und mit welchen DarstellerInnen) geeignet seien, bleiben die VertreterInnen der AfD in ihren Ausführungen jedoch nebulös.

Gleichwohl firmieren als Referenzpunkte der immer wieder beschworenen „einheimischen Kultur“ häufig historische und literarische Versatzstücke aus dem 19. Jahrhundert. Hans-Thomas Tillschneider insistierte in der Theaterdebatte darauf, die Bedeutung der Romantik wieder stärker zu betonen, da

dies die Epoche sei, „in der wir uns gefunden haben“.³⁵ Ein Patriot sei, argumentiert Björn Höcke (auf dem Kyffhäusertreffen 2017), wem bei der Lektüre von Eichendorff oder Hölderlin „warm ums Herz“ werde.³⁶

Diese historischen Bezüge korrespondieren mit den Inhalten und Aspekten, die die AfD im Geschichtsunterricht besonders hervorzuheben gedenkt. Die sächsische AfD forderte bereits in ihrem Programm für die Landtagswahl im September 2014, im Geschichtsunterricht einen deutlichen Schwerpunkt auf das 19. Jahrhundert und die Geschichte der antinapoleonischen Befreiungskriege zu legen – schließlich seien die Grundlagen „unseres Staates“ in den Jahren

1813, 1848 und 1871 gelegt worden.³⁷ In diesem Zusammenhang sticht bei den historischen Referenzen, die die AfD bemüht, ins Auge, dass die Rekurse der AfD auf „Geschichte“ sich vorwie-

Die Rekurse der AfD auf „Geschichte“ richten sich vorwiegend auf jene Epochen deutscher Geschichte, die nicht demokratisch verfasst waren.

gend auf jene Epochen deutscher Geschichte richten, die eben nicht demokratisch verfasst waren. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation rückt hier ebenso in den Fokus wie das Wilhelminische Kaiserreich. Starke Bezugnahmen finden sich, etwa im Wahlprogramm der Brandenburger AfD zur Landtagswahl im September 2019, auf „Preußen“, das sich von einem „armen Kurfürstentum“ zu einer „Großmacht“ entwickelt habe. Die Partei fordert daher die Rückbesinnung auf angeblich preußische Sekundärtugenden wie „Bescheidenheit, Disziplin, Fortschrittlichkeit, Pünktlichkeit sowie Sparsamkeit“, die „einst zur Blüte unseres gesamten Staatswesens“ geführt hätten.³⁸

Demgegenüber finden etwa die erste deutsche parlamentarische Demokratie – die Weimarer Republik – und ihre Verfassung so gut wie nie Erwähnung. Das Schlüsseljahr 1918 mit seinen revolutionären Umbrüchen, die zum Ende der monarchisch-aristokratischen Herrschaftssysteme in Deutschland führten, taugt der AfD – anders als der ständige Verweis auf 1813, 1848 und 1871 – offenkundig nicht als traditionsstiftende Zäsur. Und auch die „alte“ Bundesrepublik findet in den historischen Reminiszenzen der AfD kaum nennenswerte

Beachtung. Zwar bezeichnete Alexander Gauland in seiner Rede auf dem Hambacher Schloss im Juni 2018 die „alte Bundesrepublik“ als den „besten Nationalstaat, den wir haben“, widmete ihr aber in den folgenden Passagen keinerlei Aufmerksamkeit, sondern beschwor vor allem den auf Friedrich den Großen zurückgehenden „Rechtsstaat“, der nunmehr jedoch von „Frau Merkel abgeschafft“ worden sei.³⁹

Die Bezugnahme auf das Hambacher Fest 1832 und die Revolution von 1848, mit der sich die AfD in die Tradition demokratischer Bewegungen zu stellen versucht, ist jedoch weniger durch eine Auseinandersetzung mit den jeweiligen historischen Geschehnissen geprägt als durch das Bemühen, die damaligen Konfliktlinien und -konstellationen in die Gegenwart zu projizieren. Während sich die ProtagonistInnen der AfD und ihres Umfeldes im Rahmen etwa des „Neuen Hambacher Festes“ als WiedergängerInnen der gegen die Obrigkeit aufbegehrenden DemokratInnen und RevolutionärInnen stilisieren, erscheint in dieser Erzählung das rhetorisch heftig attackierte politische, kulturelle und gesellschaftliche „Establishment“ als Ausdruck einer illegitimen autokratischen Herrschaft, die in die Tradition der restaurativen, reaktionären und repressiven Regime des 19. Jahrhunderts gerückt wird.

”

Der Rekurs auf Geschichte wird vorwiegend als Waffe im Rahmen eines konsequenten Freund-Feind-Denkens genutzt. “

“

Die Anmaßung, die in dieser Analogisierung enthalten ist, muss hier nicht näher erläutert werden.

Während die damaligen demokratisch-revolutionären Bewegungen tatsächlich mit massiven Repressalien, Zensur und Inhaftierung rechnen mussten, können die selbsternannten RevolutionärInnen der AfD und ihre AnhängerInnen die gesamte Palette der in der Bundesrepublik bestehenden Grund- und Freiheitsrechte in Anspruch nehmen und diese im Zweifelsfall vor unabhängigen Gerichten einklagen. Auch in diesem Kontext wird deutlich, dass der Rekurs auf Geschichte vorwiegend als Waffe im Rahmen eines konsequenten Freund-Feind-Denkens genutzt wird.

In ähnlicher Weise versucht die AfD, sich die Friedliche Revolution vom Herbst 1989 geschichtspolitisch anzueignen. Mit dem Slogan „Vollende die Wende“

stilisiert sich die Partei etwa im Brandenburger Landtagswahlkampf zur aus ihrer Sicht einzigen und legitimen Sachwalterin der BürgerInnen- und Protestbewegung, die sich vor 30 Jahren in der DDR formierte und das realsozialistische Gesellschaftssystem zu Fall brachte. Björn Höcke, in der „alten“ Bundesrepublik aufgewachsen und sozialisiert, suggeriert sogar, er sei selbst ein Akteur der Friedlichen Revolution gewesen, indem er in zahlreichen seiner Ansprachen und Wahlkampfauftritten proklamiert: „Wer hätte befürchtet vor 30 Jahren, als wir die Friedliche Revolution machten, dass staatlich geförderte Schlägerbanden Jagd auf Menschen machen, die der Regierung missliebige Parteien unterstützen. [...] Wir haben hier im Osten noch die persönlichen Erfahrungswerte mit einer totalitären Gesellschaft, und wir stellen unsere Erfahrung mit dieser totalitären Gesellschaft [...] der im Westen vorherrschenden Unkultur und der Bevormundung entgegen. Ja, es fühlt sich wieder so an wie damals in der DDR.“⁴⁰ Die AfD Brandenburg postuliert im Landtagswahlkampf 2019 eine „Wende 2.0“ und behauptet: „Wer heute ‚anders‘ denkt, wird genauso unterdrückt, wie es einst die Stasi tat.“⁴¹

Doch tatsächlich scheint, worauf David und Pascal Begrich hinweisen, das Verhältnis zur DDR-Geschichte ambivalent. So bezieht sich die AfD häufig positiv auf Versatzstücke der DDR-Ideologie und zwar „immer dann, wenn sie nationalistisch aufgeladen waren.“ So habe Höcke in seiner Rede beim Kyffhäusertreffen im Juli 2019 indirekt aus den Gedichten des DDR-Kulturministers Johannes R. Becher zitiert. Das Lied „Unsere Heimat“ aus dem Liedbestand der DDR werde auf parteinahen Facebookseiten verlinkt und auf Kundgebungen angestimmt.⁴² Bei seiner Aschermittwochsrede im Februar 2018 in Pirna adelte Björn Höcke Erich Honecker als „deutschen Staatsmann“, um ihn positiv von den gegenwärtig politisch Agierenden PolitikerInnen der „Altparteien“ abzugrenzen.⁴³

Auch diese eklektizistische Aneignung der DDR- und „Wende“-Geschichte folgt somit den bereits geschilderten Intentionen. Der AfD geht es darum, „ihr Image als Anti-Establishment-Partei (zu) befördern. [...] Zugleich geht es um die Verächtlichmachung der politischen Mitbewerber*innen und der repräsentativen Demokratie.“⁴⁴ Nicht zuletzt Höckes Insistieren auf die Bedeutung des „deutschen Staatsmanns“ verweist auf eine weitere Widersprüchlichkeit im Geschichtsverständnis der AfD. Auffällig erscheint nämlich, dass das ansonsten so emphatisch beschworene „Volk“ in den historischen Verlautbarungen der AfD eigentümlich

blass bleibt. Gesellschaftliche Bewegungen, die Wahrnehmungen, Deutungsmuster und historischen Erfahrungen der „Vielen“ finden jedoch kaum Beachtung. Das „Volk“ tritt tatsächlich meist nur im Kollektiv gleichsam als „Schicksalsgemeinschaft“ auf, deren Wohl und Wehe wiederum von Einzelnen bestimmt wird.

4. Männlich-martialisches Geschichtsbild

Diese Beobachtung führt zum vierten Aspekt des Geschichtsverständnisses der AfD – nämlich zu dessen männlich-martialischer Ausrichtung. Folgt man den historischen Betrachtungen, die RepräsentantInnen der AfD in ihren geschichtspolitischen Verlautbarungen anstellen, sind es vor allem Männer, die „Geschichte“

”

Folgt man den historischen Betrachtungen, die RepräsentantInnen der AfD in ihren geschichtspolitischen Verlautbarungen anstellen, sind es vor allem Männer, die „Geschichte“ machen. “

machen. Dies gilt zumal für das immer wieder wohlwollend beschworene 1871 entstandene Deutsche Kaiserreich, das vor allem als das Werk Bismarcks betrachtet wird. Aber auch die preußischen Könige finden

immer wieder in apologetischer Weise Erwähnung. Diese Perspektive auf „Geschichte“ korrespondiert mit der Verklärung des 19. Jahrhunderts, denn der Fokus der sich damals formierenden modernen Geschichtswissenschaft, wie auch der Geschichts- und Erinnerungskultur, richtete sich auf eben jenes Wirken der „großen“ Männer.⁴⁵

Das Geschichtsverständnis der AfD ist jedoch nicht nur männlich konnotiert, sondern auch martialisch aufgeladen – was angesichts der ständig aufgerufenen Untergangsszenarien und vermeintlich existenziellen Bedrohungen folgerichtig erscheint. Am deutlichsten recurriert zweifellos Björn Höcke auf die geschichtsmächtige Bedeutung kriegerischer Männlichkeit. In seiner Rede in Erfurt bei einer Demonstration der AfD am 18. November 2015 proklamierte Björn Höcke, es sei notwendig, dass Deutschland seine „Männlichkeit“ wiedererlange. Das Land müsse „mannhaft“ und somit „wehrhaft“ werden⁴⁶, um in der von ihm rhetorisch heraufbeschworenen drohenden Auseinandersetzung um den

Bestand des deutschen Volkes bestehen zu können, wie er in einer weiteren Rede im September 2016 in Obermehler (Thüringen) ausführte. „Wir haben letztes Jahr eine Einwanderung von 20.000 jungen Männern gehabt. Wenn diese Einwanderungsdynamik nur fünf Jahre so weitergeht, dann kippen in dieser zentralen Alterskohorte [...] die Mehrheitsverhältnisse. Und dann Gnade uns Gott. Die jungen Männer sind nämlich die, die ihr Land auch verteidigen. Das sind die, die auch mal die Ärmel hochkrepeln und sagen: ‚So, jetzt ist aber Widerstand angesagt, ab jetzt keinen Schritt weiter.‘ Und wenn diese jungen Männer, wenn wir Deutschen in der Kohorte der jungen Männer in die Minderheit gedrückt werden, dann ist dieses Land für uns verloren.“⁴⁷

Das Zitat macht deutlich: Geschichtsmächtige Akteure sind in erster Linie kriegerische junge Männer. Frauen scheinen für diese auf eine endzeitliche Konfrontation hinauslaufende Entwicklung offenkundig keine Rolle zu spielen. In diesem Sinne gilt die Verachtung Höckes, aber auch anderer AfD-Mitglieder den „unmännlichen“, scheinbar „verweichlichten“ Protagonisten der „Altparteien“. Der damalige Justizminister Heiko Maas wurde von Höcke in seiner Rede im November 2015 als „armes Männlein“ bezeichnet. In der Rede auf dem Kyffhäusertreffen im Jahr 2017 diskreditierte er die VertreterInnen der Bundestagsparteien als „Zwerge“ und „Kaiserlein“. Auch diese rhetorische Diskreditierungsstrategie ist nicht neu. Bereits in der Weimarer Republik attestierten die extremen Rechten den PolitikerInnen der demokratischen Parteien „Verweichlichung“, „Verweiblichung“ und „Dekadenz“.⁴⁸ Die plurale und kulturell heterogene Gesellschaft wird in dieser Sichtweise häufig mit einer Herde Schafe assoziiert, die inneren und vor allem äußeren Bedrohungen nahezu wehrlos ausgeliefert sei. Als Gegenbild firmiert nicht selten der Wolf, der zur immer wieder beschworenen, entschlossenen und wehrhaft konnotierten Identifikationsfigur avanciert. So postulierte Björn Höcke in seiner Rede beim Kyffhäusertreffen im Juni 2018: „Heute lautet die Frage: Schaf oder Wolf? Und ich, liebe Freunde, meine hier, wir entscheiden uns, in dieser Lage Wolf zu sein.“⁴⁹ Verschiedentlich wurde in diesem Kontext auf die rhetorische Nähe des Höcke-Zitats zu einer entsprechenden Formulierung von Joseph Goebbels verwiesen, der in einem Leitartikel in der NS-Zeitschrift „Der Angriff“ im April 1928 prophezeit hatte: „Wir kommen nicht als Freunde [...] Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir!“⁵⁰

5. Externalisierung des Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichte

Immer wieder nutzt die AfD in ihrer Rhetorik implizit oder auch explizit Analogien zu Sprache und Begrifflichkeiten, die mit dem Vokabular des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht werden können. Diese verweisen auf einen für die geschichtspolitischen Positionierungen der Partei zentralen Aspekt – nämlich den Umgang mit der NS-Vergangenheit. Bemerkenswert erscheint in diesem Kontext, wie wortreich und pathetisch einerseits das 19. Jahrhundert verklärt und für ein „positives Identitätsgefühl“ herangezogen wird, aber wie schweigsam sich andererseits die Partei gibt, wenn es um die Auseinanderset-

zung mit dem historischen Nationalsozialismus geht. Schließlich steht dessen Vernichtungspolitik der immer wieder reklamiereten unbefangenen „Nationalidentität“ entgegen. Obgleich sich in der AfD und ihrem Umfeld ein teil-

”

Immer wieder nutzt die AfD in ihrer Rhetorik implizit oder auch explizit Analogien zu Sprache und Begrifflichkeiten, die mit dem Vokabular des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht werden können.

“

weise bizarres Spektrum von Geschichtsrevisio(n)istInnen unterschiedlicher Schattierungen tummelt,⁵¹ vermeiden es die Menschen an der Spitze der Partei, die präzedenzlosen nationalsozialistischen Verbrechen zu beschönigen oder sogar zu leugnen. Gleichwohl weisen deren diskursive Strategien eindeutig exkulpierende, verharmlosende und relativierende Tendenzen auf, wobei vor allem die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in den Fokus der geschichtspolitischen Interventionen rückt. Demnach sind es vor allem sechs rhetorische Muster, die den Umgang mit dem Nationalsozialismus prägen.

Erstens ist das Bemühen zu beobachten, den Nationalsozialismus überhaupt nicht oder lediglich in abstrakten, mithin verschleiern den Worten zu erwähnen. So finden sich in den Verlautbarungen der AfD häufig Floskeln, in denen allgemein von „den zwölf Jahren“ oder von „jenen zwölf dunklen Jahren“ die Rede ist. Der Begriff des Nationalsozialismus wird bisweilen gar nicht erst in den Mund genommen. Diese Feststellung gilt zumal für die präzedenzlosen Verbrechen, die kaum Erwähnung finden.

Zweitens ist zu bemerken, dass der Nationalsozialismus häufig rhetorisch aus dem extrem nationalistischen und rechtsextremen politischen Spektrum ausgegliedert und dem linken politischen Spektrum zugeschlagen wird. So konstatierte etwa der Bundestagsabgeordnete Martin Renner im Februar 2018 in seinem Redebeitrag während der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag zum Thema Erinnerungskultur: „Vergessen Sie doch nicht, dass das verbrecherische Naziregime Kollektivisten und Sozialisten waren, eben nationale Sozialisten. [...] Wir sind doch geradezu die politische Gegenthese zur ihren sozialistischen und kollektivistischen Ideologien“.⁵² Bemerkenswert an Renners Polemik ist, dass er die aktuell im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der AfD) als „kollektivistisch“ deklariert und somit in die Nähe des Nationalsozialismus rückt, der wiederum als Spielart des Sozialismus erscheint.

Drittens wird suggeriert, dass sich der Nationalsozialismus eigentlich gegen Deutschland und dessen politische und kulturelle Traditionen gerichtet habe. Der Nationalsozialismus sei, behauptete etwa Alexander Gauland in einem Interview im August 2017, „etwas zutiefst Antideutsches.“⁵³ Diese Setzung blendet die historischen und politischen Entstehungskontexte, Kausalitäten und Verantwortlichkeiten für den Aufstieg und die Machtübernahme der nationalsozialistischen Bewegung ebenso aus wie die breite gesellschaftliche Verankerung des NS-Regimes und das „Hinnehmen und Mitmachen der Vielen“ (Alf Lüdtke). Sie ermöglicht es damit sogar, auch jene Deutschen, die nicht aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt wurden und mithin den Nationalsozialismus stützten, zu dessen Opfern zu stilisieren. Der Opferstatus aber schreibt sich, so legt es die Rhetorik von VertreterInnen der AfD nahe, bis in die Gegenwart fort. In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ führte Gauland im April 2016 aus: „Ja. Hitler hat sehr viel mehr zerstört als die Städte und die Menschen, er hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen, weitgehend.“⁵⁴ Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn hat die Selbstviktimisierungsversuche als „Wunsch nach kollektiver Unschuld“, als „Phantasma des eigenen Opferstatus“ beschrieben.⁵⁵

Viertens geht die Ausgliederung des Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichte häufig mit dem Versuch einher, den Islam als dessen Wiedergänger zu stilisieren. Man lehne ja, heißt es in regelmäßigen Verlautbarungen der Partei, Nationalsozialismus und Antisemitismus entschieden ab, derartige menschenfeindliche Positionen würden aber gegenwärtig vor allem von Muslimen bezie-

hungsweise in der islamischen Welt vertreten. In der bereits erwähnten Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag im Februar 2018 polemisierte der AfD-Abgeordnete Marc Jongen: „Eine Partei, die eine hirnrissige Migrationspolitik bejubelt und beklatscht, die dafür sorgt, dass der arabische Antisemitismus nach Deutschland importiert wird, dass auf Deutschlands Straßen ‚ Hamas, Hamas, Juden ins Gas‘ gerufen wird, verantwortet einen himmelschreienden Skandal. [...] Die AfD ist die einzige Partei, die dagegen wirklich effektive Maßnahmen zu unternehmen verspricht, die dafür sorgen wird, dass sich Juden in Deutschland wieder sicher fühlen können. Also schweigen sie uns gegenüber von Antisemitismus.“⁵⁶ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich VertreterInnen jüdischer Einrichtungen, Verbände und Organisationen, die sich von der AfD distanzieren und die völkischen und rassistischen Tendenzen in der Partei ebenso kritisieren wie die bisweilen manifest antisemitischen Verlautbarungen einiger AfD-Mitglieder, nicht selten den Zorn und die Polemik der RechtspopulistInnen zuziehen. Ein Eingehen auf derartige Kritik ist im Grunde nicht feststellbar und so ist es im Wesentlichen die AfD, die zum Antisemitismus schweigt, wenn kein Zusammenhang mit Migration oder Islam konstruierbar ist. Als Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, in ihrer Ansprache im Bayerischen Landtag anlässlich des Holocaustgedenktag im Januar 2019 der AfD attestierte, diese gründe ihre Politik auf „Hass und Ausgrenzung“ und verharmlose die „Verbrechen der nationalsozialistischen Zeit“, verließ die AfD-Landtagsfraktion fast geschlossen den Saal.⁵⁷ Im Nachgang bezeichnete der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron die 87-jährige Charlotte Knobloch als „willige Vollstreckerin“ und drohte: „... die Israelitische Gemeinde von München und Oberbayern tut sich auch keinen Gefallen damit, wenn ihre Chefin die einzige Partei diffamiert, die sich gegen den importierten Antisemitismus wendet.“⁵⁸ Besonders perfide ist in diesem Kontext die Diffamierung Charlotte Knoblochs als „willige Vollstreckerin“, denn damit greift Bystron einen Terminus auf, der vom amerikanischen Politikwissenschaftler Daniel Goldhagen geprägt wurde, um die breite Beteiligung der Deutschen an der Shoah zu charakterisieren.

Fünftens sind die geschichtspolitischen Vorstöße der AfD häufig von den Versuchen gekennzeichnet, die Verbrechen des Nationalsozialismus durch Vergleiche mit anderen Gräueltaten oder Ereignissen während des Zweiten Weltkriegs



Die geschichtspolitischen Vorstöße der AfD sind häufig von den Versuchen gekennzeichnet, die Verbrechen des Nationalsozialismus durch Vergleiche mit anderen Gräueltaten oder Ereignissen während des Zweiten Weltkriegs zu relativieren. “

zu relativieren. Etwa wenn es in einer Kleinen Anfrage des AfD-Abgeordneten Marcus Spiegelberg im Landtag von Sachsen-Anhalt zum Thema „Bewahrung der Kultur und Geschichte

von Flüchtlingen und Vertriebenen“ heißt, mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Europäischen Kontinent sei es zu der „bisher größten Vertreibung der Menschheitsgeschichte“ und zu einem „zumindest teilweise umgesetzten Genozid am deutschen Volke aus den östlichen Siedlungsgebieten“ gekommen.⁵⁹ Im nordrhein-westfälischen Landtag wiederum wollte die AfD durch eine Kleine Anfrage erfahren, ob die Landesregierung der Ansicht sei, dass „Soldaten der Alliierten keine Kriegsverbrechen begangen haben“, und „auf welche Art und Weise [...] in Nordrhein-Westfalen der Opfer alliierter Kriegsverbrechen gedacht“⁶⁰ wurde.

Sechstens münden diese rhetorischen Muster allesamt in das Postulat, einen Schlusstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit und deren Bewältigung zu ziehen. Diese wird in zahlreichen Verlautbarungen als „Schuld kult“ beziehungsweise „Kultivierung eines Schuldkomplexes“⁶¹ diskreditiert und als „masochistisch“⁶² deklariert, da sie eine „wabernde Kollektivschuld am Leben“⁶³ erhalte.

Insgesamt lässt sich also konstatieren: Die geschichtspolitischen Vorstöße der AfD konzentrieren sich vor allem darauf, die kritischen Erinnerungskulturen zu attackieren, die sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte entwickelt haben.⁶⁴ Nicht die Faktizität des Nationalsozialismus steht infrage, sondern die gesellschaftliche, politische und pädagogische Auseinandersetzung damit. Das Grundsatz- und das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl enthalten gleichermaßen die Forderung: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven und identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“⁶⁵

Die von der AfD angestellte Beobachtung, es gebe eine „Verengung“ der Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus, erscheint mehr als fragwürdig, denn vor allem die vergangenen drei Jahrzehnte waren von einem regelrechten „Geschichtsboom“ geprägt, in dem zahlreiche vermeintlich „identitätsstiftende“ historische Projekte umgesetzt wurden: Die Wiedererrichtung der Dresdner Frauenkirche oder die gegenwärtige Rekonstruktion des Berliner Stadtschlösses sind hier ebenso zu nennen wie das 1994 eröffnete Haus der Geschichte der

”

Die geschichtspolitischen Vorstöße der AfD konzentrieren sich vor allem darauf, die kritischen Erinnerungskulturen zu attackieren, die sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte entwickelt haben. “

Bundesrepublik Deutschland in Bonn, das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig (eröffnet 1999) und das Deutsche Historische Museum in Berlin (gegründet 1987).

Deutlich wird aber

auch, dass das schwammige Postulat einer „erweiterten Geschichtsbetrachtung“ mit Assoziationen und Deutungsmustern gefüllt wird, die auf eine unterschiedlich entschlossen forcierte Entsorgung der NS-Vergangenheit hinauslaufen.

Einen ganz praktischen Vorstoß in diese Richtung unternahm die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, als sie im Januar 2017 forderte, die Landesförderung für die NS-Gedenkstätte Gurs in den französischen Pyrenäen zu streichen. In dieses Internierungslager waren seit Herbst 1940 rund 6.500 Jüdinnen und Juden aus Baden und Saarpfalz verschleppt worden, von denen ab 1942 fast 4.000 in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Die AfD kritisierte den „Erinnerungstourismus in die Pyrenäen“ und verwahrte sich gegen eine „einseitige Betonung der dunklen Geschichtskapitel bei gleichzeitiger Verdrängung unserer historischen Leistungen.“⁶⁶ Obgleich die Polemiken gegen die Erinnerung an den Nationalsozialismus und seine Verbrechen im Zentrum der Geschichtspolitik der AfD stehen, geht es in einer weiteren Perspektive um wesentlich mehr:

Bereits im September 2016 sagte die damalige Parteisprecherin Frauke Petry, der Begriff „völkisch“ solle wieder positiv besetzt werden.⁶⁷ Diese und zahlreiche weitere Verlautbarungen spiegeln eine geschichtspolitische Linie, die offen-

kundig bezweckt, extrem rechte, historisch einschlägig aufgeladene Topoi, Mythen und Begriffe als „normale“ Positionen in gesellschaftlichen und politischen Diskursen zu etablieren. Michael Wildt stellt fest, dass auf diese Weise „völkisches Denken, wie es vor 1933 üblich war, wieder salonfähig gemacht und von der Verbindung zum Nationalsozialismus entkoppelt werden“ solle, „als hätte dieser nicht seine Verwurzelung in völkischen Überzeugungen gehabt.“⁶⁸ Während Björn Höcke und der „Flügel“ die Rehabilitierung völkischen Gedankenguts in aller Offenheit betreiben und gegen jene Erinnerungskulturen aggressiv polemisieren, die an den historischen Nationalsozialismus und dessen Verbrechen geknüpft sind, kommen geschichtspolitische Vorstöße anderer AkteurInnen der AfD häufig im Gewand von Andeutungen, zweideutigen Bemerkungen,

”

Geschichtspolitische Vorstöße mancher AkteurInnen der AfD kommen im Gewand von Andeutungen, zweideutigen Bemerkungen, subtilen Unterstellungen oder angeblich vom „Establishment“ tabuisierten Fragestellungen daher. “

subtilen Unterstellungen oder angeblich vom „Establishment“ tabuisierten Fragestellungen daher.

Dieser raunende Grundton entspricht der Rhetorik, die auch in anderen thematischen Feldern Einzug

gehalten hat und die Grundsubstanz dessen bildet, was als „Fake News“, „Alternative Facts“ oder auch als „Verschwörungstheorien“ durch das Internet, die sozialen Netzwerke und Gespräche im Alltag geistert. Diese sind häufig rassistisch aufgeladen, richten sich gegen Eingewanderte, Geflüchtete und Muslime, aber auch gegen Behörden, Verwaltungen, Bildungseinrichtungen oder die „Gutmenschen“ – und gegen die Geschichts- und Erinnerungskulturen, die sich kritisch mit der NS-Vergangenheit beschäftigen. Verschwörungstheorien, apologetische Deutungen der deutschen Geschichte, besonders des Nationalsozialismus oder dessen Verharmlosung, gab es immer schon, genau wie die Tendenzen, einen „Schlussstrich“ unter die Geschichte zu ziehen. Doch die aktuellen Entwicklungen stellen neue, für den Umgang mit Geschichte und Erinnerung in Deutschland zentrale Herausforderungen dar. Zum einen haben sich die Verbreitungsmöglichkeiten und die potenzielle Reichweite verschwörungsideologischer Annahmen und Behauptungen erhöht.

Zum andern ist zu vermuten, dass die ProtagonistInnen der AfD, die sich zu geschichtspolitischen Themen äußern, an historischen Details, geschichtswissenschaftlichen Erkenntnissen und abwägenden Urteilen ohnehin nur bedingt interessiert sind. In deren Perspektive geht es ums „Große Ganze“: Die Konstruktion einer nationalen Identität, die sich auf den Mythos von einem ethnisch und kulturell homogenen Volk gründet.

- 1 Vgl. "Dr. Timo Böhme zum Neuen Hambacher Fest", 07.05.2018 [online] www.afd-rlp-fraktion.de/pressemitteilungen/dr-timo-boehme-afd-zum-neuen-hambacher-fest/ [02.11.2019]
- 2 Video „Rede von Dr. Alexander Gauland beim Kyffhäusertreffen am 2. 9. 2017“, [online] www.youtube.com/watch?v=RCb4KWzLy0 [02.09.2019].
- 3 Wortlaut der Rede, in: Der Tagesspiegel, 19.01.2017, [online] www.tagesspiegel.de/politik/hoেকে-rede-im-wortlaut-gemuetzustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518-all.html [02.09.2019].
- 4 Michael Kohlstruck: Erinnerungspolitik. Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie, in: Birgit Schwelling (Hg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen. Wiesbaden 2004, S. 173–193, S. 176.
- 5 Vgl. Stefan Troebst: Geschichtspolitik. Version 1.0, 04.08.2014, in: Docupedia-Zeitgeschichte, [online] <http://docupedia.de/zg/Geschichtspolitik> [10.08.2019]; Christoph Cornelißen: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 54, S. 548–563.
- 6 Vgl. Martin Langebach/Michael Sturm (Hg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten. Wiesbaden 2015; Hans-Peter Killguss/Martin Langebach (Hg.). „Opa war in Ordnung!“ Erinnerungspolitik der extremen Rechten. Köln 2016; Christoph Kopke (Hg.): Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen. Berlin 2014.
- 7 Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990. Darmstadt 1999.
- 8 Kohlstruck: Erinnerungspolitik, S. 176.
- 9 Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, 15. Sitzung, 23.02.2018, S. 1294, [online] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19015.pdf#P.1289> [10.08.2019].
- 10 Video „Dr. Gauland (AfD) auf dem Hambacher Schloss: Nationale Identität“, [online] www.youtube.com/watch?v=iKqn69oU2eM [10.08.2019].
- 11 Video „Jörg Meuthen: Rede auf dem Neuen Hambacher Fest“, 05.05.2018, [online] <https://www.youtube.com/watch?v=9dEudOkgSAw> [11.08.2019].
- 12 Felix Kronau: Dekadenz, in: Bente Gießelmann u. a. (Hg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Schwalbach am Taunus 2016, S. 49–58.
- 13 Zitiert nach Jörn Hasselmann: Gauland vergleicht Flüchtlinge mit Barbaren, in: Der Tagesspiegel, 07.11.2015, [online] www.tagesspiegel.de/berlin/afd-grossdemo-in-berlin-gauland-vergleicht-fluechtlinge-mit-barbaren/12555634.html [02.09.2019].
- 14 Video „Kyffhäusertreffen 2017 – Rede von Björn Höcke“, [online] www.youtube.com/watch?v=7ALZpg3gIGk [10.08.2019].
- 15 Vgl. Dan Diner (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Frankfurt am Main 1988.
- 16 Vgl. Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland (2016), [online] www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf [10.09.2019].
- 17 Video „André Poggenburg (AfD): Wucherung am deutschen Volkskörper“, [online] www.youtube.com/watch?v=7MsmXpkb7Ko [25.03.2017].
- 18 Michael Wildt: Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg 2017, S. 116.
- 19 Stuart Hall: Ethnizität. Identität und Differenz, in: Jan Engelmann (Hg.): Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader. Frankfurt am Main 1999, S. 83–98, S. 93.

- 20 Zitiert nach Justus Bender: „Gauland: Özoguz in Anatolien entsorgen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.08.2017, [online] www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-alexander-gauland-traeumt-von-entsorgung-aydan-oezoguz-15171141.html [02.09.2019].
- 21 Alice Weidel: Facebook Posting, 17.02.2018, [online] www.facebook.com/aliceweidel/posts/1868347016509858/ [10.08.2019].
- 22 Vgl. Sylvia Hahn: Historische Migrationsforschung. Frankfurt am Main 2012.
- 23 Bundesprogrammkommission: Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag, S. 42.
- 24 Vgl. Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt am Main 2016, S. 42.
- 25 Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, 55. Sitzung, 11.10.2018, S. 5892, [online] <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19055.pdf> [02.09.2019].
- 26 Volker Weiß: Bedeutung und Wandel von „Kultur“ für die extreme Rechte, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden 2016, S. 441–469, S. 442.
- 27 Vgl. Andreas Wimmer: Kultur als Prozess. Zur Dynamik des Aushandelns von Bedeutungen. Wiesbaden 2005.
- 28 Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland (2016), [online] www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf [18.09.2019], S. 47.
- 29 Ebd., S. 55.
- 30 Weiß: Bedeutung und Wandel von „Kultur“, S. 463.
- 31 Alternative für Deutschland – Landesverband Sachsen-Anhalt (Hg.): Wahlprogramm. Zur Landtagswahl am 13. März 2016. Magdeburg 2016, S. 20.
- 32 Alternative für Deutschland – Landesverband Sachsen (Hg.): Trau Dich. Sachsen. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl Sachsen 2019. Dresden 2019, S. 38.
- 33 Vgl. Landtag Baden-Württemberg: Drucksache 16/6411, 07.06.2019.
- 34 Zitiert nach Christoph Richter: Bloß keine streitbare Theaterlandschaft, in: Deutschlandfunk, 18.12.2016, [online] www.deutschlandfunk.de/afd-in-sachsen-anhalt-bloss-keine-streitbare.691.de.html?dram:article_id=374230 [26.03.2017].
- 35 Zitiert nach Christoph Richter: AfD will „deutsche Kultur“ auf Sachsen-Anhalts Bühnen stärken, in: Deutschlandfunk, 18.12.2016, [online] www.deutschlandfunk.de/kontroverse-um-tanzprojekt-afd-will-deutsche-kultur-auf.2016.de.html?dram:article_id=374235 [10.08.2019].
- 36 Video „Kyffhäuserstreffen 2017 – Rede von Björn Höcke, [online] www.youtube.com/watch?v=7ALZpg3glGk [10.08.2019].
- 37 Vgl. AfD-Landesverband Sachsen (Hg.): Wahlprogramm 2014. Zwickau 2014, S. 19.
- 38 Alternative für Deutschland – Landesverband Brandenburg (Hg.): Hol dir dein Land zurück. Landtagswahlprogramm für Brandenburg 2019. Potsdam 2019, S. 4.
- 39 Video „Dr. Gauland (AfD) auf dem Hambacher Schloss: Nationale Identität“, [online] www.youtube.com/watch?v=iKqn69oU2eM [10.08.2019].
- 40 Video „Grandiose Rede von Björn Höcke, AfD. Flügeltreffen in Leinefelde (TH), 06.07.2019“, [online] www.youtube.com/watch?v=gXo8pRXNEEU [20.08.2019].
- 41 Alternative für Deutschland – Landesverband Brandenburg, [online] <https://wende2019.de/> [21.08.2019].
- 42 Vgl. David Begrich/Pascal Begrich: Der Osten steht auf. Zur Semantik der AfD im ostdeutschen Wahlkampf (21.08.2019), [online] www.miteinander-ev.de/wp-content/uploads/2019/08/190821-miteinanderaktuell-Der-Osten-steht-auf.pdf [21.08.2019].
- 43 Video „Björn Höcke: Politischer Aschermittwoch der AfD in Pirna/SOE/Sachsen“, [online] www.youtube.com/watch?v=iFFzHugyw4k [21.08.2019].
- 44 Begrich: Der Osten steht auf.
- 45 Gabriele Metzler: Der Staat der Historiker. Staatsvorstellungen deutscher Zeithistoriker seit 1945. Berlin 2018.
- 46 Video „Björn Höcke: Ich liebe mein Volk! Deutschland ist unsere Heimat, unser Land, unsere Nation!“, [online] www.youtube.com/watch?v=nQ72wsiUWCE [02.09.2019].
- 47 Video „Björn Höcke: Wenn wir den asylpolitischen Amoklauf von Merkel nicht stoppen können, ist die Messe gelesen“, [online] www.youtube.com/watch?v=4XMoldx3lHc [15.08.2019].

- 48 Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1962, S. 187 f.
- 49 Video „Kyffhäusertreffen 2018 – Rede von Björn Höcke“, [online] www.youtube.com/watch?v=kbLkMxEsqk [21.08.2019].
- 50 Zitiert nach Peter D. Stachura: Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 26, 1978, S. 66–99, hier S. 81; ebenso Marc Röhlting: Auf National-Treffen der AfD: Björn Höcke spricht von Wölfen und Schafen – wie Goebbels, [online] www.bento.de/politik/afd-bjoern-hoecke-nutzt-goebbels-anspielung-beim-kyffhaeusertreffen-in-sachsen-anhalt-a-00000000-0003-0001-0000-000002539482 [21.08.2019].
- 51 Vgl. Sebastian Leber: Tabubrüche und Skandale – Das sind die abenteuerlichsten Rechtfertigungen der AfD, in: Der Tagesspiegel, 17.07.2019, [online] www.tagesspiegel.de/themen/reportage/tabubrueche-und-skandale-das-sind-die-abenteuerlichsten-rechtfertigungen-der-afd/24595264.html [21.08.2019]; AfD-Mitglied Gedeon darf „Holocaust-Leugner“ genannt werden, in: Welt online, 17.01.2018, [online] www.welt.de/politik/deutschland/article172556716/AfD-Mitglied-Gedeon-darf-Holocaust-Leugner-genannt-werden.html?fbclid=IwAR1gA0SWdwoCUIDYt-nNw0MnUVQnUQnPrDcFmkkM6qL1q9k3ScADQ-nOIMU [21.08.2019]; Justus Bender: AfD-Politikerin unterstützt Verein von Holocaust-Leugnern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.11.2018, [online] www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextrismus-afd-politikerin-unterstuetzt-verein-von-holocaust-leugnerin-15914058.html [21.08.2019].
- 52 Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, 15. Sitzung, 23.02.2018, S. 1301, [online] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19015.pdf#P.1289> [21.08.2019].
- 53 Video „Alexander Gauland, Spitzenkandidat der AfD – Jung & Naiv: Folge 318“, [online] www.youtube.com/watch?v=f7JXQf9ou0 [21.08.2019].
- 54 Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen, in: Zeit online, 14.04.2016, [online] www.zeit.de/2016/17/alexander-gauland-afd-cdu-konservatismus [21.08.2019].
- 55 Samuel Salzborn: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim/Basel 2017, S. 105.
- 56 Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, 15. Sitzung, 23.02.2018, S. 1294 f., [online] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19015.pdf#P.1289> [21.08.2019].
- 57 Vgl. Video „Bayerischer Landtag: HolocaustGedenkakt im Bayerischen Landtag am 23.01.2019 – Rede Dr. h.c. Charlotte Knobloch“, [online] www.bayern.landtag.de/aktuelles/veranstaltungen/gaeste-und-begegnungen/gub-2019/23012019-holocaust-gedenkakt/holocaust-gedenkakt-im-landtag-am-23012018-rede-dr-hc-charlotte-knobloch/ [24.08.2019].
- 58 Petr Byston: Wahljahr 2019 – Die Hetzjagd ist eröffnet, in: Deutschland-Kurier, 01.02.2019, [online] www.deutschland-kurier.org/wahljahr-2019-die-hetzjagd-ist-eroeffnet/ [24.07.2019].
- 59 Landtag Sachsen-Anhalt: Drucksache 7/913, 30.01.2017.
- 60 Landtag Nordrhein-Westfalen: Drucksache 17/3341, 07.08.2018.
- 61 Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, 15. Sitzung, 23.02.2018, S. 1295., [online] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19015.pdf#P.1289> [21.08.2019].
- 62 AfD-Kreisverband Mühldorf: Roth zelebriert Erinnerungskultur in Mühldorf, 09.02.2019, [online] <https://afd-muehdorf.de/aktuelles/aktuelles-kv/page/2/> [24.08.2019].
- 63 Stellungnahme AfD-Ratsfraktion im Stadtrat Dortmund zum Zwangsarbeiter-Denkmal am Phoenix-See, 02.10.2017, [online] <https://afd-dortmund.de/aktuelles/2017/10/stellungnahme-afd-ratsfraktion-im-stadtrat-zum-zwangsarbeiter-denkmal-am-phoenix-see/> [24.08.2019].
- 64 Vgl. Wildt: Volk, S. 118.
- 65 Bundesprogrammkommission: Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag, S. 43.
- 66 AfD-Baden-Württemberg – Landtagsfraktion: Pressemitteilung, 23.01.2017, [online] <http://afd-fraktion-bw.de/aktuell/233/Gedenkst%C3%A4tte+Gurs> [26.03.2017].
- 67 Petry will „völkisch“ positiv besetzen, in: Welt online, 11.09.2016, [online] www.welt.de/newsticker/news/article158052902/Petry-will-Begriff-voelkisch-positiv-besetzen.html [26.03.2017].
- 68 Wildt: Volk, S. 118.

Wie

Rechtspopulist*innen

Demokratiegeschichte

vereinnahmen –

eine Bestandsaufnahme

Dennis Riffel

Wie Rechtspopulist*innen Demokratiegeschichte vereinnahmen – eine Bestandsaufnahme

Geschichte ist kein geschütztes Feld, kein Refugium für professionelle Historiker*innen. Das gilt auch für Demokratiegeschichte. Jeder kann Geschichte und damit auch die Geschichte der Demokratie benutzen, sie für sich vereinnahmen, historische Bezüge herstellen. Besonders in der Politik ist es üblich, sich auf Geschichte zu beziehen, um zum Beispiel bestimmte Positionen in aktuellen Debatten zu untermauern. Dies machen Politiker*innen aller Parteien. Die SPD hatte bis voriges Jahr sogar eine historische Kommission¹, die sich darum kümmerte, etwa für Jubiläen und ähnliche Anlässe Geschichtsthemen aufzugreifen und darzustellen.

Es kann daher nicht verwundern, dass auch rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien wie die AfD sich immer wieder auf historische Orte, Ereignisse, Personen und Symbole oder Begriffe und Slogans aus der Demokratiegeschichte beziehen. Aber wie genau und in welchem Zusammenhang geschieht dies? Und welche Bezüge werden hergestellt? Dies soll in einer kurzen chronologischen Bestandsaufnahme, die allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat, analysiert werden. Vielmehr können nur einige sehr auffällige und medienwirksam gewordene Beispiele betrachtet werden. Es können auch längst nicht alle rechtspopulistischen Gruppierungen in Deutschland eingehend betrachtet werden. Hinzu kommt, dass selbst in der größten deutschen rechtspopulistischen Partei, die momentan agiert, nicht von einem geschlossenen Geschichtsbild und daher auch nicht von einem einheitlichen Vorgehen bei geschichtspolitischen Instrumentalisierungen auszugehen ist.

Rückgriffe auf den Vormärz und die 1848er Revolution

Im ausgehenden 18. Jahrhundert gab es in einzelnen deutschen Staaten erste demokratische Bewegungen, die Anfang des 19. Jahrhunderts im sogenannten Vormärz an Fahrt gewannen. Diese Bestrebungen mündeten in die Revolution von 1848.

Rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen beziehen sich in hohem Maße und auf unterschiedliche Weise auf die Revolution von 1848. In der Präambel ihres Grundsatzprogrammes erklärt etwa die AfD, dass sie sich mit ihrem „bürgerlichen Protest“ in „der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989“² sieht. Dazu passt auch, dass die AfD ihren Fraktionssitzungssaal im Bundestag

„Saal Paulskirche“ genannt hat, nach dem Tagungsort des Parlamentes in den Jahren 1848 und 1849.³

” **Rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen beziehen sich in hohem Maße und auf unterschiedliche Weise auf die Revolution von 1848.** “

Rechtspopulistische Gruppierungen belassen es jedoch

nicht bei reinem „Namedropping“, sondern zeigen zumindest an zwei Orten der Demokratiegeschichte, die an Vormärz und 1848er Revolution erinnern, zeitweilige Präsenz. Dies gilt zum einen für das Hambacher Schloss und zum anderen für den Friedhof der Märzgefallenen.

„Hinauf, hinauf zum Schloss“

Das Hambacher Schloss liegt idyllisch auf einem Gebirgszug des Pfälzer Waldes nahe Neustadt an der Weinstraße im Bundesland Rheinland-Pfalz. Auf diesem Schlossberg fand im Mai 1832 das wichtigste Ereignis der Vormärzzeit statt, das Hambacher Fest. Etwa 20.000 bis 30.000 Männer und Frauen aus der Pfalz und anderen deutschen Gebieten zogen am 27. Mai 1832 zur Ruine des Hambacher Schlosses, außerdem Gesandte aus Frankreich und Polen. Bis zum 1. Juni 1832 blieben die Menschen dort, hörten mehr als 20 Rednern zu, diskutierten über Freiheitsrechte und einen deutschen Nationalstaat. 1982 wurde im Schloss die erste Dauerausstellung zum Hambacher Fest eröffnet. Die heutige Dauerausstellung wird von der Stiftung Hambacher Schloss betreut.⁴

Im Oktober 2016 mietete die rheinland-pfälzische AfD-Landtagsfraktion Räume im Schloss für eine Parteiveranstaltung unter dem Motto „Demokratie in Rheinland-Pfalz“. Das Recht dazu erstritt die Partei vor Gericht. Während die damalige Bundessprecherin der AfD, Frauke Petry, im Schloss sprach, protestierte ein breites Bündnis gegen die AfD-Herbsttagung.⁵ Im Mai 2018 mietete CDU-Mitglied Max Otte, der nach eigenen Angaben die AfD wählte, das Hambacher Schloss, um ein „Neues Hambacher Fest“ zu inszenieren, mit einer „Patriotenwanderung“ zum Schloss, 1.200 Gästen und Rednern wie Thilo Sarrazin, „Islamkritiker“ Imad Karim und AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen.⁶ Dabei wurde, wie der Politologe Herfried Münkler feststellt, nicht nur „das Hambacher Schloss als Kulisse gekapert“, sondern ein „Identitätsmarker der deutschen Demokratie“ in einen „Ort des Streits“ verwandelt. Dies sei, so Münkler weiter, „ein Akt der Eskalation, der auf das politische Selbstverständnis der Republik zielt“.⁷

Versuchte Vereinnahmung der Hambach-Gesellschaft

Einem ganz praktischen Kaperversuch ist nicht nur die Schlosskulisse ausgesetzt, sondern auch die Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung e. V. Sie wurde 1986 gegründet und sieht sich den Werten und Zielen des Hambacher Festes von 1832 verpflichtet. Der Verein mit etwa 100 Mitgliedern organisiert Vorträge sowie wissenschaftliche Kolloquien und gibt ein Jahrbuch heraus. 2018 reichte der Initiator der Maiveranstaltung auf dem Hambacher Schloss, Max Otte, gemeinsam mit über 20 Mitstreiter*innen Aufnahmeanträge bei der Hambach-Gesellschaft ein. Als der Vorstand der Hambach-Gesellschaft die Anträge ablehnte, klagte eine Kölner Rechtsanwaltskanzlei auf Aufnahme in den Verein für Otte und 14 weitere Personen. Die Hambach-Gesellschaft hat nun ihrerseits eine Kanzlei beauftragt, die Aufnahmeklage abzuweisen.⁸

Auf dem Friedhof der Märzgefallenen

Rechtspopulist*innen zeigten in den vergangenen Jahren zeitweise auch an einem weiteren Erinnerungsort an die 1848er Revolution Präsenz: dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin. Der Friedhof ist Gedenkort für zwei Revolutionen. Angelegt wurde er zunächst für die gefallenen Barrikadenkämpfer der Berliner Märzrevolution 1848. 1918 wurden dort auch die Opfer der Novemberrevolution beerdigt.⁹ Der Friedhof wurde im Laufe der Zeit mehrfach umgestaltet. Besonders die Baumaßnahmen in den Jahren 1957 bis 1961 prägen bis heute das Aussehen

des Friedhofs¹⁰ und verleihen ihm eine „DDR-Optik“¹¹. Seit 2011 befindet sich vor und auf dem Friedhof eine vom Paul-Singer-Verein erstellte Ausstellung zur Geschichte des Friedhofs. Als Ausstellungspavillon und Informationsbüro dient ein Seecontainer vor dem Friedhof. Außerdem gibt es eine Freiluftausstellung auf dem Friedhofsgelände. Die letzten Informationsstelen wurden am 2. September 2019 feierlich enthüllt.¹²

Während der Gedenkfeier am 18. März 2018 für die Opfer der Märzrevolution von 1848 versuchten die AfD und die Junge Alternative, auf dem Friedhof sehr präsent zu sein. Große Deutschlandfahnen wurden gezeigt, die Junge Alternative war mit Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden vertreten,¹³ die AfD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte legte einen Kranz nieder.¹⁴ In ihrer Öffentlichkeitsarbeit nach der Veranstaltung suchte die Junge Alternative den Schulterchluss mit den gefallenen Demokrat*innen von 1848 im Wortsinn. So wird Stefan Mörs, der stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Alternative Berlin, auf Facebook mit den Worten zitiert: „Daher darf sich die AfD wohl damit rühmen, den Märzgefallenen nicht entgegenzustehen, sondern sich mit ihnen Schulter an Schulter auf den alten und neuen Barrikaden zu wissen – getreu dem Motto: Der Freiheit eine Gasse!“¹⁵

Gustav Struve

Wenn schon die „Märzgefallenen“ allgemein von Rechtspopulist*innen vereinahmt werden, wie sieht es dann mit einzelnen Akteur*innen der Revolution von 1848 aus? Ein solcher Fall ist aus Baden-Württemberg bekannt. Dort wurde im Dezember 2017 von AfD-Landtagsabgeordneten die „Gustav-von-Struve-Stiftung e.V.“ gegründet.¹⁶ Sie ist nach dem badischen Revolutionär Gustav Struve benannt, der versuchte, seine radikaldemokratischen Ideen in der Revolution von 1848 in Baden mit Gewalt umzusetzen, aber scheiterte und in die USA floh. Gustav Struve, der seinen Adelstitel bewusst ablegte, ist eine Person mit vielen Brüchen. Er eignet sich beim näheren Betrachten kaum zur Heldenverehrung, wie im Mai 2019 auf einem Kolloquium „Gustav Struve – Turner, Demokrat, Emigrant“ in Rastatt festgestellt wurde.¹⁷ So habe sich Struve unter anderem mit Phrenologie beschäftigt, einer Pseudowissenschaft, die von bestimmten Schädelformen auf Charaktereigenschaften schließen wollte und im Nationalsozialismus als rassistisches Konstrukt zur Unterscheidung von

angeblich „höheren“ und „niederen Rassen“ ausgebaut wurde.¹⁸ Auf diese und andere Merkwürdigkeiten nimmt die Stiftung keinerlei Bezug. Die Stiftung sei gegründet „auf dem Vermächtnis von Gustav von Struve“, wird allgemein erklärt. Deshalb liege „der Schwerpunkt auf der Förderung politischer und gesellschaftlicher Diskussion“¹⁹. Laut Satzung fördert der Verein „die Idee des freiheitlichen Konservatismus in Baden-Württemberg“²⁰. Bisher scheint die Stiftung wenig aktiv zu sein, unter „Aktuelles“ wird auf der Homepage lediglich bekanntgegeben, dass im Mai 2019 „eine Veranstaltungsreihe zur kommunalpolitischen Bildung“ geplant sei.²¹

Weimarer Republik: Ausgespart mit einer Ausnahme

Die Revolution 1918/19 ist bisher für Rechtspopulist*innen kein Thema und auch die Weimarer Republik wurde bis jetzt ausgespart, mit einer Ausnahme: Gustav Stresemann, Reichskanzler und Außenminister der Weimarer Republik.

„ **Die Revolution 1918/19 ist bisher für Rechtspopulist*innen kein Thema und auch die Weimarer Republik wurde bis jetzt ausgespart ...** “

2017 wurde bekannt, dass die AfD plane, eine parteinahe Stiftung nach dem Staatsmann zu benennen. Das Ansinnen rief sogleich Widerspruch hervor, besonders vonseiten des Gustav-Stresemann-Instituts in Bonn.

Dessen Vorstand betonte, die AfD widerspreche mit ihrer Strategie der Ausgrenzung den Idealen Stresemanns, der sich nach dem Ersten Weltkrieg für die Aussöhnung Deutschlands mit den ehemaligen Kriegsgegnern eingesetzt habe.²²

Die Enkel Stresemanns kündigten für den Fall einer Stiftungsgründung rechtliche Schritte an. Ein Parteitag der AfD entschied sich schließlich dafür, die AfD-nahe Stiftung nach Desiderius Erasmus von Rotterdam zu benennen. Als eingetragener Verein besteht die rechtsnationale Gustav-Stresemann-Stiftung weiter. Es gibt Stimmen in der AfD, die nach wie vor dafür sind, die parteinahe Stiftung langfristig nach Stresemann zu benennen.²³

NS-Widerstand

Dass sich die Neue Rechte auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus bezieht und diesen besetzen möchte, ist – das wird als Befund vielleicht verwundern – nichts Neues. Der Geschichtsrevisionist Dieter Stein und die Wochenzeitung Junge Freiheit nehmen seit etwa 15 Jahren ausdrücklich Bezug auf Claus Schenk Graf von Stauffenberg, den sie für sich vereinnahmen wollen.²⁴ Der Jungen Freiheit ist es auch immer wieder gelungen, Angehörige von Widerstandskämpfer*innen zu interviewen und diese Interviews zu veröffentlichen.²⁵

Auch in der AfD gibt es öfter Versuche, Bezüge zu Stauffenberg und dem Attentatsversuch am 20. Juli 1944 herzustellen. So begann 2018 der Landtagswahlkampf der AfD in Hessen genau am 20. Juli mit einer Veranstaltung zum Thema

„
**... in der AfD gibt es öfter Versuche,
Bezüge zu Stauffenberg und dem
Attentatsversuch am 20. Juli 1944
herzustellen ...**“

„Widerstand heute? Von Graf Stauffenberg zum Grundgesetz Artikel 20 IV.“²⁶ Am Titel der Veranstaltung wird bereits deutlich, worum es im Kern geht: Die AfD soll in eine Traditionslinie zum NS-Widerstand gestellt werden, und die Tätigkeit der AfD heute

wird als Widerstand gegen die sogenannte „Merkel-Diktatur“²⁷ verstanden. Bemerkenswert ist die völlige Verdrehung der historischen Begrifflichkeiten, auf die Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, hinweist. Weder leben wir in einer Diktatur, noch ist der Begriff des Widerstands gerechtfertigt bei einer Partei, die frei gewählt im Bundestag sitzt und dort Oppositionsarbeit betreibt.²⁸

Eine weitere Figur des NS-Widerstands, bei der von rechtspopulistischer Seite versucht wird, Bezüge herzustellen, ist Sophie Scholl und mit ihr die Widerstandsgruppe Weiße Rose. So erregte der AfD-Kreisverband Nürnberg-Süd/Schwabach mit einem Online-Werbeposter Aufmerksamkeit, das mit dem Slogan „Sophie Scholl würde AfD wählen“ versehen war. Die Werbung verschwand dann allerdings schnell wieder, weil ein Fotograf auf Verletzung von Urheberrechten geklagt hatte.²⁹

Die Wirmer-Fahne

Neben Persönlichkeiten des NS-Widerstands wird bisher auch ein Symbol des NS-Widerstands von Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen missbraucht. Bei der sogenannten Wirmer-Fahne, die häufig bei Pegida-Demonstrationen zu sehen ist, handelt es sich um eine schwarz-rot-goldene Fahne mit dem Philippuskreuz, die der Rechtsanwalt Josef Wirmer als Zeichen des Widerstands gegen die NS-Diktatur entworfen hatte. Die Farben Schwarz-Rot-Gold wählte er als Symbol der Rückbesinnung auf die demokratische Weimarer Republik, das christliche Philippuskreuz stellte er gegen das Hakenkreuz. Wirmer, der als Mitverschwörer von Stauffenberg im September 1944 hingerichtet wurde, entwarf diese Fahne als Symbol für eine demokratische und freiheitliche Gesellschaft.³⁰ „Sie heute für extremistische und fremdenfeindliche Zwecke zu missbrauchen, verhöhnt diese Absicht“³¹, so Johannes Tuchel.

Bundesrepublik: Das Kapern der Staatsflagge

Die bundesrepublikanische Demokratiegeschichte war bisher eher selten eine Spielwiese von Rechtspopulist*innen, sieht man einmal vom Gebrauch des Slogans „Mehr Demokratie wagen“ von Willy Brandt auf einem Wahlplakat der AfD im Landkreis Potsdam-Mittelmark im Brandenburger Landtagswahlkampf 2019 ab.³² Ein außerordentlich wichtiges Symbol der Bundesrepublik Deutschland wird allerdings schon seit einigen Jahren und sehr häufig von Rechtspopulist*innen gezielt vereinnahmt: die schwarz-rot-goldene Deutschlandfahne.

„
Mit den Farben Schwarz-Rot-Gold stellen sich Rechtspopulist*innen in eine Traditionslinie, die nicht die ihre ist.“

Bei allen rechtspopulistischen Kundgebungen, von der „Patriotenwanderung“ zum Hambacher Schloss bis zu offen fremdenfeindlichen Pegida-Demonstrationen werden

die Farben Schwarz-Rot-Gold gezeigt. Was wird damit bezweckt? Staatsflaggen sind grundsätzlich „Zeichen der Identifikation mit dem Gemeinwesen, für das sie stellvertretend stehen.“³³ Wenn Rechtspopulist*innen mit Deutschlandfahnen demonstrieren, inszenieren sie sich als Vertreter*innen und Fürsprecher*innen

des gesamten Volkes, nicht einer kleinen Gruppierung oder einer Partei.³⁴ Doch nicht nur der nicht legitimierte Gesamtvertretungsanspruch ist problematisch. Mit den Farben Schwarz-Rot-Gold stellen sich Rechtspopulist*innen in eine Traditionslinie, die nicht die ihre ist. Denn die Farben stehen, wie der verstorbene Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, Erardo Cristoforo Rautenberg, ausführlich erklärte und historisch untermauerte, für die Werte Freiheit, Einheit und Demokratie.³⁵ Entstanden im Vormärz, waren sie zum ersten Mal in der heutigen Farbenfolge beim Hambacher Fest 1832 zu sehen. 1919 wurden sie zu den Nationalfarben der Weimarer Republik gewählt, angefeindet und verunglimpft von Monarchist*innen und Rechtsextremist*innen. Von den Nationalsozialist*innen abgeschafft, wurden die drei Farben 1949 zur Nationalflagge der Bundesrepublik Deutschland erklärt.³⁶ Auch während der Friedlichen Revolution 1989 war sie Symbol von Freiheit, Einheit und Demokratie und wurde dadurch „für den demokratisch verfassten deutschen Rechtsstaat nochmals historisch beglaubigt“.³⁷ Besonders bei den offen fremden- und islamfeindlichen Pegida-Demonstrationen ist klar: Die Deutschlandfahne passt dort nicht hin.³⁸

DDR und Friedliche Revolution

Bezugnahmen zum Leben in der DDR und ganz besonders zur Friedlichen Revolution finden sich vor allem bei der AfD sehr häufig. Auch in der Präambel ihres Grundsatzprogramms beruft sie sich explizit neben der Revolution von 1848 auf die Friedliche Revolution, in deren Tradition sie ihren Protest sieht.³⁹ Besonders deutlich wurden die Bezüge zur Friedlichen Revolution im Landtagswahlkampf der AfD in Brandenburg im August und September 2019. Parolen wie „Vollende die Wende!“, „Wir sind das Volk“ und „Wende_2.0“ spielten deutlich auf die Ereignisse vor 30 Jahren an. Dagegen gab es erheblichen Widerspruch von anderen Parteien, aber auch aus der Zivilgesellschaft. Am deutlichsten kritisiert eine offene Erklärung ehemaliger Aktivist*innen der Bürgerproteste von 1989 die Wahlkampagne der AfD in Brandenburg. Die Erklärung, unterzeichnet von über hundert ehemaligen DDR-Oppositionellen,⁴⁰ ist überschrieben mit „Nicht mit uns: Gegen den Missbrauch der Friedlichen Revolution 1989 im Wahlkampf“ und spricht eine deutliche Sprache. Den Versuch der AfD, „die DDR mit der heutigen Bundesrepublik gleichzusetzen“, die Revolution von

1989 als unvollendet einzustufen und zu einer „Revolution 2.0“ aufzurufen, bezeichnet die Erklärung als „Geschichtslüge“. Sie macht deutlich: „Die DDR war eine kommunistische Diktatur, und die Bundesrepublik ist eine freiheitliche Demokratie. Wer diese Unterschiede nicht anerkennt, verharmlost die SED-Diktatur.“⁴¹

Zusammenfassung und Schlüsse

Rechtspopulist*innen haben bisher versucht, Bezüge zu unterschiedlichen Epochen der Demokratiegeschichte herzustellen. Ein deutlicher Fokus lag dabei auf den beiden Revolutionen von 1848 und 1989. Aber auch Bezüge zum NS-Widerstand sind häufig und weder die Weimarer Republik noch die westdeutsche Nachkriegsgeschichte sind vor Vereinnahmungen von rechtspopulistischer Seite grundsätzlich gefeit. Dabei wurden bis jetzt sowohl einzelne Personen und historische Orte als auch Symbole Objekte von Vereinnahmungsstrategien. Auch der Kontext der Bezugnahmen zur Demokratiegeschichte ist bisher unterschiedlich und reicht von reinem „Namedropping“ im Wahlkampf über die Benennung von Stiftungen nach Persönlichkeiten der Demokratiegeschichte bis hin zur zeitweiligen Besetzung historischer Orte oder der versuchten Unterwanderung zivilgesellschaftlicher Vereine wie der Hambach-Gesellschaft.

Zunächst wirken die genannten Vereinnahmungsversuche so willkürlich, dass sich kaum vorhersagen lässt, an welcher Stelle der Demokratiegeschichte Rechtspopulist*innen das nächste Mal ansetzen werden. Bei näherer Betrachtung lassen sich jedoch bestimmte Ziele und Vorgehensweisen herauskristallisieren. So bedienen viele der beschriebenen Versuche den Wunsch der Populist*innen, sich selbst in eine revolutionäre oder widerständische Tradition zu stellen. Dies geschieht durch eine völlig ahistorische Gleichsetzung der aktuellen Gegebenheiten mit einer bestimmten historischen Situation. So wird zum Beispiel die Bundesregierung mit dem Obrigkeitsstaat der Vormärzzeit, der NS-Diktatur oder dem DDR-Regime auf eine Stufe gestellt. Die Rechtspopulist*innen selbst erscheinen in dieser kruden Analogisierung als Wiedergeburt der Revolutionär*innen und Widerstandskämpfer*innen. Diese Rolle steht ihnen real in keiner Weise zu, da sie von staatlicher Seite nicht verfolgt werden, sondern alle

Grundrechte der Verfassung genießen und auch einklagen können.⁴² Genauso wenig gerechtfertigt ist der Alleinvertretungsanspruch, den Rechtspopulist*innen mit der Verwendung bestimmter demokratiegeschichtlich aufgeladener Symbole wie beispielsweise der Deutschlandfahne oder dem Spruch „Wir sind das Volk“ für sich geltend machen.

Die Frage ist, wie insgesamt mit den bereits existierenden rechtspopulistischen Vereinnahmungsversuchen der Demokratiegeschichte und mit denen, die noch kommen werden, umzugehen ist. Eine mögliche Antwort ist, dass diese Versuche deutlich als das entlarvt werden müssen, was sie sind: Kaperungen von Begriffen,

„ **Rechtspopulist*innen sind auf Kaperungen und Vereinnahmungen von Begriffen, Symbolen, Personen, Orten und Traditionen angewiesen, weil sie selbst keine Traditionslinien haben, aus denen sie politisch Kapital schlagen könnten.** “

Symbolen, Personen, Orten und Traditionen durch Gruppierungen, die gerade nicht in diesen Traditionen stehen. Verfährt man so, zeigt sich nämlich das Dilemma, in dem Rechtspopulist*innen stecken. Sie sind auf Kaperungen

und Vereinnahmungen angewiesen, weil sie selbst keine Traditionslinien haben, aus denen sie politisch Kapital schlagen könnten. Alles, was sie an Personen, Symbolen, Orten und Ereignissen aus der Geschichte als Traditionslinien für ihre politischen Ideen anbieten könnten, ist durch den Nationalsozialismus so kontaminiert, dass sie den bürgerlichen Rahmen verlassen und sich dadurch offen als völkisch-nationalistisch kennzeichnen würden. Deshalb, so der Politologe Herfried Münkler, sind Rechtspopulist*innen „auf Beutezüge bei anderen angewiesen, und wenn sie dabei nicht fündig werden, brechen sie in das Symbolarsenal der Republik ein und bedienen sich dort“.⁴³ Diese „Beutezüge“ werden auch in Zukunft stattfinden und es wird vermutlich nicht möglich sein, das „Symbolarsenal der Republik“ vollständig einbruchssicher zu machen. Allerdings könnte es sein, dass Traditionslinien, die nicht häufig aufgezeigt, sondern von vielen eher vernachlässigt werden, eine schnellere und attraktivere Beute sind als Traditionen, auf die ständig und vielstimmig Bezug genommen wird.

- 1 Siehe z.B.: Gerald Wagner: Nach der Auflösung der Historischen Kommission der SPD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.01.2019, [online] <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ein-neues-netzwerk-fuer-sozialdemokratische-geschichte-16012898.html> [02.09.2019].
- 2 Grundsatzprogramm der AFD: Präambel, [online] <https://www.AfD.de/grundsatzprogramm/#langversion> [29.08.2019].
- 3 AFD-Bundestagsfraktion tagt künftig im „Saal Paulskirche“, [online] <https://www.AfDbundestag.de/AfD-bundestagsfraktion-tagt-kuenftig-im-saal-paulskirche/> [29.08.2019].
- 4 Birgit Noack/Lutz Frisch: Neustadt – Festkultur. Das Freiheitsfest Europas in Hambach 1832, in: Die Straße der Demokratie. Ein Routenbegleiter auf den Spuren der Freiheit. Karlsruhe 2011, S. 163–170.
- 5 Vgl. AfD-Fraktion zieht vor Gericht, in: Die Rheinpfalz, 14.10.2016, [online] <https://www.rheinpfalz.de/lokal/neustadt/artikel/afd-fraktion-zieht-vor-gericht/> [02.09.2019] und „Ist doch klar, dass wir hier sind“, in: Die Rheinpfalz, 29.10.2016.
- 6 Vgl. Melanie Amann: „Gnade euch Gott“. Das rechte Milieu kapert historische Personen und Bewegungen: vom Hambacher Fest bis zum Widerstand gegen das NS-Regime, in: Der Spiegel, 17/2018, 21.04.2018.
- 7 Herfried Münkler: Warum müssen wir um unsere Nationalsymbole kämpfen, Herr Münkler?, in: Mannheimer Morgen, 28.04.2018, [online] https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-debatte-warum-muessen-wir-um-unsere-nationalsymbole-kaempfen-herr-muenkler-_arid,1240087_print,1.html [02.09.2019].
- 8 Wolfgang Kreilinger: Hambach-Gesellschaft wehrt sich, in: Die Rheinpfalz, 21.03.2019, [online] <https://www.rheinpfalz.de/lokal/aus-dem-suedwesten/artikel/hambach-gesellschaft-wehrt-sich/> [02.09.2019] und Presseerklärung: Hambachgesellschaft will Aufnahme-Klage von Professor Otte zurückweisen (16.04.2019), [online] <https://hambacherfest1832.blog/2019/04/16/hambach-gesellschaft-gegen-max-otte/> [02.09.2019].
- 9 Susanne Kitschun/Martin Düspohl: Einleitung, in: Am Grundstein der Demokratie. Die Revolution 1848 und der Friedhof der Märzgefallenen. Broschüre zur Ausstellung. Berlin 2013, S. 3.
- 10 Ebd., S. 36.
- 11 Susanne Kitschun im Fachgespräch am 28.03.2019.
- 12 Thomas Frey: Neue Ausstellungstafeln auf dem Friedhof der Märzgefallenen, in: Berliner Woche, 06.09.2019, [online] https://www.berliner-woche.de/friedrichshain/c-politik/neue-ausstellungstafeln-auf-dem-friedhof-der-maerzgefallenen_a230605 [16.09.2019].
- 13 Susanne Kitschun im Fachgespräch am 28.03.2019.
- 14 Vgl. Gedenken am Friedhof der Märzgefallenen 1848/1918. AFD-Fraktion der BVV Mitte, [online] <https://afd-fraktion-mitte.de/2018/03/18/gedenken-am-friedhof-der-maerzgefallenen-1848-1918/> [29.08.2019].
- 15 Facebookpost Junge Alternative Berlin: „Der Freiheit eine Gasse“, 20.03.2018, [online] <https://www.facebook.com/JungeAlternativeBerlin/posts/1066804400126096/> [29.08.2019].
- 16 Gründung der Gustav-von-Struve-Stiftung, [online] <https://www.gustav-von-struve-stiftung.de/Aktuelles/news/9/Gr%C3%BCndung+der+Gustav-von-Struve-Stiftung> [29.08.2019] und Jacqueline Vieth: AfD-nahe Stiftung nimmt Arbeit auf, in: Stuttgarter Zeitung, 25.07.2018, [online] <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.konservatismus-afd-nahe-stiftung-nimmt-arbeit-auf.71acca91-0f5e-4c70-beef-d3c2c15dd313.html> [30.08.2019].
- 17 Einladung zum Kolloquium „Gustav Struve – Turner, Demokrat, Emigrant“, [online] https://www.gedenkstaetten-bw.de/kolloquium_struve_2019.html. [02.09.2019], siehe dazu auch eine Reportage des SWR, [online] <https://www.swr.de/~embed/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/kolloquium-im-Rastatter-Schloss-Gustav-Struve-Revolutionaer-Turner-radikaler-Demokrat,av-o1119574-100.html> [02.09.2019].
- 18 Florian Freistetter: So ein Schmarrn! Schädelkunde: Erfolg kommt mit der richtigen Form des Kopfes, in: Der Standard, 18.03.2015, [online] <https://www.derstandard.at/story/2000013080376/schaedelkunde-erfolg-kommt-mit-der-richtigen-form-des-kopfes> [29.08.2019].

- 19 Gustav-von-Struve-Stiftung e.V., [online] <https://www.gustav-von-struve-stiftung.de/Vision-und-Mission> [02.09.2019].
- 20 Satzung Gustav-von-Struve-Stiftung e.V., [online] <https://www.gustav-von-struve-stiftung.de/dokumente/Satzung%20der%20Gustav-von-Struve-Stiftung.pdf> [02.09.2019].
- 21 Gustav-von-Struve-Stiftung e.V. [online] <https://www.gustav-von-struve-stiftung.de/Aktuelles> [16.09.2019].
- 22 Erik Bettermann: Wie die AfD versucht, Persönlichkeiten der Geschichte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie, Heft 98, 2018, S. 17.
- 23 Gustav Stresemanns Enkel wollen seinen Namen schützen lassen, in: Zeit online, 20.04.2018, [online] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/afd-erasmus-parteinaher-stiftung-gustav-stresemann-klage-enkel> [29.08.2019].
- 24 Johannes Tuchel: Der 20. Juli und die Lüge, in: taz, 20.07.2019, [online] <https://taz.de/75-Jahre-Attentat-auf-Adolf-Hitler/!5607271/> [30.08.2019].
- 25 Vgl. z. B.: Moritz Schwarz: „Er stellte sein Land über sein Leben.“ Mit Georg Alexander Hansen zählte selbst der Chef der deutschen Abwehr zum 20. Juli 1944. Wie der deutschnationale Offizier die SS täuschte und den Widerstand unterstützte, berichtet Sohn Karsten, in: Junge Freiheit, 30/2018, 20. Juli 2018.
- 26 Tobias Korenke: Gedenken an den 20. Juli nicht der AfD überlassen, in: Handelsblatt, 20.07.2018, [online] <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-gedenken-an-den-20-juli-nicht-der-AfD-ueberlassen/22818282.html?ticket=ST-7752405-coWvZdvMqBJ19nhoueBc-ap2> [30.08.2019].
- 27 Den Begriff verwendet z. B. der AfD-Fraktionsvorsitzende im baden-württembergischen Landtag, Bernd Gögel: Ursache und Wirkung verwechselt, in: AfD kompakt, 29.08.2018, [online] <https://afdkompakt.de/2018/08/29/ursache-und-wirkung-verwechselt/> [19.09.2019].
- 28 Johannes Tuchel: Der 20. Juli und die Lüge, in: taz, 20.07.2019, [online] <https://taz.de/75-Jahre-Attentat-auf-Adolf-Hitler/!5607271/> [30.08.2019].
- 29 Jenny Kallenbrunnen: AfD darf ihr umstrittenes Sophie-Scholl-Werbeplakat nicht mehr nutzen, in: Stern, 26.01.2017, [online] <https://www.stern.de/politik/deutschland/AfD-wahlplakat-mit-sophie-scholl-wird-durch-gericht-verboten-7300312.html> [30.08.2019].
- 30 Christina Hebel: Warum bei Pegida die Kreuz-Fahne weht, in: Spiegel online, 29.07.2015, [online] <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-warum-in-dresden-die-kreuz-flagge-weht-a-1045600.html> [30.08.2019].
- 31 Johannes Tuchel: Der 20. Juli und die Lüge, in: taz, 20.07.2019, [online] <https://taz.de/75-Jahre-Attentat-auf-Adolf-Hitler/!5607271/> [30.08.2019].
- 32 Wahlkampf in Brandenburg: AfD wirbt mit Willy Brandt – SPD empört, in: ZDF, 08.08.2019, [online] <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/wahlkampf-in-brandenburg-afd-wirbt-mit-willy-brandt-100.html> [02.09.2019].
- 33 Horst Pötzsch: Die deutsche Demokratie. Bonn 1995, S. 134.
- 34 Mike Mohring: Schwarz-Rot-Gold darf nicht den Falschen überlassen werden!, in: Der Tagesspiegel, 18.06.2019, [online] <https://www.tagesspiegel.de/politik/nationale-symbole-schwarz-rot-gold-darf-nicht-den-falschen-ueberlassen-werden/24462160.html> [02.09.2019].
- 35 Erardo Rautenberg: Schwarz-Rot-Gold: Das Symbol für die nationale Identität der Deutschen, [online] <https://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/wp-content/uploads/2018/10/Schwarz-Rot-Gold.pdf> [02.09.2019], ab S. 40, besonders S. 86.
- 36 Barbara Nolte/Christian Schröder: Streit um Staatssymbole. Alternativen für Deutschland, in: Der Tagesspiegel, 21.05.2019, [online] <https://www.tagesspiegel.de/kultur/streit-um-staatssymbole-alternativen-fuer-deutschland/24362554.html> [02.09.2019].
- 37 Mike Mohring: Schwarz-Rot-Gold darf nicht den Falschen überlassen werden!, in: Der Tagesspiegel, 18.06.2019, [online] <https://www.tagesspiegel.de/politik/nationale-symbole-schwarz-rot-gold-darf-nicht-den-falschen-ueberlassen-werden/24462160.html> [02.09.2019].

- 38 Sebastian Fischer: Deutschlandfahnen bei Pegida. Finger weg von Schwarz-Rot-Gold!, in: Spiegel online, 20.10.2015, [online] <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/kommentar-deutschlandfahnen-bei-pegida-demonstration-a-1058669.html> [02.09.2019].
- 39 Grundsatzprogramm der AFD, Präambel, [online] <https://www.AfD.de/grundsatzprogramm/#langversion>
- 40 Marie Fiedler: Erklärung von DDR-Bürgerrechtlern: „AfD missbraucht friedliche Revolution“, in: Der Tagesspiegel, 20.08.2019, [online] <https://www.tagesspiegel.de/politik/erklaerung-von-ddr-buerger-rechtlern-afd-missbraucht-friedliche-revolution/24922434.html> [03.09.2019].
- 41 Frank Ebert/Uwe Schabe/Ilko-Sascha Kowalczuk: Nicht mit uns: Gegen den Missbrauch der Friedlichen Revolution 1989 im Wahlkampf, [online] <https://www.havemann-gesellschaft.de/beitraege/nicht-mit-uns-gegen-den-missbrauch-der-friedlichen-revolution-1989-im-wahlkampf/> [03.09.2019].
- 42 Siehe Beitrag Sturm.
- 43 Herfried Münkler: Warum müssen wir um unsere Nationalsymbole kämpfen, Herr Münkler?, in: Mannheimer Morgen, 28.04.2018, [online] https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-debatte-warum-muessen-wir-um-unsere-nationalsymbole-kaempfen-herr-muenkler-_arid,1240087_print,1.html [02.09.2019].

Lust

**auf Demokratieggeschichte vor Ort –
Herausforderungen und Möglichkeiten**

Johannes Tüchel

Lust auf Demokratiegeschichte vor Ort – Herausforderungen und Möglichkeiten

In Deutschland sind das Thema der Demokratiegeschichte und die damit verbundenen Fragen lange Zeit nicht ausreichend genug beachtet worden.

„**Über Jahrzehnte hinweg galt die bundesrepublikanische Demokratie als eine Selbstverständlichkeit, die hingegenommen wurde, die keiner besonderen Pflege bedürfte.**“

Über Jahrzehnte hinweg galt die bundesrepublikanische Demokratie als eine Selbstverständlichkeit, die hingegenommen wurde, die keiner besonderen Pflege bedürfte. Ja, die Formulierung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ wurde vielfach belächelt, nicht ernst

genommen oder als leere Hülse betrachtet. Drei vollkommen unterschiedliche Beispiele mögen dies kurz illustrieren:

- Als nach der großen Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre die demokratischen Parteien der Bundesrepublik über „Grundwerte in der Demokratie“ und deren Notwendigkeit diskutierten, wurde dies in der Öffentlichkeit fast überhaupt nicht wahrgenommen.
- Nach der deutschen Einigung wurde der 17. Juni, der an den Volksaufstand in der DDR 1953 erinnerte, als Feiertag gestrichen und durch den 3. Oktober als Tag der staatlichen Einheit ersetzt. Tatsächlich steht dies paradigmatisch für die Missachtung der freiheitlichen Traditionen der deutschen Gesellschaft – sie wurden ersetzt durch den sterilen Tag des staatlichen Einheitsvollzuges.
- Das hervorragende von Manfred Asendorf und Rolf von Bockel herausgegebene Lexikon „Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten“ konnte 1995 nur mithilfe umfangreicher Unterstützung durch Jan Philipp Reemtsma erscheinen. Die Liste von Beispielen ließe sich fortsetzen.

Erst im Zuge einer um sich greifenden Unsicherheit, die als Folge von Globalisierung, ökonomischen Problemen und politischer Radikalisierung verstanden werden kann, wächst das Bedürfnis nach Orientierung und damit auch das Bewusstsein für den Wert einer pluralistischen Ordnung in einem demokratischen Staat. Und genau dadurch rückt auch die Geschichte der Demokratie in Deutschland, also die Geschichte der demokratischen Ideen und ihrer Akteure, wieder ins Blickfeld des Interesses.

Auch wenn Deutschland „nur“ zwischen 1919 und 1933 sowie seit 1949 eine Demokratie war (und auch heute noch ist), gab es selbstverständlich auch in den historischen Epochen davor Persönlichkeiten, die sich für eine demokratische Entwicklung einsetzten. Dies gilt im 19. Jahrhundert etwa für diejenigen, die sich im Vormärz engagierten und deren Ideen und Überzeugungen dann in den revolutionären Ereignissen von 1848 und dem Paulskirchenparlament ihren Höhepunkt fanden. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Hambacher Fest von 1832 zu, den Märzkämpfen in Berlin und Wien 1848 sowie dem Paulskirchenparlament 1848/49 selbst. Diese Bestrebungen zur Demokratie waren nicht von Erfolg gekrönt. Stattdessen kam es zu schweren reaktionären Rückschlägen. Auch die Herstellung der deutschen Einheit 1871 war nicht das Ergebnis einer Volksbewegung, sondern ein Akt „von oben“. Die heute fast vergessenen Demokraten des 19. Jahrhunderts forderten im obrigkeitsstaatlichen Deutschland Gleichberechtigung und Partizipation.

Ihre Forderungen konnten erst nach der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Kaiserreichs realisiert werden.

Die Weimarer Verfassung von 1919 war beispielgebend für ihre Zeit.

Doch auch die Weimarer Republik ist jahrzehntelang nicht als demokratische

Möglichkeit, sondern als gescheiterter demokratischer Versuch wahrgenommen worden. Diese Sichtweise ist erst in den vergangenen zehn Jahren etwas relativiert worden. Die Bereitschaft, Weimar vom Anfang und nicht vom

”

... auch in der Analyse des Scheiterns lässt sich Demokratiegeschichte begreifen.

“

Ende her zu denken, ist gewachsen. Um es klar zu sagen: Demokratieggeschichte ist in Deutschland im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts keine Erfolgsgeschichte, sondern weithin eine Geschichte des Bemühens, des vergeblichen Kämpfens und des Scheiterns. Doch gerade auch in der Analyse des Scheiterns lässt sich Demokratieggeschichte begreifen.

Wie kann heute an Demokratieggeschichte erinnert werden?

Orte der Demokratieggeschichte

Erinnerungsstätten der Demokratie sollten an demokratische Institutionen, Organisationen oder Persönlichkeiten erinnern. Demokratisches Verhalten und Handeln, aber auch Erfolge und Rückschläge der Demokratie könnten dort exemplarisch dokumentiert, gezeigt und für die historisch-politische Bildung genutzt werden.

Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, die „Orte der Demokratieggeschichte“ zu besuchen und dort eines der vielfältigen Bildungsangebote wahrzunehmen.

„
... auf der nationalen Ebene, so sind alle Orte, die für eine freiheitliche oder parlamentarische Tradition stehen, Orte der Demokratie.“

Bleibe ich auf der nationalen Ebene, so sind alle Orte, die für eine freiheitliche oder parlamentarische Tradition stehen, Orte der Demokratie. Dies sind für mich die Frankfurter Paulskirche, das Weimarer Nationaltheater,

der Berliner Reichstag, der Bundestag in Bonn und in gewisser Weise auch die Orte, wo Länder- oder Regionalparlamente tagen, alles Orte der gelebten Demokratie.

Dazu gehören für mich aber auch die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ in Rastatt und jene Orte, die an andere Freiheitsbestrebungen in der deutschen Geschichte erinnern, sei es in Berlin der Friedhof der Märzgefallenen oder der Platz vor dem Bundesfinanzministerium,

der symbolisch für den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 steht. Ich verstehe auch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand als einen Ort der Demokratiegeschichte, wenn ich mir die hier dokumentierte Verteidigung der Republik oder die europäisch geprägten Neuordnungsvorstellungen des Kreisauer Kreises ansehe.

An diesen Orten, von denen sich auch viele in der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ zusammengeschlossen haben, können Grundinformationen vermittelt werden, hier können auch vertiefende Angebote eine intensivere Beschäftigung ermöglichen. Doch diesem „Erstkontakt“ mit Demokratiegeschichte könnte eine nachhaltigere, eigenverantwortlich orientierte

Projektarbeit mit konkreten Themen aus dem regionalen oder lokalen Umfeld folgen. Diese ist altersunabhängig und sollte nicht nur als schulische Angelegenheit betrachtet werden. Jede Gruppe thematisch interessierter Menschen kann sich

„
Jede Gruppe thematisch interessierter Menschen kann sich zusammenfinden und konkret demokratiegeschichtlich arbeiten.“

zusammenfinden und konkret demokratiegeschichtlich arbeiten. Im Prinzip folgt diese Überlegung dem Motto der frühen Geschichtswerkstätten: „Grabe, wo du stehst!“ Genau diese Forderung führte in den 1970er und 1980er Jahren zu einer Vielzahl interessanter Projektergebnisse vor allem zur Geschichte von Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus. Ist das Konzept überholt? Nein, es muss nur in das 21. Jahrhundert und in demokratiegeschichtliche Fragestellungen übersetzt werden.

Personen der Demokratiegeschichte

Die Anknüpfungspunkte können sich bei einer aktions- oder akteursorientierten Perspektive aus den verschiedenen Zeitepochen ergeben. Wer waren die Akteure 1848, 1919 oder 1949? Welche Positionen vertraten sie? Wie waren sie in ihren jeweiligen Umfeldern verankert? Welche Informationen über sie lassen sich in kommunalen oder Landesarchiven ermitteln? Die Auswahl der Person oder der Gruppe, der die Aufmerksamkeit gelten soll, kann je nach Interesse

der Projektbeteiligten erfolgen. Hier gibt es in unserer demokratiegeschichtlichen Landkarte derartig viele weiße Flecken, dass gar keine falsche Auswahl möglich ist.

Wer also waren die personellen Trägerinnen und Träger der Revolution von 1848 vor Ort? Welche Männer und Frauen wurden zuerst in die Parlamente von 1919 oder nach dem Zweiten Weltkrieg gewählt? Was wissen wir über ihre politischen Vorstellungen, Hoffnungen und Träume? Was wissen wir über ihre Erfolge, was wissen wir über ihr Scheitern? Wie entstanden lokale Gewerkschaftsorganisationen? Wer kümmerte sich zuerst um sozialen Wohnungsbau? Vieles, was wir wissen sollten, wissen wir nicht, können es auf diesem Wege aber vielleicht erfahren – und uns damit identifizieren.

Symbole der Demokratiegeschichte

Wir haben auch die Symbole unserer Demokratiegeschichte bisher nicht genügend in unser öffentliches Bewusstsein integriert. Nehmen wir den Tag des Grundgesetzes, den 23. Mai. Aus meiner Sicht kann es jedes Jahr am 23. Mai gar nicht genug Feste geben, Bürgerfeste, Straßenfeste, egal was. Die Sache ist

nur: Etwas Derartiges lässt sich nicht oktroyieren. Es muss von unten kommen, das hängt mit dem Wert zusammen, den wir Demokratie und Grundgesetz beimessen.

2018 wurde viel über die Revolutionsereignisse von 1918 und die Entstehung der Weimarer Republik 1919 gesprochen. In der Vorbereitung von

Veranstaltungen dazu haben wir gesehen, dass keine für Schülerinnen und Schüler lesbare Ausgabe der Weimarer Reichsverfassung existiert. Alle vorhandenen waren entweder in Frakturschrift gesetzt oder Teile von größeren Werken. Deshalb hat die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in kurzer Zeit die Weimarer Reichsverfassung als kostenloses Seminar material neu aufgelegt, in einer für alle heute lesbaren Schrift, in einer wertigen Form mit angemessenem

”

Wir haben auch die Symbole unserer Demokratiegeschichte bisher nicht genügend in unser öffentliches Bewusstsein integriert. “

“

Umschlag. Und selbstverständlich haben wir diese Verfassung dann auch für die Nutzung im Unterricht und in der historisch-politischen Bildung auf unsere Webseite gesetzt (<https://www.gdw-berlin.de/angebote/publikationen/downloads/materialien-zur-demokratiegeschichte/>). Jeder kann sie nun wieder lesen. Jeder kann sehen, dass das Grundgesetz nicht die erste deutsche Verfassung war – und welche Bedeutung die Weimarer Verfassung hatte.

Ein zweites Nationalsymbol ist unsere Fahne, die schwarz-rot-goldene Nationalflagge, die zunehmend auch von Rechtspopulisten – völlig zu Unrecht, wie ich finde – vereinnahmt wird. Dies führt zu der Gegenreaktion, dass wir die Fahne plötzlich nicht mehr als „unsere“ Fahne, als Flagge der Demokratie, betrachten. Es war für mich absolut deprimierend im vergangenen Jahr, als auf einer Demonstration gegen Rassismus und Antisemitismus in Berlin eine schwarz-rot-goldene Fahne nicht akzeptiert wurde. Dies ist ein inakzeptabler Umgang mit unserem Nationalsymbol.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dazu im Februar 2019 das Notwendige gesagt: „Ist es nicht historisch absurd, wenn diese schwarz-rot-goldene Fahne heute am auffälligsten ausgerechnet von denen geschwungen wird, die einen neuen nationalistischen Hass entfachen wollen? Schwarz-Rot-Gold, das waren immer die Farben von Einigkeit und Recht und Freiheit. Schwarz-Rot-Gold, das sind unsere Farben! Sie sind das Wahrzeichen unserer Demokratie! Überlassen wir sie niemals den Verächtern der Freiheit!“

Ich weiß nicht, ob es sinnvoll wäre, wenn wir alle jetzt mit schwarz-rot-goldenen Ansteckern umherlaufen würden, oder ob wir dann plötzlich hören würden: „Ihr seid ja alle AfD-Sympathisanten!“ Das ist das Problem der Umwertung von Symbolen. Dagegen habe ich nichts anzubieten. Aber: Ich finde es gut, dass viele Politikerinnen und Politiker heute die Flagge am Revers tragen, frei nach dem Motto: „Dies sind unsere Farben!“ Jeder us-amerikanische Politiker, jede us-amerikanische Politikerin trägt das Sternenbanner im Knopfloch.

Also: Lassen wir Fahnen wieder stärker in unser Bewusstsein hinein. Schwarz-Rot-Gold – die Hambacher Fahne, die Freiheitsfahne auch der ersten deutschen Republik. Doch auch mit diesem Symbol geht es uns wie mit vielen anderen



Lassen wir Fahnen wieder stärker in unser Bewusstsein hinein. Schwarz-Rot-Gold – die Hambacher Fahne, die Freiheitsfahne auch der ersten deutschen Republik. “

Traditionselementen: Wir haben dazu ein gebrochenes Verhältnis – auch durch unsere vielfältigen deutschen Diktaturerfahrungen. Zu lange haben wir Demokratie für etwas Selbstverständliches

gehalten, das keiner weiteren Arbeit und Zuwendung bedarf. Doch dies ist offensichtlich nicht der Fall. Im Kampf um Symbole gibt es keine einfachen Antworten, sondern das ist eine sehr, sehr schwierige und komplexe Angelegenheit, die sich nicht von heute auf morgen regeln lässt. Wichtig auch hier: Wir, jeder einzelne Bürger, jede einzelne Bürgerin, sollte sich mit der Demokratie und ihren Symbolen identifizieren können.

Feiertage sind ebenfalls Symbole. Ich habe am Anfang deutlich gemacht, dass ich die Abschaffung des 17. Juni als gesetzlichen Feiertag für einen großen Fehler halte. Genauso falsch ist es aus meiner Sicht, dass wir aus dem 18. März und damit aus der Erinnerung an die Märzrevolution von 1848 keinen gesetzlichen Feiertag gemacht haben. Im Land Berlin hätten wir 2018 die Chance gehabt, aber sie wurde vertan. Und wieder einmal wurde die Bevölkerung nicht gefragt, sondern der Berliner Senat entschied sich für einen anderen Feiertag. Warum kann sich der Deutsche Bundestag nicht entschließen, den 18. März als „Tag der Märzrevolution“ zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen? Oder wenigstens zu einem Gedenktag, an dem in den deutschen Schulen aller Schultypen über Demokratie gesprochen wird oder ein Fest der Demokratie gefeiert wird?

Demokratiegeschichte nicht nur „von oben“, sondern auch „von unten“ schreiben

Die Beschäftigung mit historischem Geschehen und deren Akteuren führt zu neuem Wissen. Es erzeugt aber auch eine Empathie, die gemeinsam mit dem Wissen zu einem Bewusstsein für den Wert der Demokratie führen kann und damit auch zu einer Herausbildung von Traditionen. Wissen und Empathie – beides ist für die historisch-politische Bildung im Zusammenhang mit Demokratiegeschichte dringend notwendig. Dabei ist darauf zu achten, dass keine neuen Mythen geschaffen werden, nicht nur Heldengeschichten erzählt werden,

sondern dass Menschen und ihre Aktivitäten im Kontext ihrer Zeit gesehen werden. Dies erfordert Hintergrundinformationen über die jeweilige gesellschaftliche Epoche, also ein Wissen über die Rahmenbedingungen des demokratischen Handelns. Im Vormärz, im Wilhelminischen Kaiserreich, in der Weimarer Zeit und in der Bundesrepublik Deutschland ist von jeweils anderen Handlungsmöglichkeiten und -rahmen auszugehen. Hier kann in entsprechen-

”

Die Beschäftigung mit historischem Geschehen und deren Akteuren führt zu neuem Wissen. Es erzeugt aber auch eine Empathie, die gemeinsam mit dem Wissen zu einem Bewusstsein für den Wert der Demokratie führen kann ... “

den Projekten zuerst Basiswissen vermittelt werden, das dann eine Kontextualisierung ermöglicht.

Dieser Prozess verlangt von allen Beteiligten aktive Mitarbeit, aktive Partizipation. Hier gerät

historisch-politische Bildungsarbeit in ein Spannungsverhältnis zu einer konsumierenden Perspektive, die in einer digital orientierten Gesellschaft durchaus eine Gefahr bedeuten kann. Social Media scheint Partizipation zu verlangen. Sie täuscht sie aber auch vor, da der Nutzer nicht in der Gefahr ist, sich einer konkreten gesellschaftlichen Situation auszusetzen, sondern in der Anonymität des Netzes verweilen kann. Diese reale gesellschaftliche Situation kann aber durch die digitale Welt nicht ersetzt, sondern nur ergänzt werden.

Derartige Projekte, die ich hier nur skizzenhaft angedeutet habe, können auf lokaler und regionaler Ebene durchgeführt werden. Sie sind möglich in Schulen, an Universitäten, in informellen Zusammenschlüssen, in Kirchengemeinden, in Vereinen – und diese Aufzählung ist keinesfalls vollständig. Ergebnisformen solcher Projekte können kleine Ausstellungen, Publikationen, Veranstaltungen, Plakate, kleinere Webseiten oder andere Medienapplikationen sein. Wichtig sind das Erlebnis der Eigenständigkeit, die Möglichkeit der Identifikation mit dem Projektziel und die Erkenntnis, dass Demokratieggeschichte eben nicht nur „von oben“, sondern auch „von unten“ geschrieben werden kann.

“

**Wichtig ist die Erkenntnis, dass
Democratiegeschichte eben nicht
„von oben“, sondern auch „von unten“
geschrieben werden kann.** “

Nicht nur Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat mehrfach darauf hingewiesen, dass die Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Wir

finden dieses Diktum immer wieder auch in Äußerungen jener Menschen, die unter den deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts gelitten haben und die wissen, welchen Wert Freiheit und Demokratie haben. Beispielhaft sei hier auf Klaus von Dohnanyi, Sohn des noch im April 1945 ermordeten Widerstandskämpfers Hans von Dohnanyi verwiesen, der es am 21. April 2016 so formulierte:

„Widerstand kommt immer zu spät. Das müssen wir immer wissen. Eine Diktatur ist auch die Folge von Versäumnissen in der Demokratie [...]. Während in den Nazi-Jahren eben große Unerschrockenheit und körperlicher Mut notwendig waren, um Farbe zu bekennen, gehört dazu in unserem Land heute nur ein wenig Zivilcourage. Wir leben ohne Gefahr für Leib und Leben; nur ein wenig Mut gehört dazu, auf Probleme hinzuweisen, die der Mainstream oft leichtfertig anders beurteilt. Oder sich einem Meinungspöbel entgegenzustellen, der versucht, Missstimmungen in der Bevölkerung auf gefährliche Wege zu lenken. Und doch: Wie oft versagen wir heute aus taktischem Opportunismus! Ein Stirnrunzeln des Chefs; ein Kommentar in den Medien; ein Brummeln am Stammtisch oder im Freundeskreis. Auch heute ist Zivilcourage und mehr Mut zur eigenen Überzeugung nötig, um aus dem Mediengetümmel die Wahrheit herauszufinden und zu ihr zu stehen, damit wir nicht erneut auf eine falsche Bahn gelangen. Denn wie gesagt: Widerstand kommt immer zu spät. Hier liegt heute unsere Verantwortung, unser Lernen aus der Geschichte: Im öffentlichen Diskurs, sei es in der Politik, der Wissenschaft oder auch den Künsten, mutig und aufrichtig zu sein, unsere Überzeugungen immer wieder an unseren ethischen und moralischen Maßstäben zu messen und über ‚Werte‘ nicht nur zu reden, sondern sie zu leben. Insofern sind wir eben auch heute für Deutschlands demokratische Zukunft verantwortlich.“

WIR

MÜSSEN

LEERSTELLEN

ENTDECKEN

UND FÜLLEN

BEVOR

ANDERE

ES TUN

Interview mit Jens Schöne

Wir müssen Leerstellen entdecken und füllen – bevor andere es tun

Der Slogan „Wir sind das Volk!“ ist ein Stück DDR-Geschichte und ein Stück Demokratiegeschichte. Heute wird dieser Satz auch von den Rechtspopulisten besetzt. Auf welche Weise tun sie das?

Jens Schöne: Ich würde sogar weitergehen und sagen, dieser Satz ist einer der zentralen Momente der 1989er Demokratiegeschichte. Was würde mehr ausdrücken von den Dingen, die da passierten und die sich änderten, als „Wir sind das Volk!“? Er spiegelte damals das Gefühl wider, nicht genug wahrgenommen zu werden, nicht genug mitreden zu können, nicht genug selbst bestimmen zu können über das eigene Leben. Und das ist der Punkt, an dem die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten jetzt anknüpfen. Sie versuchen das Bild zu vermitteln: „Ihr könnt nicht genug mitreden, ihr könnt nicht genug mitentscheiden, ihr könnt nicht über euer eigenes Leben entscheiden ...“ Und hier ist das zentrale rechtspopulistische Einfallstor, über das wir reden: Vermeintliche Zukurzkomme wollen unter der umgewidmeten Losung „Wir sind das Volk!“ wieder mitreden. Was allerdings irreführend ist, weil wir in einer Demokratie leben, in der es immer Mitsprache- und Partizipationsmöglichkeiten gibt. Die muss man natürlich nutzen. Es ist zu einfach zu sagen: „Ich werde hier nicht gehört und deswegen schere ich nach rechts aus!“ Das wird kein Problem lösen, zumal rechtspopulistische Kreise keine Problemlösungen anbieten, die nachvollziehbar wären.

Zudem stilisiert der Rechtspopulismus sich als „Stimme gegen das Establishment“. Hier gibt es eine strukturelle Ähnlichkeit zu dem, was 1989 lief. Wobei ich klar festhalte: Inhaltlich reden wir über zwei völlig verschiedene Dinge. 1989 war eine Bewegung für Öffnung in jeglicher Hinsicht – in die Welt hinein, politisch, demokratisch. Aktuell ist es aus meiner Sicht eher die Umkehrung. Es geht um Abschottung, und zwar in vielerlei Hinsicht. Nicht nur Abschottung gegenüber Flüchtlingen aus der ganzen Welt, sondern auch gegen geistige Vielfalt. Ja, gegen Menschlichkeit. Wenn rechte Politikerinnen und Politiker sagen:

„Grenzen zu und schießen!“; dann ist das für mich eindeutig eine Abschottung gegen Menschlichkeit. Insofern sehen wir hier das Phänomen, dass unter dem Begriff „Wir sind das Volk!“ zwei gänzlich gegenläufige Entwicklungen zusammengefasst werden. Die mediale Nutzung dieses Slogans ist geschickt, aber im Grunde völlig entgegengesetzt zu dem, wofür er ursprünglich stand. Diese Tatsache findet viel zu wenig Berücksichtigung.

Gibt es für die DDR-Geschichte noch andere Orte, Personen oder Ereignisse, die Rechtspopulisten mit ihren Narrativen füllen?

Jens Schöne: Tendenziell gefährdet sehe ich beispielsweise den 17. Juni, weil es an dem Tag auch um den Widerstand gegen das Establishment ging. Da müssen wir aufpassen. Und was ist mit denjenigen aus der Bürgerrechtsbewegung von 1989, die nach rechts driften? Das ist ganz sicher nicht die Mehrheit,

das sind Einzelpersonen. Doch sie könnten als lebendes Beispiel für die Verknüpfung von 1989 mit dem Rechtspopulismus genutzt werden. Nichts Absurderes kann man sich vorstellen. Aber so eine Gefahr sehe ich durchaus.

“
Wir haben in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu viele Leerstellen gelassen, in die jetzt von rechts eingedrungen werden kann.“

Das grundsätzliche Problem ist jedoch ein anderes: Wir haben in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu viele Leerstellen gelassen, in die jetzt von rechts eingedrungen werden kann.

Welche Leerstellen haben wir gelassen, in die nun die Rechtspopulisten vorstoßen?

Jens Schöne: Wir erzählen eine Geschichte der DDR, in der sich nur eine Minderheit der Bevölkerung wiederfindet. Das ist historisch gar nicht so ungewöhnlich. Das Problem ist nur, dass die Leute alle noch leben. Ein antiker Spartaner kann sich nicht mehr darüber beschweren, dass sein Leben nicht in der Erzählung vorkommt. In der DDR Aufgewachsene können das sehr wohl. Es war absolut wichtig und richtig, dass wir uns als historische Zunft und Aufarbeitende in den 1990er Jahren erst einmal den Themen Opposition, Wider-

stand und Unterdrückung gewidmet haben. Es ist auch wichtig, uns weiter damit zu beschäftigen. Aber nun müssen wir den Blick weiten. Wir müssen fragen: Wie war denn das tatsächlich für den Bauern X oder die Verkäuferin Y auf dem Dorf und in den Kleinstädten? Wir wissen bis ins Detail, was in Berlin und in Leipzig stattgefunden hat. Wir wissen aber so gut wie nichts über Kyritz oder Luckenwalde. Und die Leute in Kyritz und Luckenwalde fühlen sich unterrepräsentiert in dem Bild, das wir von der DDR zeichnen. Genau hier stoßen die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten hinein, die sagen: „Wir erzählen euer Leben!“

Wie erzählen die Rechtspopulisten diese Leben und Leerstellen, die durch die Geschichtsaufarbeitung der DDR entstanden sind?

Jens Schöne: Sehr unterschiedlich. Es kommt unter anderem darauf an, wie demagogisch oder schlau die Leute sind, die da reinstoßen. Es gibt die ganz plumpe Machart: „Na ja, früher war nicht alles so schlecht. Lass uns doch mal gucken, was eigentlich alles gut war.“ Und dann gibt es die etwas diffizilere Art, die gefährlicher ist: „Komm, wir reden mal miteinander, ihr kommt ja nicht vor. Ich höre euch zu. Ja, die DDR war nicht nur Opposition und Widerstand, sondern auch ihr hattet euer Leben. Erzählt mir, denn bei den Etablierten könnt ihr das nicht tun.“ Und da fangen die Schwierigkeiten an. Hier müssen wir als Historiker und Aufarbeitende in Zukunft besser werden. Wir müssen uns die DDR-Geschichte differenzierter ansehen.

Hieße das Vielfalt und Lebenswirklichkeit statt Meistererzählung?

Jens Schöne: Davon bin ich überzeugt. Und zwar sollten wir nicht nur die Vielfalt der Geschichten wahrnehmen, sondern auch versuchen, sie zu verstehen. Wir müssen anerkennen, dass es diese Vielfalt gibt und wir mit einer einzigen Meistererzählung nicht durchkommen. Das Bild muss bunter werden. Wir müssen darüber reden, was es bedeutete, im Jahr 1988 in einer verfallenden Stadt wie Anklam zu leben. Wir müssen versuchen zu begreifen, was es bedeutete, im Jahr 1987 in einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) zu arbeiten. Das Leben und Arbeiten folgte dort anderen Regeln und anderen Gedanken als das Geschehen in den großen Städten.



Wir müssen die Lebenswirklichkeit jenseits der DDR-Metropolen wahrnehmen. “

Wir müssen die Lebenswirklichkeit jenseits der DDR-Metropolen wahrnehmen. Damals lebte mehr als die Hälfte aller Menschen noch auf

dem Land. Das sollte man nicht übersehen. Wir versuchen immer, die städtische Logik auf die Dörfer zu übertragen. Das macht aber keinen Sinn, weil sie ganz anders funktionierten. Dadurch finden sich die Menschen in den Erzählungen über die DDR nicht wieder. Man kann nicht Berlin, Leipzig oder Dresden nehmen und dann glauben, man wisse, wie Rathenow oder Zeitz funktionierten. Es geht nicht darum, die DDR zu verharmlosen oder zu glorifizieren. Sondern darum, ein Bild zu zeichnen, in dem sich mindestens mehr als die Hälfte aller früheren Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes wiederfindet.

Zudem war die DDR mehr als nur Stasi und Partei. Es hat Leben stattgefunden, durchaus auch schönes Leben. Natürlich sollte bei dieser Betrachtung immer der Rahmen berücksichtigt werden, unter welchen Bedingungen dieses Leben stattgefunden hat. Auch mit Partei und Stasi, aber eben nicht nur mit Partei und Stasi. Eine kritische Auseinandersetzung muss stattfinden. Aber das ist bis jetzt kaum der Fall. Würden wir diese Lebenswirklichkeit genauer beschreiben, wären wir auch wieder dichter an den Menschen und an ihren Erfahrungen dran. Und wenn wir das tun, schließen wir ein wenig die Einfallstore für rechts-populistische Argumente.

Lassen sich einige rechtspopulistische Narrative bezüglich der DDR auf den Punkt bringen?

Jens Schöne: Es gibt ein paar Erzählmuster, die immer wieder vorkommen. Das ist einerseits der Hang zu sagen: „Wir sind Widerstand, wir kämpfen gegen all das, was hier schief läuft!“ Da wird durchaus auch an die DDR angeknüpft. Das hat aber, wie bereits gesagt, mit dem, was 1989 passierte, überhaupt nichts zu tun. Wer 1989 auf die Straßen ging, der ist bis zu einem bestimmten Zeitpunkt einfach in den Knast eingefahren. Wer heute auf die Straßen geht, lässt sich die Demonstration genehmigen und kann mit seinen Gesinnungsgenossinnen und -genossen weitgehend unbehindert rummarschieren.

Ein weiterer Punkt der Rechtspopulisten ist: „Von den etablierten Kräften redet mit euch niemand über eure DDR-Erinnerung. Von dort bekommt ihr nur zu

hören, dass ihr still wart und keinen Widerstand geleistet habt.“ Wobei dieser Begriff sehr plump ist, denn wo fängt Widerstand an? Da gibt es ganz viele Schieflagen. Natürlich gab es Widerstand auf dem Land. Aber auch der sah anders aus als in der Stadt. Und da sind wir wieder bei dem Problem, dass wir in der Geschichtsaufarbeitung hauptsächlich in teilweise geschützte Räume wie den Prenzlauer Berg schauen. Die Menschen dort hatten Verbindungen in den Westen, wo es im Zweifelsfall, zumindest in den 1980er Jahren, abends in den Nachrichten kam, wenn jemand verhaftet wurde. Wenn zum gleichen Zeitpunkt in einer kleinen Stadt Y jemand verhaftet wurde, hat das niemanden interessiert. Da gab es null Unterstützung. Das nehmen wir aber bisher nicht ausreichend wahr. Und genau da stoßen rechtspopulistische Kreise rein und sagen: „Wir sind diejenigen, die auch über diese Aspekte mit euch reden.“ Solange wir also von Leben erzählen, die nur eine Minderheit der DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger gelebt haben, werden wir keine Chance haben, die Leute wirklich zu erreichen.

Hinzu kommt, dass sich rechtspopulistische Kreise durchaus verharmlosend mit der DDR auseinandersetzen. Das merkt man an Sätzen wie: „War ja nicht alles so schlimm“ und „Ja, die Stasi war ja auch nur ... Wir haben ja heute auch einen Geheimdienst ...“ Es ist demokratieunterhöhrend, wenn man sagt: „Geheimdienste gibt es überall. Und der heute ist nicht besser oder schlechter, als er zu DDR-Zeiten war.“

Inwiefern spielt der Rechtspopulismus heute eine Rolle für pädagogisch Mitarbeitende in DDR-Gedenkstätten?

Jens Schöne: Natürlich muss eine Gedenkstätte auch immer die Mehrheit der Gesellschaft mitdenken. Und wer links oder rechts davon steht, der wird dazu eine andere Meinung haben und diese im Zweifelsfall auch kundtun. Das ist normales Gedenkstattengeschäft. Problematisch ist heutzutage, dass aus verschiedenen Gründen vieles gesagt werden kann, das man vor zehn Jahren nicht gesagt hätte. Dadurch, dass die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten in den Parlamenten sitzen, sind sie hoffähiger geworden. Das heißt, auch ihr Vokabular, ihr Denken ist sehr viel präsenter und öffentlicher. Und das hat Auswirkungen, die wir jetzt sehen. Auch die Kolleginnen und Kollegen in den Gedenkstätten werden mit diesem Vokabular und Denken konfrontiert und müssen damit umgehen.

Gibt es einen Rechtsruck unter DDR-Zeitzeuginnen und Zeitzeugen?

Jens Schöne: Grundsätzlich würde ich zu differenzierten Urteilen raten. Wir haben generell ein gesellschaftliches Rechtsproblem und die historische Zunft im weitesten Sinne ist Teil dieser Gesellschaft. Rechtspopulismus ist eben kein spezifisches Problem von DDR-Zeitzeuginnen und -Zeitzeugen oder der DDR-Aufarbeitung. Genau wie er in anderen Teilen der Gesellschaft präsent ist, ist er es eben auch hier. Ich bin vorsichtig, da ein Spezialproblem zu sehen. Doch genauso deutlich muss man sagen: Ja, diese Erscheinung gibt es auch in unserem Bereich.

In diesem Zusammenhang gilt es, ein weiteres Phänomen zu berücksichtigen. Lange Zeit hieß es: „Antikommunismus ist immer demokratisch.“ Das ist ein Irrtum! Es gibt unterschiedliche Spielarten des Antikommunismus. Nicht jeder, der den Kommunismus ablehnt, muss deswegen ein lupenreiner Demokrat sein. Diese Fehlwahrnehmung hat lange existiert. Einige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen haben in der DDR Verletzungen und Repressionen erlitten, wodurch sie heute alles Linke ablehnen. Und je stärker man Links ablehnt, umso größer ist die Gefahr, irgendwann Rechts zu landen. Gleichzeitig gibt es genug DDR-Zeitzeuginnen und -Zeitzeugen, die wirklich von ganzem Herzen demokratisch und antikommunistisch denken. Aber da fehlt uns letztlich noch der Überblick.

Was können wir heute aktiv tun, um die DDR-Geschichte nicht an die Rechtspopulisten zu verlieren?

Jens Schöne: Wenn wir die Leute von rechts wegholen wollen, müssen wir einen Gegenwartsbezug herstellen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die DDR-Themen der Menschen treffen, nicht die Rechten. Insofern wäre mein wichtiges Plädoyer: Wir müssen stärker als bisher darüber nachdenken, welche Bedeutung die DDR in der Gegenwart hat. Als historische Zunft im weitesten Sinne beschwören wir den Gegenwartsbezug, aber stellen ihn viel zu selten her. Und wenn ich mit irgendetwas gute Erfahrungen gemacht habe, sei es in öffentlichen Veranstaltungen, sei es in der Universität, dann ist es tatsächlich dieser Gegenwartsbezug. Die Leute kommen, um zu hören: „Was hat das mit uns zu tun?“ Sie kommen kaum mehr, um zu hören: „Was war 1979 in der DDR los?“ Zugespitzt formuliert, kommt noch die Erlebnisgeneration, die sich auf



Wenn wir die Leute von rechts wegholen wollen, müssen wir einen Gegenwartsbezug herstellen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die DDR-Themen der Menschen treffen, nicht die Rechten. “

die Schenkel klopft und sagt: „Hoho, da waren wir jung und hatten Spaß ...“ Aber wenn wir gesellschaftlich relevant bleiben wollen oder den Anspruch haben,

eine größere gesellschaftliche Relevanz zu erzielen, müssen wir fragen: Was hat das mit dem Heute zu tun? Kritisch, differenziert, nicht mit Schnellschüssen.

Und wie können wir mit Gegenwartsbezug neue Zielgruppen erschließen?

Jens Schöne: Wir dürfen zum Beispiel nicht immer nur davon reden, dass wir die Jugend erreichen wollen, sondern müssen überlegen, was dahingehend in den vergangenen Jahren möglicherweise nicht so gut gelaufen ist. Denn wir erreichen diese Zielgruppe viel zu wenig. Auch da ist der Rechtspopulismus, so bitter das ist, zumindest in Teilen besser.

Für heutige Schülerinnen und Schüler und für Studierende spielt die DDR zunächst einmal überhaupt keine Rolle mehr. Sie wissen im besten Fall noch, was die DDR war, aber sie ist nicht mehr handlungsleitend. Hinzu kommt, dass sie – im Gegensatz zu ihren Eltern oder Großeltern – ihr eigenes Leben heute nicht mehr auf das beziehen, was damals war. Oder umgekehrt: ihr Leben verteidigen oder erklären oder Ähnliches. Aber Oma und Mutter sitzen immer mit am Tisch und erzählen ihre Erinnerungen. Und dann müssen die Nachwachsenden eine Interpretation für sich finden. Es kommt oft vor bei Studierenden, dass sie mir sagen: „Herr Schöne, wir haben das ja letzte Woche alles besprochen, aber meine Mutter sagt, das war alles anders.“ So. Das ist doch eine wunderbare Ausgangslage, um darüber zu diskutieren. Und die Jugendlichen diskutieren dann auch, weil sie natürlich ihre Mutter verteidigen wollen. Das kann ich verstehen. Aber umso wichtiger ist es, die verschiedenen Erzählungen über die DDR einzuordnen. Für dieses gemeinsame, dann auch selbstständige Einordnen müssten wir den jungen Leuten die Mittel an die Hand geben, und dafür müssen wir sie erst einmal erreichen.

Ein Gegenwartsbezug ließe sich zum Beispiel herstellen, wenn heute eine Schulklasse nach nonkonformem Verhalten an ihrer Schule in der DDR-Zeit forscht. Man muss ja nicht gleich von Opposition und Widerstand sprechen.

Aber nonkonformes Verhalten könnten die Schülerinnen und Schüler mit heutiger Protestkultur rückkoppeln – ich denke etwa an die „Fridays for Future“-Demonstrationen. Hier bringen sie ihre eigenen Erfahrungen ein und haben damit einen Anknüpfungspunkt an die historischen Themen.

Insgesamt würde es nach meinem Empfinden auch helfen, wenn die DDR-Aufarbeitungsszene insgesamt jünger und weiblicher würde. Eine Podiumsdiskussion mit vier Professoren mit einem Durchschnittsalter von 70 Jahren lockt keinen mehr hinter dem Ofen hervor. Versuchen Sie mal, im Bereich DDR-Aufarbeitung einen Beirat oder ein sonstiges wichtiges Gremium zu finden, in dem jemand unter 30 drinsitzt. Viel Spaß beim Suchen. Sagen Sie mir unbedingt Bescheid, wenn Sie fündig geworden sind. Wir müssen diese Probleme endlich ernst nehmen!

Und was ist mit älteren Zielgruppen?

Jens Schöne: Erst einmal müssen wir die Menschen und ihre Geschichten überhaupt ernst nehmen. Die Rechtspopulisten tun bereits so, als würden sie genau das machen. Wenn also jemand meint, ihm sei es zu DDR-Zeiten besser gegangen, dann sollten wir ihn ausreden lassen, um das mit ihm diskutieren zu

können. Und nicht in altväterlicher Art sofort abwürgen und sagen:

„Du hast ja nicht verstanden, was Demokratie ist!“ Das haben wir zu oft und zu lange gemacht. Oder anders formuliert: Wir müssen

die Leute da abholen, wo sie sind. Nicht versuchen, ihnen etwas überzustülpen, und ihnen sagen, wo sie sein sollten.

Das Überwältigungsverbot ist eigentlich ein fundamentaler Grundsatz der politischen Bildung, es wird in der Praxis aber meines Erachtens viel zu wenig berücksichtigt. Als engagiert Aufarbeitende kommen wir oft viel zu sehr mit unseren eigenen Gedanken, Erwartungen und Erfahrungen daher und treten mitunter nahezu missionarisch auf. Es sollte in den Gesprächen klar aufgezeigt werden, dass die DDR eine Diktatur und dies zudem ihr eigener Anspruch war. Jede Schülerin, jeder Schüler lernte spätestens im Staatsbürgerkundeunterricht,

” **Erst einmal müssen wir die Menschen und ihre Geschichten überhaupt ernst nehmen.** “

dass in der DDR die Diktatur des Proletariats herrschte. Dies ist keine nachträgliche Zuschreibung, auch wenn das heute oft behauptet wird. Also unbedingte Klarheit in den Kernaussagen.

Darüber hinaus aber waren die Dinge oftmals komplizierter, differenzierter, als wir es mitunter glauben. Daraus resultieren Ansichten und Meinungen, mit denen wir uns kritisch auseinandersetzen müssen. Wir können aber nicht mehr

„
Wir müssen mit den Menschen das Leben in der DDR erörtern, aber wir dürfen es ihnen nicht von oben herab erklären.“

mit erhobenem Zeigefinger durch die Lande marschieren. Dafür gibt es schon zu viele andere Interessengruppen – nicht zuletzt die Rechtspopulisten –, die ihre

Arme weit öffnen und sagen: „Wir verstehen euch!“ Wenn wir im Gegenzug altklug, undifferenziert, belehrend daherkommen, dann ist absehbar, wo die Leute hingehen. Wir müssen mit ihnen das Leben in der DDR erörtern, aber wir dürfen es ihnen nicht von oben herab erklären. Das Überwältigungsverbot im Beutelsbacher Konsens gilt in alle Richtungen, wir müssen es auch für uns ernstnehmen. Wir sollten in unserem eigenen Interesse und im Interesse der Ziele, die wir verfolgen, mehr zuhören, und zwar allen Generationen.

Müssen wir uns in der Vermittlung von DDR-Geschichte von alten Zöpfen verabschieden?

Jens Schöne: Nehmen wir eine abendliche Podiumsdiskussion mit einem halbstündigen Vortrag, danach wird eine Stunde debattiert. Ich mache auch das seit vielen Jahren mit Kooperationspartnern sehr, sehr erfolgreich. Es ist immer voll. Aber es fällt auf, dass immer die gleichen Leute da sind und der Altersdurchschnitt bei über 50 Jahren liegt. Das kann doch wohl nicht die einzige relevante Zielgruppe sein, auf die wir hinarbeiten? Wenn man sich schon freut, dass sich zwei Mittdreißiger in so eine Veranstaltung verirren, dann läuft etwas schief.

Gleichzeitig müssen wir raus aus der „Verinselung“ der DDR-Forschung und -Aufarbeitung. Wir sind nicht in der Lage, auf neue, andersartige Strömungen zu reagieren, weil wir viel zu sehr mit uns selbst beschäftigt sind. Es entstehen möglicherweise immer wieder Leerräume, die andere ausfüllen – weil sie

Interessanteres und Zeitgemäßeres anbieten. Wir professionellen Aufarbeitsrinnen und Aufarbeiter sind zu sehr in unserer Buch- und Vortragswelt gefangen. Wir sollten im positiven Sinne darüber nachdenken: Wie verkaufen wir das, was wir hier tun?

Oder nehmen wir die Zeitzeugenarbeit. Ein Hoch auf die Zeitzeugen! Wir brauchen sie unbedingt. Aber zugespitzt formuliert: Wir haben zu oft nur diese Idee. Für manche Institutionen gilt erkennbar die Vorstellung, dass wir nur immer mehr Zeitzeuginnen und Zeitzeugen einsetzen müssen, die von früher erzählen und wie schlimm alles war. Doch so verlieren wir. Wenn wir nicht bald wach werden, neue Ideen entwickeln, neue Formate, verlieren wir immer mehr an Boden. Wir produzieren gerade im Bereich der politischen Bildung noch immer zu sehr am Empfängerkreis vorbei.

Wie können wir die Menschen speziell in ländlichen Regionen erreichen?

Jens Schöne: Wir müssen besser begreifen, was die Leute wollen. Wir müssen mehr aus Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten denken. Den Leuten zu diktieren, was wir für wichtig halten, funktioniert nicht. Wir müssen vielmehr von der Frage ausgehen: Was wollen sie? Auch wenn wir die Erwartungen nicht eins zu eins erfüllen können, sollten wir zumindest wissen, wie man diese Zielgruppe erreichen kann.

Das vielleicht wichtigste Schlagwort ist wenig überraschend, aber davon bin ich zutiefst überzeugt: Regionalität. Ich bleibe mal beim bereits erwähnten Anklam. Die Menschen dort interessiert nur wenig, was in Leipzig los war. Die

Menschen interessiert Anklam und Umgebung. Regionalität ist ganz wichtig, da kommen die Leute. Und das ist genau das, was ich meine: Wir müssen ran an die Menschen.

“
**Regionalität ist ganz wichtig,
da kommen die Leute.**“

Es bringt nichts, wenn wir einen hochwissenschaftlichen Vortrag von einem Universitätsprofessor zu Leipzig 1989 nach Anklam exportieren und die Leute dann sagen: „Was soll ich damit?“ Vielmehr müssen wir fragen: „Was war denn 1989 in Anklam los?“

Und mit welchen Themen erreichen wir die Menschen auf dem Land?

Jens Schöne: Die Themenwahl ist ein zentraler Punkt. Was für uns als Thema spannend ist, finden nicht notwendigerweise auch alle anderen gut. Tendenziell ist die Opposition im Prenzlauer Berg für Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Regionen weniger spannend als zum Beispiel die Kollektivierung der Landwirtschaft. Aber über beides kann man die gleichen Themen transportieren: Wie funktioniert Diktatur? Wie funktioniert Gewalt in Diktaturen? Wie funktioniert das Ruhigstellen von Mehrheiten? Natürlich kommen da auch keine 100 Leute, aber man hat ein Publikum. Denn die Menschen kommen, weil sie mitreden können. Immer wieder erlebe ich, wie Menschen sagen: „Junger Mann, das haben Sie alles schön dargestellt, aber jetzt sagen wir Ihnen mal, wie es wirklich war!“ Bei Leipzig 1989 können sie nur bedingt mitreden. Aber ländlicher Alltag, ländliches Wirtschaften zum Beispiel, das war und ist ihr Leben. Das ist ein Thema, in dem sie sich auskennen und zu dem sie etwas zu sagen haben.

Und wo könnten wir als historisch-politische Bildner, zumeist aus der Stadt, im ländlichen Raum anknüpfen?

Jens Schöne: Aus meiner Sicht ist es sehr wichtig, auf bestehende lokale Strukturen zurückzugreifen. Man kann zum Beispiel mit dem Heimatmuseum zusammenarbeiten oder mit dem Förderverein der Dorfkirche. Diese Institutionen sind vor Ort und haben ihr Publikum. Man muss sich nicht erst sein eigenes Publikum suchen. Es sind zwei völlig verschiedene Sachen, gerade im ländlichen Raum, ob man eine Kirche für eine Veranstaltung mietet oder ob man für diese Veranstaltung mit dem Förderverein der Kirche zusammenarbeitet. Mit letzterer Variante hat man den Fuß in der Tür. Ansonsten ist man ein Fremdkörper. Es ist immer hilfreich, wenn Anregungen vom Förderverein, vom Heimatmuseum oder was auch immer kommen. Es gibt in vielen ländlichen Gebieten mehr gesellschaftliche und Vereinsaktivitäten, als man annimmt. Diese Vereine haben eine Funktion. Sie sind Gesellschaftskerne und als solche wichtig für die Demokratisierung. Dort tauscht man sich aus und ist im Gespräch. Insofern ist dieser Kontakt nicht nur hilfreich für den, der politisch bildet, sondern auch für die Vereine vor Ort. Sie erfahren dadurch Stärkung, die wiederum demokratiefördernd ist. Davon bin ich überzeugt.

Handlungsempfehlungen

Handlungsempfehlungen
für den Umgang

für den Umgang
mit rechtspopulistischen

mit rechtspopulistischen
äußerungen von Besucher*innen

Äußerungen von Besucher*innen
in Gedenkstätten

Gedenkin Gedenkstätten
und Erinnerungsorten

und Erinnerungsorten

Erinnerungsorten

Larissa Bothe | Ruth Wunnicke

Handlungsempfehlungen für den Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen von Besucher*innen in Gedenkstätten und Erinnerungsorten

Mit jeder neuen Seminargruppe, mit jeder Besucherführung, mit jeder neuen Schulklasse stehen historisch-politische Bildner*innen einer unbekanntem Menge gegenüber. Erst im Laufe der Zusammenarbeit zeigt sich, welche Erfahrungen, Kenntnisse und Werte die Menschen mitbringen. Mitunter unterscheiden sie sich deutlich von jenen, die vermittelt werden sollen. In den vergangenen Jahren sind die Herausforderungen in der Vermittlungsarbeit im Umgang mit rechtspopulistischen Positionen größer geworden. Das Aussprechen von Rassismen sowie gruppenverachtende Standpunkte haben eine gewisse Gesellschaftsfähigkeit bekommen. Das führt häufig zu Verunsicherungen von Bildner*innen. Mitunter fühlen sie sich in diesen Situationen alleingelassen. Der vorliegende Beitrag zeigt für Mitarbeiter*innen von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und anderweitigen Bildungseinrichtungen verschiedene Möglichkeiten auf, damit umzugehen.

Grundsätzliche Orientierungshilfen bieten der Beutelsbacher Konsens sowie die Frankfurter Erklärung. Mit dem Kontroversitätsgebot zielt der Beutelsbacher Konsens darauf ab, den Lernenden freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Der Vermittler stellt ein Thema kontrovers dar, wobei die eigene Meinung und die politische Haltung der Lehrer*innen und Bildner*innen dabei unerheblich sind. Die Frankfurter Erklärung betont sogar, „die echte politische Kontroverse macht unterschiedliche Interessen, Denkweisen und Praxen sowie Alternativen gesellschaftlicher Zukunftsentwicklung sichtbar“¹. Dabei handelt es sich beim Kontroversitätsgebot nicht um ein Neutralitätsgebot für die Lehrkräfte und Bildner*innen. Zum einen, so beschreibt es auch die Frankfurter Erklärung, sind sie immer auch Teil sozialer und politischer Diskurse und nicht frei von geschlechtlichen oder ethnischen Normierungen. Dies erfordert eine kritisch-reflexive Position zu sich selbst und gegenüber der Gruppe. Das bedeutet jedoch nicht, dass menschenverachtende und rassistische Positionen kritiklos

hingegenommen werden müssen.² Unsere Verfassung gibt einen guten Orientierungspunkt für die eigene weltanschauliche Positionierung. Allein die ersten Artikel des Grundgesetzes bieten einen Urteilsrahmen, um etwaige menschenverachtende oder rassistische Aussagen klar benennen zu können. Nicht nur, dass die Würde des Menschen unantastbar ist (Artikel 1). Das Recht, wie zum Beispiel das Freiheitsrecht (Artikel 2), gilt wie jedes andere Grundrecht ebenfalls nicht schrankenlos. Die Eigenentfaltung darf nicht die Rechte anderer

” **Die Meinungs- und Pressefreiheit (Artikel 5) schließt nicht das Recht auf Schmähkritik und Formalbeleidigung ein.** “

verletzen und selbstverständlich nicht gegen die Rechtsordnung verstoßen. Ebenso schließt die Meinungs- und Pressefreiheit (Artikel 5) nicht das Recht auf Schmähkritik (eine

Äußerung, bei der nicht mehr die Auseinandersetzung in der Sache, sondern die Diffamierung der Person im Vordergrund steht) und Formalbeleidigung (eine Ehrverletzung, die sich aus der Form oder den äußeren Umständen ergibt) ein. Auch die Freiheit zum Bekennen des Glaubens (Artikel 4) und zu dessen Praktizierung gilt nicht unbegrenzt.

In diesem Zusammenhang wird das Neutralitätsgebot in der historisch-politischen Bildung immer wieder diskutiert. Auch wenn zum Beispiel Lehrer*innen an staatlichen Schulen die parteipolitische Neutralitätspflicht des Staates beachten müssen, verlangt das nicht von ihnen, sich gegenüber allen politischen Angeboten neutral zu verhalten. Nach Ansicht von Experten*innen müssen Lehrkräfte an Schulen sowie Akteur*innen im Bereich der außerschulischen Bildung rassistische und rechtsextremistische Positionen von politischen Parteien kritisch thematisieren.³ Die Autorinnen fügen den rassistischen und rechtsextremistischen Positionen auch alle anderen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hinzu. In einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte konstatiert Henrik Cremer: „Wie etwa dem Schulrecht der Länder zu entnehmen ist oder die Kultusministerkonferenz betont, ist politische Bildung nicht neutral, sondern basiert auf Werten.“⁴ Ähnlich argumentiert auch Kurt Edler, ehemaliger Referatsleiter am Landesinstitut für Lehrerbildung in Hamburg: „Lehrer dürfen nicht neutral sein. Sie sind durch das Schulgesetz

und die Verfassung in Sachen Menschenrechte und Demokratie darauf festgelegt, grundrechtsklar gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und diskriminierende Positionen aufzutreten.“⁴⁵ Sowohl für die schulische als auch für die außerschulische Bildung ist es wichtig, bei extremistischen Äußerungen zu intervenieren. Ein indifferentes Verhalten gegenüber extremistischen Äußerungen kann mehr als irritierend wirken, denn schließlich hören auch andere Schüler*innen und Besucher*innen zu. Auch für sie ist es wichtig, dass Grenzen gesetzt und Gegenpositionen aufgezeigt werden.

Voraussetzungen

Menschen bringen eigene Sichtweisen und Erfahrungen mit

Die Aufgabe von Bildner*innen ist es, sich auf jede Gruppe und alle Teilnehmenden neu einzulassen. Zu fragen ist: Mit welchen Erfahrungen kommen die Menschen in eine Gedenkstätte oder einen Erinnerungsort? Welches „unsichtbare Gepäck“ tragen sie mit sich? Welche Erwartungen haben sie? Was haben sie schon gesehen und gelernt? Sind sie in einem freiwilligen Kontext da oder nicht? Schulklassen kommen meistens nicht freiwillig. In jeder Gruppe gibt es unterschiedliche Vorstellungen und Motivationen, sich mit einem Thema oder einem bestimmten Ort auseinanderzusetzen. Einige haben bereits konkrete Vorstellungen, andere nicht. Nicht nur Gruppen sind unterschiedlich, auch die Erwartungen und Bedürfnisse der einzelnen Personen innerhalb der Gruppe sind verschieden. Pädagog*innen sollten daher sehr konkret von der Gruppe aus denken, mit der sie arbeiten. Dafür ist es hilfreich, vorab so viele Informationen wie möglich über die Gruppe einzuholen. Dass innerhalb einer Gruppe unterschiedliche Positionen vertreten werden, gilt auch für jene Gruppen, die aus einem vermeintlich rechtspopulistischen Spektrum kommen. Wenig hilfreich ist die pauschale Unterstellung, in diesen Gruppen herrsche ausschließlich ein gefestigtes Weltbild vor und alle hätten ein Bedürfnis nach nationaler Orientierung. Auch die Annahme, es gebe in der Bevölkerung einen bestimmten rechtspopulistischen Anteil, ist nicht förderlich. Das mag generell richtig sein, ist jedoch für die konkrete Situation wenig relevant.

Freiwilligkeit des Besuches

Mitarbeiter*innen von Bildungsorten erleben immer wieder, dass einzelne Personen einer Gruppe oder schlimmstenfalls die gesamte Gruppe den Besuch der Gedenkstätte ablehnt. Zum Beispiel finden Schüler*innen das jeweilige Thema der Gedenkstätte oder des Erinnerungsortes im Unterricht ausreichend behandelt. Mitunter sehen sie keinen Mehrwert in dem Besuch, weil sie ihn mit „langweiligen Monologen“ verbinden und wenig Anknüpfungsmöglichkeiten an ihre eigene Lebenswelt finden. Auch Überforderung oder private Gründe können gegen einen Besuch sprechen. Hier stellt sich die Frage nach der Freiwilligkeit des Besuches. Schüler*innen möchten nicht zu einem Besuch gezwungen

oder überredet werden. Gleichwohl sind Besuche im schulischen Kontext verpflichtend. Lehrkräfte und Gedenkstättenmitarbeitende sollten sich dieses Umstandes bewusst sein, Verständnis haben und aushalten können,

„**Lehrkräfte und Gedenkstättenmitarbeitende sollten Verständnis haben und aushalten können, wenn der Besuch eines Erinnerungsortes nicht für alle Menschen von gleicher Bedeutung ist.**“

wenn der Besuch eines solchen Ortes nicht für alle Menschen von gleicher Bedeutung ist. Nicht jedem ermöglicht der Besuch einen Zugang zum Thema. Das gilt auch für Erwachsene, die im Rahmen von Bildungsreisen nicht immer aus freien Stücken dem geplanten Gedenkstättenbesuch folgen – aber auch nichts dagegen sagen. Pädagog*innen der Gedenk- und Erinnerungsorte können in ungute Situationen kommen, wenn sich der Unmut der Gruppe oder einzelner Personen auf sie lenkt. Besonders Mitarbeiter*innen, die selbst ebenfalls nicht der Meinung sind, dass jede*r zu einem Gedenkstättenbesuch angehalten werden sollte, kommen in einen inneren Konflikt. Ein Austausch mit Kolleg*innen auch anderer Erinnerungsorte über Strategien im Umgang mit unfreiwilligen Besuchern kann hilfreich sein. Haben sie zum Beispiel in ihrer Gedenkstätte einen Raum oder einen Rückzugsort für Menschen, die nicht an der Führung teilnehmen möchten?⁶

Was habe ich für Bilder im Kopf über die Gruppe? Es gibt nicht „die Rechtspopulist*innen“. Rechtspopulist*innen sind kein monolithischer Block

In jedem politischen Verein und in jeder Partei gibt es Mitglieder, denen Geschichte gänzlich unwichtig ist. Ebenso haben nicht alle Rechtspopulist*innen ihre Wurzeln dezidiert in der neonazistischen Szene. Zwischen verschwörungstheoretischen Reichsbürger*innen, der Neuen Deutschen Friedensbewegung, neonazistischen Gruppen, offenen Holocaustleugner*innen, der AfD und einigen mehr ist die Spannbreite groß. Alle diese verschiedenen Gruppen finden in den sozialen Netzwerken Übergänge zu einem breiten Spektrum. Innerhalb dieser Gruppierungen lassen sich Ideolog*innen, Unterstützer*innen und Sympathisant*innen erkennen. Wobei die Sympathisant*innen in ihrer Meinung noch nicht festgelegt sind und suchen.

Für die Arbeit der Pädagog*innen ist es entscheidend, ob sie es in ihren Gruppen mit Ideologieproduzent*innen (Ideolog*innen) zu tun haben. Ideologieproduzent*innen (wie z. B. Björn Hoecke) erfinden und produzieren Narrative und Ideologien und sorgen für ihre Verbreitung. Sie stehen zu 100 Prozent hinter ihrer Weltanschauung und lassen keinerlei andere Ansichten oder Meinungen gelten. Hingegen produzieren Ideologiekonsument*innen (teilweise Unterstützer und

Sympathisant*innen)

keine Ideologien, sind aber zugänglich für bestimmte Weltanschauungen oder Teilnarrative. Sie vertreten die Ideologie noch nicht zu 100 Prozent und lassen

„ **Es ist entscheidend, ob man es mit Ideologieproduzent*innen oder -konsument*innen zu tun hat.** “

sich durchaus auch von anderen Ansichten und Meinungen überzeugen. Mit Ideologieproduzent*innen in eine konstruktive Diskussion zu kommen, kann schwierig sein, da die Offenheit für Diskurse häufig fehlt. Gleichzeitig gibt es auch unter Rechtspopulist*innen viele Menschen, die grundsätzlich offen für ein Gespräch sind. Der Besuch eines Erinnerungsortes kann ihnen durch das Aufzeigen anderer Perspektiven und Narrative durchaus einen neuen Blick auf das Thema ermöglichen.

Was ist meine „Mission“?

Pädagog*innen fragen viel nach anderen und deren Bedürfnissen. Ebenso wichtig ist es, nach der „eigenen Mission“ der Arbeit in einer Gedenkstätte/an einem Erinnerungsort zu fragen. Das Buch „Verunsichernde Orte“ von Barbara Thimm, Gottfried Kößler und Susanne Ulrich⁷ verweist auf die Selbstreflexion der Arbeit und die Frage nach dem eigenen Motiv.⁸ Dabei unterscheiden die Autor*innen klar zwischen der eigenen „Motivation“ und der eigenen „Mission“. „Während die Motivation in erster Linie den eigenen Antrieb beschreibt, zielt die ‚Mission‘ darauf ab, andere zu erreichen, zu beeinflussen und ggf. verändern zu wollen.“⁹ Daher sollten sich auch pädagogische Mitarbeiter*innen von außerschulischen Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten fragen, ob ihre Motive und gegebenenfalls auch „Missionen“ auf die Vermittlungsform und Auswahl der Themenschwerpunkte Auswirkungen haben. Wo sind sie hinderlich? Wo sind sie angemessen?

Reflexionen über die eigene Haltung und die eigenen Toleranzgrenzen

Selbstbefragungen können helfen, das eigene Bild von der Geschichte der Gedenkstätte oder des Erinnerungsortes mit den Vorstellungen der Besucher*innen abzugleichen. Die Autor*innen von „Verunsichernde Orte“ geben in ihrer Publikation eine hilfreiche Anleitung zur Selbstreflexion mit Fragen und Aufgaben für sich selbst oder für Gruppen. Ziel ist es, sich das eigene Geschichtsbild bewusst zu machen, aus dem heraus man agiert; zum Beispiel durch familienbiografische, mediale und generationsspezifische Prägungen. Diese Fragen an sich selbst können helfen, die Vielfalt von Geschichtsbildern wahrzunehmen.

In ähnlicher Weise verhält es sich mit der eigenen Toleranzgrenze, die bei jedem Menschen anders ist. Mitarbeiter*innen von Erinnerungsorten und Gedenkstätten kommen immer wieder in die Situation, nicht nur die Verhaltensvorschriften der Einrichtung vertreten zu müssen, sondern haben zusätzlich auch ihre persönliche Meinung zur Angemessenheit von Verhalten. „Damit müssen sie den Verhaltenskodex der Institution vermitteln und sich zu den gesellschaftlich dominanten Regeln positionieren – unabhängig davon, ob sie dies wollen oder wie sie zu den jeweiligen Erwartungen von ‚Angemessenheit‘ stehen.“¹⁰ Das Kennenlernen der eigenen Toleranzgrenze gegenüber Verhalten in Gedenkstätten, das vielleicht als problematisch empfunden wird, sowie das

bewusste Wahrnehmen unterschiedlicher Toleranzgrenzen kann für die eigene Arbeit mit Besucher*innen hilfreich sein. Auch zu dieser Selbstreflexion gibt das Buch „Verunsichernde Orte“ hilfreiche Anleitungen.¹¹

Traue ich mir das zu?

Nicht immer ist vorher absehbar, mit welcher politischen Haltung Menschen eine Gedenkstätte besuchen. Selbst wenn es sich um die Besuchergruppe eines Bundestagsmitgliedes einer rechtspopulistischen Partei handelt, müssen die Mitglieder der Gruppe nicht zwingend diese Haltung haben oder die Partei wählen. Dennoch sollte in den Einrichtungen klar kommuniziert werden, um was für eine Gruppe es sich handelt. Nicht alle Mitarbeitenden sind bereit, beispielsweise mit einer AfD-Gruppe zu arbeiten. Hier sollte die Entscheidung zur Übernahme des Auftrags den Mitarbeitenden überlassen werden. Einige Einrichtungen haben daher die Rahmenbedingungen für die Betreuung der Gruppen angepasst. Das bedeutet, werden Gruppen normalerweise immer nur von einer Person betreut, dann übernehmen die Betreuung von Gruppen mit vermeintlich rechtspopulistischer Perspektive immer zwei Mitarbeitende. Dies hat den Vorteil, dass in herausfordernden Situationen niemand alleine vor der Gruppe steht oder gegebenenfalls Einzelnen aus der Gruppe ein Dialog angeboten werden kann, während der Rest der Gruppe den Besuch fortsetzt.

Wann ziehe ich die Reißleine?

Wo ist die eigene Grenze erreicht und wann höre ich auf, aktiv das Gespräch zu suchen? Diese Grenze liegt letztendlich bei jedem selbst. Klar ist, wenn sich

„
**... wenn sich Besucher*innen
 abwertend und verharmlosend äußern,
 ist eine Grenze überschritten.**“

Besucher*innen abwertend und verharmlosend äußern, ist eine Grenze überschritten. Allerdings verläuft die Grenze, ab wann etwas als abwertend oder verharmlosend empfunden wird, bei jedem

Menschen woanders. Nicht jeder „erkennt“ menschenfeindliche Äußerungen auf Anhieb – dafür sind sie zum Teil viel zu sehr in unserer Gesellschaft verankert und tradiert. Daher ist es wichtig, die Mitarbeitenden für ein diskriminierungs-

sensibles Arbeiten zu schulen. Dies bedeutet zum einen, die eigenen Bilder im Kopf zu hinterfragen. Zum anderen bedeutet es auch, einen Perspektivwechsel vornehmen zu können. Was machen bestimmte Aussagen mit Betroffenen – ob anwesend oder nicht?

Empfehlungen für den Umgang mit rechtspopulistischen und antidemokratischen, menschenverachtenden Aussagen.

Interne Kommunikation – Schulungen – kollegiale Hospitationen – Vernetzung

Kommunikation gilt nicht nur nach außen (im Sinne einer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit), sondern sollte ebenso konsequent in die Einrichtung hinein betrieben werden. Das heißt, im Idealfall sind von der Einrichtungsleitung bis zu den ehrenamtlichen Mitarbeitenden alle darüber informiert, was Haltung und Leitbild der Einrichtung beinhalten und welche Handlungswege im Umgang mit rechtspopulistischen Besucher*innen möglich sind. Das verlangt eine starke und kontinuierliche Kommunikation nach innen.

Ebenso geben regelmäßige Schulungen für feste und freie Mitarbeiter*innen etwa zum praktischen Umgang mit rechtspopulistischen Besucher*innen oder zu geschichtspolitischen Topoi der Rechtspopulist*innen wertvolles Hintergrundwissen und praktische Fähigkeiten an die Hand. Mögliche Fragestellungen für Schulungen könnten sein: Wie genau verhält es sich eigentlich mit dem Neutralitätsgebot? Von welchem institutionellen Hintergrund aus sprechen wir? Können wir überhaupt Stellung beziehen? Wie gehen wir mit Provokationen oder bestimmten Positionierungen in unseren Veranstaltungen um? Zudem müssen alle genau wissen, wo die rechtlichen Grenzen liegen – also wann ist etwas verfassungswidrig? Gegebenenfalls warum? Welche Möglichkeiten habe ich, mit verfassungswidrigem Verhalten von Besucher*innen umzugehen? Wie erteile ich ein Hausverbot? Wie erstatte ich Anzeige?

Schulungen bereiten Mitarbeitende bestmöglich auf die konkrete Situation vor. Dabei vermitteln sie nicht nur Handwerkszeug, sondern stärken auch das eigene Selbstvertrauen im Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen von

Besucher*innen. Themen für Schulungen können daher konkreten „Extremfallsituationen“ entnommen werden. Gleichwohl können sie auch präventiv durchgeführt werden, beispielsweise zu Fragen nach den eigenen Grenzen und wie Haltung gezeigt werden kann. Zudem sind Selbstreflexion und Sensibilisierung als fortlaufendes Angebot empfehlenswert.

Kollegiale Hospitationen unter den Mitarbeitenden können zusätzlich neue Ideen und Impulse für die eigene Arbeit und den Umgang mit schwierigen Situationen geben. Jede und jeder entwickelt eigene Handlungsstrategien. Der Austausch darüber kann sowohl für junge als auch für erfahrene Mitarbeiter*innen gewinnbringend sein.

Ebenso wichtig wie die Kommunikation nach innen ist die Vernetzung nach außen. Bilden Sie Netzwerke mit verschiedenen Einrichtungen und Initiativen

„ **Bilden Sie Netzwerke ...** “

in ihrer Stadt, ihrer Region, ihrem Bundesland. Tauschen Sie sich innerhalb des Netzwerkes regelmäßig über Vorkommnisse aus und

organisieren Sie Erfahrungsaustausche sowie gemeinsame Weiterbildungen, sowohl auf Leitungs- als auch auf Mitarbeiter- und Freier-Mitarbeiter-Ebene.

Wissen um das Geschichtsbild von Rechtspopulist*innen

Eine grundlegende Voraussetzung für den Umgang mit Rechtspopulist*innen in der historisch-politischen Bildung ist das Wissen um ihr Geschichtsbild. Dem Verweis auf Geschichte kommt in rechtspopulistischen Kreisen eine tragende Rolle zu. Der Historiker Michael Sturm gibt in seinem Beitrag in dieser Publikation „Geschichtspolitik als Kulturkampf – der Gebrauch von ‚Geschichte‘ im aktuellen Rechtspopulismus“ (S. 18) einen umfassenden Überblick über das rechtspopulistische Geschichtsverständnis. In seiner Analyse stellt er fünf charakteristische Aspekte des rechtspopulistischen Geschichtsverständnisses heraus: die Semantik des Niedergangs, also einen tiefsitzenden Kulturpessimismus, den exklusiven Volksbegriff, das monolithische Kulturverständnis, die männlich-martialische Ausrichtung sowie die Externalisierung des Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichte. Schließlich geht es in der rechtspopulistischen Perspektive jedoch weniger um historische Details, geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse oder abwägende Urteile, sondern vielmehr um

das „Große Ganze“: Die Konstruktion einer nationalen Identität, die sich auf den Mythos von einem ethnisch und kulturell homogenen Volk gründet.

Klar kommunizieren, wofür ein Ort steht

Für Gedenkstätten und Erinnerungsorte ist es wichtig, nach außen zu kommunizieren, wofür ein Ort steht und wofür nicht. Was kann der Ort oder die jeweilige Einrichtung leisten und was nicht? Denn mitunter wird den Einrichtungen viel zugeschrieben, was geleistet werden soll. Immer wieder hört man etwa von Lehrer*innen den Wunsch, der Besuch eines Erinnerungsortes möge ihre Schulklasse „gegen Rechtsextremismus immunisieren“. Das kann niemand leisten. Machen Sie vorab deutlich, dass die Angebote Ihrer Einrichtung vor einem bestimmten weltanschaulichen und normativen Hintergrund stattfinden.

Machen Sie vorab deutlich, dass die Angebote Ihrer Einrichtung vor einem bestimmten weltanschaulichen und normativen Hintergrund stattfinden.

Eine absolute Neutralität kann es nicht geben.

Machen Sie die Weltanschauung und die normativen Werte Ihrer Einrichtung transparent. Verdeutlichen Sie den inhaltlichen und thematischen Rahmen, in dem die Veranstaltungen

für Gruppen durchgeführt werden. Was können Sie in welchem Zeitraum anbieten und wofür stehen Sie? Verdeutlichen Sie, dass Sie nicht zu jedem Thema aussagefähig sind und sich nicht jeder Fragestellung und jedes Projektes annehmen. Sonst laufen Sie Gefahr, dass Ihr Gedenkort beliebig wirkt. Verweisen Sie vielmehr auf andere Einrichtungen.

Veröffentlichen Sie diese Punkte auf der Internetseite Ihrer Einrichtung und sichtbar am Eingang der Einrichtung. Sie können bei zu weit gefassten oder falschen Erwartungen der Besucher*innen an die Arbeit Ihrer Einrichtung immer wieder darauf verweisen.

Besucherordnung und Hausverbot

Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen Rechtspopulist*innen einen Ort einzig zur Provokation oder zu dessen ideologischer Vereinnahmung besuchen.

Unter diesen Umständen ist es angebracht, alle Möglichkeiten vom Gebrauch des Hausrechtes bis hin zur Anzeige in Betracht zu ziehen. Eine Besucherordnung kann ein probates Mittel sein, um Ideologieproduzent*innen aktiv in Schranken zu weisen. Die Frage ist: Wie wird sie gestaltet, wann wird sie angewandt und von wem?

In öffentlichen Einrichtungen kann ein Hausverbot mit einem Verstoß gegen die Hausordnung begründet werden. Ordnungen zur Nutzung öffentlicher Einrichtungen werden in der Regel zusätzlich zu Hausordnungen in Benutzungsordnungen geregelt. Diese sind öffentlich, bestenfalls auf der Internetseite der Einrichtung, bekanntzumachen, zumindest auszuhängen oder zur Einsicht bereitzuhalten. Für die Erteilung eines Hausverbotes ist keine bestimmte Form vorgeschrieben. „In der Praxis erfolgen die meisten Hausverbote üblicherweise mündlich. Diese Form des Hausverbots ist auch wirksam und rechtlich verbindlich. Um das Hausverbot später ggf. nachweisen zu können, sollte man später das Hausverbot auch schriftlich gegenüber dem Betroffenen mitteilen.“¹¹ Das Gesetz sieht keine Obergrenze für ein Hausverbot vor, weshalb es grundsätzlich auch unbefristet ausgesprochen werden kann. Ob dies jedoch wirklich angemessen ist, muss stets für den Einzelfall entschieden werden.

Mitarbeiter*innen sollten im Umgang mit der Besucherordnung geschult werden. Wo genau liegen ihre Befugnisse und was sind die Handlungsspielräume?

„**Mitarbeiter*innen sollten im Umgang mit der Besucherordnung geschult werden.**“

Was gibt es sonst noch an formalen Mitteln, mit rechtspopulistischen Besucher*innen umzugehen? Nicht selten, zum Beispiel, geht das

Aussprechen eines Hausverbotes mit der Erstattung einer Anzeige gegen die jeweilige Person einher. Mitunter wird die Polizei sofort eingeschaltet.

Ebenso können auch vorab Hausverbote gegen Mitglieder von Parteien oder Organisationen erteilt werden, die durch demokratiefeindliche und menschenverachtende oder andere dem Zweck der Einrichtung widersprechende Äußerungen in Erscheinung getreten sind. Für ein Hausverbot ist jedoch nicht die Parteizugehörigkeit ausschlaggebend, sondern das konkrete persönliche Ver-

halten. Einzelne Personen können auch von der Teilnahme an Veranstaltungen ausgeschlossen werden. Dabei handelt es sich stets um Einzelentscheidungen. Wichtig ist, dass darauf in der Besucherordnung der Einrichtungen hingewiesen wird, sodass im Bedarfsfall darauf verwiesen werden kann. Gegebenenfalls sollte der Passus eingeführt werden.

„Hausverbote sind die ultima ratio, und man sollte dieses Instrument nicht leichtfertig einsetzen“, sagte Jens-Christian Wagner, der Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, in einem Interview.¹³ Hausverbote können von Rechtspopulist*innen auch benutzt werden, um sich selbst öffentlich als Opfer zu inszenieren. Dennoch können und müssen sie zuweilen verhängt werden, um den jeweiligen Ort, dessen Geschichte und die anwesenden Gäste zu schützen.

Welche Handlungsstrategien habe ich?

Hierfür gibt es kein Patentrezept! Es ist jedoch wichtig, sich im Vorfeld der verschiedenen Strategien bewusst zu sein und sich ein Repertoire zu erschließen. Ausgehend von der Situation und einem dazu passenden hilfreichen Analyse-schema, kann im konkreten Fall aus dem Repertoire geschöpft werden.

Wie umgehen mit problematischen Äußerungen? – Eine Analysehilfe:

Im ersten Schritt gilt es, sich bewusstzumachen, was das Gesagte bei einem selbst auslöst. Welche Gefühle spielen eine Rolle und warum? Bei jedem Menschen werden in der gleichen Situation ganz unterschiedliche **Gefühle** ausgelöst. Das ist eng verknüpft mit der eigenen Erfahrungswelt und der Persönlichkeit. Mögliche Emotionen könnten zum Beispiel Wut, Ärger, Angst, Scham oder Irritation sein.

Gefühle sind an die individuellen **Bedürfnisse** geknüpft. Weil diese in der spezifischen Situation nicht erfüllt sind, entstehen die entsprechenden Gefühle. Im zweiten Schritt ist zu reflektieren, welche Bedürfnisse nicht erfüllt werden. Möglich sind unter anderem Respekt, Solidarität, Gerechtigkeit oder Mitgefühl.

Im dritten Schritt geht es um die Analyse der Situation: **Wer** ist anwesend und wer ist vermeintlich betroffen? Wichtig ist dabei, dass Betroffene nicht im Raum beziehungsweise nicht präsent sein müssen. Neben der eigenen Person – die auch die betroffene Person sein kann – sind in der Regel noch andere Menschen anwesend: die Person, von der die problematische Aussage ausgeht, Zuschauende oder direkt Betroffene.

Die Frage, wer in welcher Form involviert ist, hat Einfluss auf das eigene **Ziel**. Dieses für sich zu klären, umfasst den vierten Schritt. Ist es mein Anliegen, die Situation zu beenden und eine klare Grenze zu setzen? Möchte ich meine (Gegen-) Position deutlich machen, für meine Werte eintreten, zum Nachdenken anregen oder Betroffene schützen? Je nachdem, was die getroffene Aussage bei mir auslöst, kann das angestrebte Ziel ein anderes sein.

Mithilfe der Analyse ist nun in einem letzten Schritt die zielorientierte Entscheidung für eine Handlungsstrategie möglich. Folgende Strategien sind denkbar:

■ **Ins Gespräch kommen:** Ist es das Ziel, zum Nachdenken anzuregen? Dann kann auf das Gesagte durch offene Nachfragen, Verbalisierung oder Spiegelung des Gesagten reagiert werden. Diese Strategie kann eine längere Diskussion mit sich bringen. Dafür braucht es entsprechend Zeit und Raum. Zudem sollte die Person, die eine solche Aussage getroffen hat, keine Bühne geboten bekommen. Hierfür kann es helfen, die Gruppe in die Diskussion miteinzubeziehen.

■ **Eine klare Grenze setzen:** Ob die eigenen Werte gewahrt oder Betroffene geschützt werden sollen – diese Strategie eignet sich in vielen Situationen. Der Person, von der die abwertende Äußerung ausgeht, wird deutlich zu verstehen gegeben, dass das Gesagte in diesem Moment, an diesem Ort keinen Platz hat. Diese Strategie hat den Vorteil, dass es eine klare Reaktion auf das Gesagte gibt, jedoch sollte eine Begründung angeschlossen werden. Sonst besteht die Gefahr, dass eine Wahrnehmung von „ich darf meine Meinung nicht sagen“ entsteht.

■ **Die eigene (Gegen-) Position aufzeigen:** Durch deutliches Widersprechen kann der eigene Standpunkt aufgezeigt sowie auch zum Nachdenken oder zum Perspektivwechsel angeregt werden. Mithilfe einer klassischen Ich-Botschaft geschieht dies auf eine wertschätzende Art und Weise. Eine Ich-Botschaft besteht aus einer Spiegelung der **Wahrnehmung** sowie der **Wirkung** einer

Aussage und der Formulierung eines **Wunsches**. Insbesondere für den pädagogischen Kontext ist diese Strategie sehr hilfreich.

Auch **Sachargumente**, also Zahlen und Fakten, können unterstützend helfen; in der Regel nicht alleine und erst im zweiten oder dritten Schritt. Sie sind aber wichtig, um die eigene Reaktion zu begründen und andere Perspektiven aufzuzeigen.

Einladungen der AfD zu Gesprächsrunden und Podien – ja oder nein?

Grundsätzlich vertreten die Autorinnen dieses Beitrages den dialogischen Ansatz: die Offenheit für verschiedene politische Meinungen und das Gespräch darüber. Fraglich wird es, wenn an einem offenen Diskurs kein ernsthaftes Interesse besteht. Bei Gesprächseinladungen von der AfD oder rechtspopulistischen Initiativen kann zunächst überlegt werden, wie dialogbereit die Gesprächspartner*innen sind. Sind diese schon zuvor mit einem konträren, unumstößlichen Weltbild in die Öffentlichkeit getreten? Welchen Mehrwert hat dann eine Diskussion über Positionen, die von vornherein feststehen? In diesem Falle besteht die Gefahr, dass ein solches Gespräch nicht zum Diskurs führt, sondern als Propagandabühne dient. Der Einzelfall sollte stets geprüft werden. Wichtig ist dabei die Frage nach einer möglichen Instrumentalisierung der eigenen Person. Unter den aktuellen politischen Voraussetzungen tendieren Mitarbeiter*innen der historisch-politischen Bildung eher dazu, Gesprächseinladungen der AfD abzulehnen, und begründen die Ablehnung auch. Entscheiden Sie sich dazu, eine Einladung anzunehmen, empfiehlt es sich, gut vorbereitet in das Gespräch zu gehen und offensiv die eigene Position zu vertreten.

Ähnlich verhält es sich bei journalistischen Anfragen zu politischen Äußerungen der AfD mit historischem Bezug, wie zum Beispiel dem Wahlplakat des AfD-Kreisverbandes Nürnberg-Süd/Schwabach „Sophie Scholl würde AfD wählen“. Muss zu jeder provokanten rechtspopulistischen Äußerung ein Statement abgegeben werden? Oder andersherum gefragt: Muss über jedes Stöckchen gesprungen werden? Ist hier eine ernsthafte Auseinandersetzung über ein Thema vonseiten der Rechtspopulist*innen überhaupt gefragt oder läuft man vielmehr Gefahr, durch die permanente Auseinandersetzung mit solchen Äußerungen seine eigentliche Arbeit aus dem Blick zu verlieren?

Zwei Anregungen für die praktische Arbeit

Bei einem Besuch, ob nun von einer Jugend- oder einer Erwachsenengruppe, steht die Wissensvermittlung zum spezifischen Ort im Vordergrund. Dennoch bedarf es der Klärung, mit welchem Ansatz und welcher Haltung die Wissensvermittlung stattfindet. Neben den einzelnen Vorlieben der pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen gibt es in der Regel vereinbarte Grundsätze für die Vermittlungsarbeit, die für alle als Leitlinie gelten. Neben dem Beutelsbacher Konsens und der Frankfurter Erklärung sind dabei auch ortsspezifische Gegebenheiten zu berücksichtigen. Gerade in Einrichtungen, die mit freien Referent*innen und Honorarkräften arbeiten, ist es sehr wichtig, dass auch diese ihre Arbeit an den Leitlinien der Gedenkstätte oder des Erinnerungsortes orientieren.

Im Folgenden stellen wir Ihnen zwei Anregungen für die praktische Arbeit vor. Für die einen mögen die vorgestellten Ansätze bekannt sein und gehören zum Arbeitsalltag. Für andere bringen sie eventuell neue Impulse für die eigene Arbeit:

DIALOGISCHE ARBEIT MIT GRUPPEN

Um gut und sicher auf menschenverachtende Aussagen reagieren zu können, bedarf es nicht nur eines bestimmten Settings, sondern auch einer entsprechenden pädagogischen Vorgehensweise. Daher kann es hilfreich sein, die Angebote auf Basis einer dialogischen Haltung durchzuführen. Dialog meint in diesem Fall mehr als Nachfrageoptionen oder Abfrage von Faktenwissen.

Dieser Ansatz verfolgt das Ziel, den Gedankenaustausch mit und in der Gruppe anzuregen. Die dialogische Haltung arbeitet ohne ein vorangestelltes Werturteil

gegenüber der Gruppe und ermöglicht ein vertrauensvolles Miteinander in der Gruppe sowie zwischen Pädagog*innen und der Gruppe. „Voraussetzung (für den Dialog)

„
Um gut und sicher auf menschenverachtende Aussagen reagieren zu können, bedarf es nicht nur eines bestimmten Settings, sondern auch einer entsprechenden pädagogischen Vorgehensweise.“

ist, dass uneingeschränkt und vorurteilsfrei zugehört werden kann und keine gegenseitige Beeinflussung stattfindet. Diese Art zu kommunizieren ermöglicht echte Kooperation.“¹⁴ Das bedeutet, dass verschiedene Meinungen zunächst respektiert und stehengelassen werden. Dadurch erfährt jede und jeder eine Akzeptanz der eigenen Person. Dies bedeutet jedoch im Umkehrschluss nicht, abwertende und menschenverachtende Aussagen unkommentiert zu lassen. Hier schließt sich erneut die Frage an, welche Kommunikationstechniken angewendet werden können, damit trotzdem ein wertschätzender Umgang möglich ist.

„Beim Dialog steht das gemeinschaftliche Teilhaben am Gedankenfluss aller im Mittelpunkt.“¹⁵ Dem Gedankenfluss aller Teilnehmenden wird daher prozessorientiert Raum gegeben, wobei auch Diskussionen mit diversen Meinungen zugelassen werden. Zugleich sollte ausreichend Raum für die Meinungsbilder der Gruppe vorhanden sein. Dieser Raum ermöglicht Austausch und Meinungsbildung und zeigt zugleich Kontroversität auf. Der offene Prozess gibt den verschiedenen Mitgliedern der Gruppe Impulse zum Nachdenken mit. Hierfür bedarf es einer Ambiguitätstoleranz – was jedoch nicht bedeuten soll, dass alle Aussagen, auch menschenverachtende, unkommentiert bleiben. Grundregel ist die Trennung von Person und Aussage. Es darf nicht das Ziel sein, Personen, die undemokratische Aussagen treffen, vor der Gruppe bloßzustellen. Je nach Situation und Gesagtem können Sie sich folgende Frage stellen: Stelle ich das Gesagte in der Gruppe zur Diskussion oder ist es an dieser Stelle angebracht, klare Grenzen zu setzen?

Dialogische Arbeit mit Gruppen nutzt prozessorientierte, konkrete Fragestellungen. Das bedeutet, offene, aktivierende, produktive¹⁶ (auch mal provozierende) Fragen zu stellen, ohne Antworten vorzugeben. Im Folgenden stellen wir Ihnen Methoden und Anregungen für das dialogische Arbeiten vor.¹⁷

■ **Raum für Austausch:** Durch verschiedene Gesprächsmethoden kann der Austausch der Teilnehmenden untereinander gestärkt werden. Im Plenum beteiligen sich in der Regel nicht alle Menschen gleichermaßen. Durch Diskussionen in Kleingruppen oder einer „Murmeltunde“ haben auch „stille Teilnehmende“ stärker die Möglichkeit, sich in den Austausch einzubringen. Ein Beispiel für die Beschreibung der Methode „Murmeltunde“ finden Sie hier: www.methodenwuerfel.ch/murmeltunde/ [22.9.2019].

■ **Barometer oder Positionierungs-Methode:** Diese Methode ist hilfreich, um spontan oder ohne großen Aufwand verschiedene Standpunkte und Meinungen innerhalb einer Gruppe sichtbar zu machen. Die Teilnehmenden positionieren sich auf einer vorgegebenen Skala (oder Barometer). Die dafür notwendigen Pole können ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ beziehungsweise ein „stimme zu“, „stimme nicht zu“ sein. Möglich ist auch, mehrere Positionierungspunkte vorzugeben. Eine ausführliche Beschreibung der Methode finden Sie hier: www.kommunikationskollektiv.org/wp-content/uploads/2013/04/Moderationsmethoden-S4C-KoKo.pdf, S. 6, [22.9.2019].

■ **Stille-Diskussion-Methode:** Zwei bis drei Fragen werden auf einem Flipchart von allen Teilnehmenden beantwortet. Hierdurch können alle zu Wort kommen und es entsteht ein Meinungsbild. Eine Beschreibung dieser Methode als PDF finden Sie hier: <http://diversity.bildungsteam.de/soziale-gerechtigkeit>, [Download](#) [22.9.2019].

■ **Placemat (Platzdeckchen-Methode):** Um im Rahmen von Kleingruppenarbeiten die Positionen und Meinungen aller gleichermaßen einzubringen, ist diese Methode eine gute Unterstützung. Sie ist auch eine Hilfe bei Gruppen, die es weniger gewöhnt sind, sich auszutauschen. Durch die notwendige Vorlage wird die Arbeit in der Kleingruppe automatisch strukturiert. Eine Beschreibung der Methode finden Sie hier: https://heterogenitaet.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/lernen-in-vielfalt.bildung-rp.de/03_Materialien/3_2_Aktivierung/3_2_5_Placemat/Placemat_Download.pdf [22.9.2019].

■ **Parkplatz-Methode:** Themen, die vorerst nicht besprochen werden können oder die Teilnehmenden interessieren, werden auf Moderationskarten geschrieben und an ein Flipchart gehängt. So entsteht eine Sammlung von Fragen und weiterführenden Ideen, die am Ende der Veranstaltung oder im Verlauf aufgegriffen werden. Dadurch gerät nichts in Vergessenheit und den Teilnehmenden wird vermittelt, dass ihre Fragen wichtig sind. Eine Beschreibung der Methode finden Sie hier: www.kommunikationskollektiv.org/wp-content/uploads/2013/04/Moderationsmethoden-S4C-KoKo.pdf, S. 11. [22.9.2019].

LERNEN ANHAND HISTORISCHER BIOGRAFIEN UND UMGANG MIT DER AMBIVALENZ

Ein gängiger Ansatz in der historischen Bildungsarbeit ist das Lernen anhand von und mit Biografien. Die Auseinandersetzung mit einer Lebensgeschichte ermöglicht die Annäherung an einen historischen Sachverhalt über eine subjektive Perspektive.¹⁸ Auch für Geschichtsnarrative der Rechtspopulist*innen werden häufig bekannte Persönlichkeiten in den Dienst genommen. Umso wichtiger ist eine Auseinandersetzung mit diesen Biografien, um das jeweilige Geschichtsnarrativ dekonstruieren zu können. Zum anderen liegt auch eine Chance insbesondere in der Ambivalenz, die entsprechende Biografien mitbringen. Diese Ambivalenz kann sinnvoll genutzt werden.

„
... für Geschichtsnarrative der
Rechtspopulist*innen werden häufig
bekannte Persönlichkeiten in den
Dienst genommen.“

Je nach Einrichtung und Themenfeld lohnt es sich, die Bandbreite der Biografien, die mit dem spezifischen Ort verbunden sind, zu erweitern und vor allem „unbequeme“

Lebensgeschichten stärker in den Blick zu nehmen. Oft werden in der Erinnerungsarbeit bestimmte Biografien „ausgeklammert“, da sie eventuell nicht als hundertprozentig geeignet erscheinen. Schauen wir mit unseren heutigen Ansprüchen und Wertmaßstäben auf die eine oder andere historische Persön-

lichkeit, die in ihrer Zeit Herausragendes geleistet hat, kann diese Person heute mitunter als Vorbild nicht mehr taugen. Nehmen wir zum Beispiel die hohe Wahrscheinlichkeit, dass es eine antisemitische oder geschlechterfeindliche Komponente bei Akteur*innen des 19. Jahrhunderts gibt. Die Frage ist, wie weit wir trotzdem mit Geschichte arbeiten und Lebensweltbezüge herstellen können, wissend, dass das, worauf wir schauen, unseren heutigen Ansprüchen nicht zwangsläufig entspricht. Wie können das kritische Hinterfragen und der Umgang mit ambivalenten Persönlichkeiten und Ereignissen trotzdem produktiv geschehen?

■ **Handlungsspielräume und politische Handlungsmöglichkeiten**

verdeutlichen: Gesellschaftliche und politische Normen und Werte unterliegen einem ständigen Wandel. Wer in Kriegszeiten gesellschaftliche Anerkennung erhält, für Volk und Vaterland ins Feld zu ziehen, kann sich in Friedenszeiten dafür rechtfertigen müssen. Ebenso ändern sich gesellschaftliche und politische Handlungsspielräume. Während Menschen, die sich unter den Bedingungen einer Diktatur politisch einmischen, mitunter ihre Freiheit und ihr Leben aufs Spiel setzen, ist es um vieles einfacher, sich in einer Demokratie zu engagieren. Im besten Falle schützt die Demokratie sogar die Meinungsfreiheit und bürgerlichen Rechte. Diese unterschiedlichen Handlungsspielräume müssen verdeutlicht werden. Denn insbesondere in Diktaturen können für Handelnde Dilemmata entstehen, die aus unserer heutigen Perspektive als Ambivalenz wahrgenommen werden.

Das Verdeutlichen von Handlungsspielräumen hilft, historische Personen und ihr Handeln nicht nach einem Schwarz-weiß-Schema, nach Gut oder Böse zu beurteilen, sondern mit einem differenzierten Blick die Möglichkeiten ihres Tuns im Rahmen gesellschaftlicher und politischer Normen und Werte zu erfassen.

■ **Mehrdimensionalität:** Gerade in der Arbeit mit historischen Persönlichkeiten und Vorbildern neigen wir zum handhabbaren, unbescholtenen, eindimensionalen Bild eines Helden oder einer Heldin. Häufig lohnt es sich jedoch, die Ambivalenz der historischen Figuren, ihrer Rollen und der Situationen, die sie oftmals in Dilemmata brachten, offen anzusprechen und zu thematisieren.

Es kann für eine Lerngruppe bereichernd sein, zu ergründen, welche Fragen eine historische Figur in ihrer Widersprüchlichkeit aufwirft – zum Beispiel die nach ihrer Moral oder ihren historischen und aktuellen Begrenztheiten – und aus welchen verschiedenen Perspektiven man sie betrachten kann.

■ **Jeder Mensch ist ein Mosaik:** Es ist zum Beispiel schwierig, Claus Schenk Graf von Stauffenberg als uneingeschränkten Helden zu bezeichnen. Er war mutig, weil er gemeinsam mit anderen ein Attentat auf Hitler plante und dafür mit seinem Leben bezahlte. Auf der anderen Seite war Stauffenberg kein Demokrat. Er plante nach dem erhofften Tod Hitlers in Deutschland keine parlamentarische Demokratie. Trotzdem lässt sich – stets mit dem Blick auf die ganze Person – herausarbeiten, was ihn geprägt und wofür er in seiner Zeit gekämpft hat. Durch seinen Mut vertrat er in diesem einen Punkt Werte, die heute eventuell ebenfalls maßgeblich sind. Als historisch-politische Bildner*innen können wir es vertreten, dieses eine Mosaiksteinchen aus Stauffenbergs Persönlichkeit herauszunehmen, weil es uns auf dem Weg, der uns wichtig ist, vorangebracht hat.

Mitunter hält uns die Ambivalenz einer historischen Person davon ab, mit ihr zu arbeiten. Dann tun es andere. Dies geschah in Baden-Württemberg mit der Person Gustav Struves. Die schillernde Figur Gustav Struve war von allem etwas: radikaler Revolutionär, Nationalist, Jurist, Journalist, bekennender Vegetarier, engagierter Turner, Migrant (in Amerika nahm er auf der Seite der Union am Sezessionskrieg teil), Antimonarchist und vieles mehr. Während der badischen Revolution 1848 kämpfte er für ein liberales und freiheitliches Deutschland. Im baden-württembergischen Gedächtnis blieb er als Ausrufer der Deutschen Republik am 21. September 1848 in Lörrach erhalten. 2017 benannte die AfD in Baden-Württemberg eine neugegründete parteinahe Stiftung nach Struve. Vermutlich wurde er für die AfD wegen seiner freiheitlich-nationalen Ideen interessant. Laut Internetseite fördert die Stiftung die Idee des „freiheitlichen Konservatismus“ wobei die „nationale Identität“¹⁹ eine Grundlage ihrer Arbeit ist. Der Radikaldemokrat und Antimonarchist Gustav Struve hatte 1847 seinen

Adelstitel abgelegt, den die AfD jedoch wieder mit aufnahm. Deshalb heißt die Stiftung heute „Gustav-von-Struve-Stiftung“.

Lassen wir aus Ängstlichkeit vor dem Umgang mit der Ambivalenz Personen gänzlich in Vergessenheit geraten, laufen wir Gefahr, dass andere sich dieser bemächtigen und für ihre Positionen vereinnahmen.

- 1 Frankfurter Erklärung. Erklärung zu Gleichstellungspolitik, [online] <https://frankfurter-erklaerung.de/> [01.09.2019].
- 2 Die Internetseite Recht gegen Rechts informiert über strafbare Äußerungen und Symbole: www.recht-gegen-rechts.de [13.11.2019] Auf der Homepage der Aktion Zivilcourage e.V. können Infolyer zu verfassungsfeindlichen Symbolen und Kennzeichen der rechtsextremen Szene bestellt werden: www.aktion-zivilcourage.de/bestellen [13.11.2019]
- 3 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: Analyse zum Neutralitätsgebot, 12.08.2019, [online] www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/analyse-zum-neutralitaetsgebot-in-der-bildung-veroeffentlicht/ [01.09.2019].
- 4 Henrik Cremer: Das Neutralitätsgebot in der Bildung: Neutral gegenüber rassistischen und rechts-extremen Positionen von Parteien? Hg. vom Deutschen Institut für Menschenrechte. 2019.
- 5 Zitiert in: Dirk Reelfs: Wer politisch bildet, kann nicht neutral sein, 22.01.2018, [online] www.bildung.sachsen.de/blog/index.php/2018/11/15/wer-politisch-bildet-kann-nicht-neutral-sein/ [01.09.2019].
- 6 Barbara Thimm/Gottfried Kößler/Susanne Ulrich (Hg.): Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik. Frankfurt am Main 2010, S. 159.
- 7 Verunsichernde Orte, S. 199 ff.
- 8 Weiterbildungsangebot „Verunsichernde Orte“ zur Reflexion der eigenen pädagogischen Praxis an Erinnerungsorten für feste und freie Mitarbeiter*innen, Lehrer*innen sowie andere Engagierte sind unter www.verunsichernde-orte.de [06.11.2019] zu finden.
- 9 Verunsichernde Orte, S. 119.
- 10 Verunsichernde Orte, S. 156.
- 11 Verunsichernde Orte, S. 156–158.
- 12 Zitiert nach: Erklärung zum Begriff Hausverbot, [online] www.juraforum.de/lexikon/hausverbot [14.08.2019].
- 13 Zitiert nach: Hausverbot für AfD-Mann Höcke, in: Göttinger Tagblatt, 11.04.2018, [online] www.goettinger-Tageblatt.de/Die-Region/Duderstadt/Hausverbot-fuer-AfD-Mann-Hoecke-fuer-Thueringer-Gedenkstaetten [01.09.2019].
- 14 Zitiert nach: Der Dialog – wichtige Elemente und die dialogische Grundhaltung, [online] www.schmid-maibach.ch/wp-content/uploads/2016/05/Dialog.pdf [09.09.2019].
- 15 Zitiert nach: Der Dialog – wichtige Elemente und die dialogische Grundhaltung, [online] www.schmid-maibach.ch/media/Texte/Dialog_CSM.pdf [09.09.2019].
- 16 www.entdeckendes-lernen.de/3biblio/praxis/richtigefrage.htm#produktiv [12.09.2019].
- 17 Zitiert nach: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.: Impulspapier für die Durchführung von Argumentationstrainings. 2019.
- 18 Ingolf Seidel: Lernen mit Biografien, [online] <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/14066> [19.09.2019].
- 19 Gustav-von-Struve-Stiftung, [online] www.gustav-von-struve-stiftung.de/Vision-und-Mission [09.09.2019].

Autorinnen und Autoren

Larissa Bothe ist wissenschaftliche Referentin bei
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Berlin.

Dr. Michael Parak ist Geschäftsführer von
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Berlin.

Dr. Dennis Riffel ist wissenschaftlicher Referent bei
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Berlin.

Dr. Jens Schöne ist Stellvertretender Beauftragter
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin.

Michael Sturm ist pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter im
Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster und in der
Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster.
Gegen Rechtsextremismus. Für Demokratie. (mobim)

Prof. Dr. Johannes Tuchel ist Leiter der
Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

Ruth Wunnike ist wissenschaftliche Referentin bei
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Berlin.

Die Beiträge dieser Broschüre gehen auf ein Fachgespräch im März 2019 in Berlin zurück.

Am 28. März 2019 lud Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu einem Fachgespräch zum Thema „Vereinnahmung von Demokratieggeschichte durch Rechtspopulismus“ ein, das im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ stattfand. Das Fachgespräch diente zum einen der Bestandsaufnahme von Vereinnahmungen der Demokratieggeschichte durch Rechtspopulisten. Zum anderen wurden gemeinsam Möglichkeiten und Wege erörtert, wie im Arbeitsalltag damit umgegangen werden kann.

Wir danken

Ulrike Dittrich, Stiftung Hambacher Schloss

Dr. Susanne Kitschun MdB, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen

Dr. Clemens Rehm, Landesarchiv Baden-Württemberg

Michael Sturm, Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

für ihre Teilnahme und ihre Beiträge zum Fachgespräch. Ihre Erfahrungen, Meinungen und Anregungen haben entscheidend zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin die Verantwortung.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie. Themen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus. Mehr als 2.000 Mitglieder in 41 regionalen Arbeitsgruppen stellen jährlich über 600 Veranstaltungen auf die Beine.

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand informiert am historischen Ort mit einer umfangreichen Dauerausstellung und vielfältigen Angeboten über den gesamten Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Sie will zeigen, wie sich einzelne Menschen und Gruppen in den Jahren 1933 bis 1945 gegen die nationalsozialistische Diktatur gewehrt und ihre Handlungsspielräume genutzt haben.

www.gegen-vergessen.de | www.gdw-berlin.de



**Gedenkstätte
Deutscher
Widerstand**